

## B. Die sozialen Grundlagen des Antisemitismus in der Habsburgermonarchie 1848–1918

von

*Marsha L. Rozenblit\**

Konfrontiert mit dem Anwachsen des Antisemitismus im späten 19. Jahrhundert, fassten die Juden der Habsburgermonarchie den Antisemitismus als ein vielschichtiges Phänomen auf: als eines, das tief in der christlichen Tradition verankert, aber gleichzeitig in gewisser Weise äußerst modern war, ausgelöst durch die wirtschaftliche und politische Frustration von Menschen, die sich vom Kapitalismus und der Industrialisierung bedroht fühlten. Es wurde von Politikern benützt, die hofften, in den Nationalitätenkonflikten Erfolge erzielen zu können, was wiederum durch die Ausweitung der politischen Partizipation möglich gemacht wurde. Theodor Herzl, der aus Budapest gebürtige Wiener jüdische Journalist, Feuilleton-Redakteur der *Neuen Freien Presse* und Gründer des modernen politischen Zionismus, schrieb in seinem zionistischen Traktat *Der Judenstaat*, der Antisemitismus sei „ein verschlepptes Stück Mittelalter“ sowie ein „roher Scherz, gemeiner Brotneid, angeerbtes Vorurteil, religiöse Unduldsamkeit“ und „vermeintliche Notwehr“<sup>1</sup>. Er stellte fest, dass die Zunahme des Antisemitismus als Antwort sowohl auf die jüdische Zuwanderung als auch auf den steigenden wirtschaftlichen und kulturellen Status der Juden nach ihrer Emanzipation erfolgte und schloss daraus, Antisemitismus resultiere aus christlicher Feindseligkeit gegenüber wirtschaftlicher und intellektueller Konkurrenz seitens der Juden sowie aus der jüdischen Beteiligung am Sozialismus<sup>2</sup>. Sigmund Mayer, ein wohlhabender jüdischer Textilkaufmann, der in Preßburg (Pozsony, Prešporok; *Bratislava*) geboren wurde und dort aufgewachsen war, aber lange Zeit in Wien gelebt hatte und dort in liberalen Kreisen politisch tätig gewesen war, vertrat in seinen 1911 erschienenen Erinnerungen die Ansicht, dass der Antisemitismus in Wien wirtschaftliche Ursachen habe. Dieser habe, so meinte Mayer, seine Wurzeln im Kleinbürgertum, insbesondere unter den Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden, die sich durch die moderne wirtschaftliche Entwicklung aus ihren gewohnten Positionen verdrängt fühlten und dafür die Juden verantwortlich machten<sup>3</sup>. Hugo Herrmann, der in der mährischen Stadt Mährisch Trübau (Moravská Třebová; *Moravská Třebová*) aufgewachsen war und

---

\* Übersetzung aus dem Englischen: Peter Urbanitsch, Wien.

<sup>1</sup> THEODOR HERZL, *Der Judenstaat*; in: LEON KELLNER (Hg.), *Theodor Herzls Zionistische Schriften* (Berlin <sup>2</sup>1920) 26.

<sup>2</sup> EBD. 33 ff., 37 f.

<sup>3</sup> SIGMUND MAYER, *Ein jüdischer Kaufmann 1831 bis 1911. Lebenserinnerungen* (Leipzig 1911) 277 ff., 294–299, 469–475.

einen Teil seines Erwachsenen-Lebens in Brünn (Brno; *Brno*) verbrachte, führte hingegen den Antisemitismus seiner Klassenkollegen im Gymnasium und den vieler städtischer Bürger auf den alldeutschen Nationalismus zurück, machte sich aber keine Gedanken darüber, warum gerade diese Spielart des Nationalismus für Teile der deutschsprachigen Bevölkerung Mährens anziehend war<sup>4</sup>.

Tatsächlich handelt es sich beim Antisemitismus um eine Bewegung, die in verschiedenen Regionen der Monarchie unterschiedliche Ausprägungen annahm und die Menschen aus vielen sozialen Gruppen anzog, nicht nur aus dem bedrohten Kleinbürgertum. Als eine Sammlung verschiedener Vorstellungen über die Juden war der Antisemitismus in der Bevölkerung weit verbreitet, aber sein Erfolg als organisierte politische Bewegung oder als Ideologie hing vom lokalen politischen Kontext ab, insbesondere von lokalen politischen Strukturen und lokalen politischen Kämpfen. Sehr oft wurde er zu einem zentralen Aspekt des Nationalitätenkonflikts, war Teil des verbalen Repertoires der einen oder der anderen Seite oder auch beider. In Wien, wo die antisemitische Christlichsoziale Partei die städtische Politik zwischen 1895 und 1919 dominierte, spielte der deutsche Nationalismus eine vergleichsweise geringe Rolle, aber in den böhmischen Ländern wurde der Antisemitismus stark in den Konflikt zwischen den deutschen und tschechischen Nationalisten hineingezogen. Die tschechischen nationalen Aktivisten nahmen den Juden deren traditionelle Verbindung mit der deutschsprachigen Gesellschaft in Böhmen und Mähren und deren Loyalität gegenüber dem gesamtstaatlichen Zentralismus übel. Deutsche Nationalisten, vornehmlich im kompakten deutschen Siedlungsgebiet im nordwestlichen Böhmen und in Nordmähren, vertraten einen rassistisch motivierten Antisemitismus als Teil ihrer alldeutschen Ideologie, aber viele Deutsche, speziell in Prag (Praha; *Praha*) oder in den mährischen Städtchen und Städten, benötigten die Juden, um die schwindende Zahl der Deutschsprachigen zu vermehren, weshalb sie einen unverhohlenen Antisemitismus vermieden. Auch in anderen Teilen der Erbländer, insbesondere in Nieder- und in Oberösterreich, fand die alldeutsche Ideologie viel Anklang. Im Gegensatz dazu war in Ungarn die herrschende magyarische liberale Elite, die zumeist aus Aristokraten bestand, bestrebt, die Zahl der Magyaren im Königreich zu vermehren, deshalb waren sie bereit, die Juden als gleichwertige Magyaren zu akzeptieren, zumindest in der Öffentlichkeit, und sie verhinderten erfolgreich die Ausbreitung einer antisemitischen politischen Bewegung. Nichtsdestoweniger hegten Angehörige der Gentry, die das Schwinden ihres Reichtums und ihres sozialen Status im späten 19. Jahrhundert beklagten, antisemitische Ansichten. Im Ungarn der Zwischenkriegszeit, in dem die alten Eliten nicht mehr tonangebend waren und man, um einen homogenen magyarischen Staat zu schaffen, die Juden nicht mehr zur Verstärkung der Zahl der Magyaren benötigte, setzte die Gentry dann ihre Vorstellungen in die Praxis um. In Galizien und in der Bukowina spielte der Antisemitismus in der lokalen Politik eine ganz andere Rolle. Die polnischen Aristokraten, die mit dem Grad ihrer Herrschaft im Land durchaus zufrieden waren, beschäftigten sich nicht mit polnischer nationaler Agitation oder mit antisemitischer Politik, aber andere polnische Nationalisten in Galizien benützten sehr wohl den Antisemitismus – der in der Bevölkerung weit verbreitet war – bei ihren Bemühungen zur Schaffung einer polni-

---

<sup>4</sup> HUGO HERRMANN, In jenen Tagen (Erste Hälfte) (Jerusalem 1938) 58, 83, 118 f.

schen Nation und beim Bestreben, die Bauern davon zu überzeugen, dass sie ebenfalls zu dieser gehörten. Ukrainische Nationalisten bedienten sich bei ihren politischen Kämpfen im Land ebenfalls des Antisemitismus, aber sie hofften außerdem, die Juden von deren traditionellen politischen Allianz mit der polnischen Aristokratie abbringen zu können. In der Bukowina war die Situation wegen des dreiseitigen Konflikts zwischen Rumänen, Ukrainern (Ruthenen)<sup>5</sup> und Deutschen (auf deren Seite sich die Juden gestellt hatten) noch komplizierter.

Wenn auch der Erfolg des Antisemitismus im Einzelnen vom lokalen politischen Kontext abhängig gewesen ist, so leitete sich ersterer überall von herausragenden antijüdischen Anschauungen in der Bevölkerung als Ganzes her. Die traditionelle christliche, religiös bedingte Judenfeindschaft spielte dabei eine große Rolle. In einigen Regionen, beispielsweise in Niederösterreich, ist gewiss die katholische Volksfrömmigkeit mit ihren Vorstellungen von der ewigen Verdammnis der Juden, weil sie die Gottheit Christi ableugnen und als Gottesmörder angesehen werden, hilfreich bei der Erklärung, warum so viele Leute die Christlichsozialen wählten. Traditionelle christliche Anschauungen über die Juden spielten in Galizien und der Bukowina ebenfalls eine sehr bedeutsame Rolle und sie können auch erklären, wieso sowohl Polnisch- als auch Ukrainischsprachige ohne Schwierigkeiten die Auffassung von den Juden als „andere“ akzeptierten, die weder Polen noch Ukrainer sein konnten. In vielen Gegenden, Wien, Niederösterreich und Galizien mit eingeschlossen, war es die Pfarrgeistlichkeit, die antijüdische Ansichten und politischen Antisemitismus unter ihren Gemeindemitgliedern verbreitete. Natürlich konnte katholische Frömmigkeit jederzeit hinter andere politische Notwendigkeiten zurücktreten, wie es bei vielen Wählern in Mähren der Fall war. Dennoch, die Römisch-Katholische, die Unierte und in Ungarn auch die Protestantischen Kirchen hatten im späten 19. Jahrhundert ihren Anteil daran, den Gläubigen aller sozialen Klassen antijüdische Animositäten einzupflanzen und diese unter ihnen lebendig zu erhalten. Der Erfolg des Antisemitismus hing überall in der Monarchie davon ab, dass sich mehrere Kraftlinien überlagerten: ökonomisch motivierter Groll besonders unter Kleinbürgern oder der verarmten Gentry, die sich von der modernen wirtschaftlichen Entwicklung bedroht fühlten und in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise einen Sündenbock suchten; antiliberale politische Ansichten, die in den Juden ein passendes Symbol fanden, da diese vom Liberalismus profitiert und ihn loyal unterstützt hatten; und der Nationalitätenkonflikt, durch den rassistische Vorstellungen von der Zugehörigkeit zu einer Nation verbreitet wurden, was die Juden so gut wie immer ausschloss, besonders bei Gruppen, die ihre traditionelle Vorrangstellung bedroht sahen (wie bei einigen Deutschen) oder die eine Nation als Vorstufe zur letztendlichen staatlichen Unabhängigkeit schaffen wollten. Die Wirkung des Antisemitismus hing auch von den

---

<sup>5</sup> Lange Jahre hindurch war „Ruthenen“ die im Deutschen verwendete Bezeichnung der in der Habsburgermonarchie lebenden Ukrainer, während „Ukrainer“ auch als Selbstbezeichnung sich erst ganz allmählich durchsetzte und mit bestimmten nationalen Konnotationen versehen war. Heute ist dieses Ethnonym generell akzeptiert und wird auch in der wissenschaftlichen Literatur so gut wie überall verwendet. Siehe dazu ANNA VERONIKA WENDLAND, *Die Russophilen in Galizien. Ukrainische Konservative zwischen Österreich und Rußland 1848–1915* (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 27, Wien 2001) 577 f.

politischen Strukturen ab, durch die ein Großteil der Bevölkerung politisiert wurde, der aber nur ein eingeschränktes Wahlrecht zugestanden wurde. Schließlich bedurfte der Antisemitismus, um erfolgreich sein zu können, des Geschicks antisemitischer Politiker, die sich des Antisemitismus des Wählervolkes bedienten, um politische Macht anzuhäufen.

### 1. Antisemitismus in Wien, Niederösterreich und den Alpenländern

Seine größten politischen Erfolge feierte der Antisemitismus in der Stadt Wien. 1895 gewann die Christlichsoziale Partei die Mehrheit der Sitze im Wiener Gemeinderat. Die Partei verstärkte ihre Mehrheit in den folgenden Wahlgängen und behielt sie bis zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts auf Gemeindeebene im Jahr 1919. Karl Luegers Christlichsoziale waren jedoch keineswegs die erste antisemitische politische Gruppierung in der Stadt. Ihnen gingen sowohl eine antisemitische Protestbewegung der Handwerker als auch Georg von Schönerers radikale Deutschnationale voraus, aber keiner dieser Gruppen gelang es, sei es allein oder gemeinsam, eine einigermaßen bedeutende Wählerunterstützung zu gewinnen. Lueger hingegen brachte eine dauerhafte politische Allianz von Handwerkern, Gewerbetreibenden, kleinen und mittleren Beamten der Staats- und der Gemeindeverwaltung, Lehrern, dem niederen Klerus und Hausherrn (Eigentümer von Mietshäusern, die aber meist Kaufleute oder reichere Handwerker waren) zustande, die es ihm ermöglichte, die politische Macht in der Stadt zu erringen und zu behalten. Dabei bündelte er in geschickter Weise die wirtschaftlichen und politischen Vorurteile dieser Gruppen gegenüber den Liberalen, die die Politik in Wien lange dominiert und sich bis dahin der Unterstützung durch die genannten Gruppen erfreut hatten. Lueger benützte also den Antisemitismus, um eine antiliberalen Allianz von Angehörigen des alten Bürgertums zu schaffen, die sich bedroht fühlten oder finanziellen Schaden erlitten hatten oder die ihren bürgerlichen Status bewahren wollten. Lueger konnte diese siegreiche Allianz von mittelständischen Interessengruppen aufgrund der Eigenheiten des Wiener Wahlrechts schaffen. Als 1885 das kommunale Wahlrecht auch auf jene ausgedehnt wurde, die mindestens fünf Gulden Erwerbs- und Einkommensteuer bzw. Grund- und Gebäudesteuer zahlten, erhielten viele ärmere Angehörige des Mittelstandes das Wahlrecht und diese dominierten in der Folge den dritten Wahlkörper. Außerdem führten in den neunziger Jahren Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der anderen Wahlkörper zur zahlenmäßigen Dominanz der niederen und mittleren Beamten und Lehrer im zweiten Wahlkörper. Die Beamten fühlten sich ungerecht behandelt, weil ihnen die Liberalen seit Jahrzehnten eine Gehaltserhöhung verweigert hatten. Finanziell durch die Depression der siebziger Jahre und die Inflation der neunziger Jahre in Mitleidenschaft gezogen, fürchteten sie um die Erhaltung ihres sozialen Status als Bürgerliche. Und schließlich erzürnten die Änderungen im Steuersystem in der Mitte der neunziger Jahre die Hausherrn, die den ersten Wahlkörper beherrschten, und auch sie schlossen sich der christlichsozialen Koalition an. Mag zwar Lueger seine antisemitische Rhetorik etwas abgeschwächt haben, um die Hausherrn zu gewinnen, so bildete der Antisemitismus dennoch einen wesentlichen Teil der Weltsicht des niederen Klerus, der wegen seiner geringen Einkünfte, und

weil er die Kontrolle über das Schulwesen verloren hatte, verstimmt war und deshalb seit den späten achtziger Jahren als Agitator und Organisator der Bewegung auftrat und ihr dadurch ein erhöhtes Maß an Seriosität verlieh<sup>6</sup>.

Der Sozialprotest der Handwerker sorgte für die Initialzündung zur Schaffung der christlich-sozialen Koalition in Wien<sup>7</sup>, und er bildete auch den Anstoß für antisemitische Bewegungen in anderen großen Städten Mitteleuropas, einschließlich Berlins. In der Tat vertreten viele Wissenschaftler die Auffassung, dass es vor allem jene Handwerker und Geschäftsleute waren, die den unteren Mittelschichten, dem „gewerblichen Mittelstand“, zuzuzählen sind, die sich im Gefolge der Krise von 1873 aus Zorn über den Kapitalismus, die Industrialisierung und die bürgerliche Gesellschaft dem Antisemitismus zuwandten<sup>8</sup>. Marxistische Theoretiker und sozialdemokratische Politiker betonten stets, dass Antisemitismus der „Sozialismus des dummen Kerls“ sei, der Versuch der unteren Mittelschichten, oder genauer: des alten Mittelstandes (im Gegensatz zur neuen Mittelklasse der Unternehmer), die Juden und nicht so sehr den Kapitalismus als solchen für ihren Verlust an Einkommen und Status verantwortlich zu machen. Aus Angst vor der Verproletarisierung verlangten Handwerker und kleine Gewerbetreibende lautstark nach wirtschaftlichem Schutz und nach Gesetzen, um die „Macht der Juden“ einzudämmen. Antisemitismus war also eine Reaktion der niederen Schichten der ständisch verfassten Gesellschaft auf die ökonomische Modernität und die bürgerliche Gesellschaft<sup>9</sup>.

In Wien reagierten viele Handwerker äußerst negativ auf die modernen wirtschaftlichen Entwicklungen, die sie auf den Status von Arbeitern herabzudrücken drohten, während sie sich bislang als selbstständige Unternehmer sahen, denen traditionellerweise

---

<sup>6</sup> JOHN W. BOYER, *Political Radicalism in Late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848–1897* (Chicago – London 1981). Boyers Buch bietet eine eindrucksvolle und außerordentlich kluge Analyse der Lueger'schen politischen Koalition; vgl. jetzt auch DERS., *Karl Lueger (1844–1910). Christlichsoziale Politik als Beruf* (= Studien zu Politik und Verwaltung 93, Wien – Köln – Weimar 2009). Die Literatur über die Christlichsozialen ist naturgemäß ziemlich groß. Für unseren Zusammenhang siehe JOHN BUNZL, BERND MARIN, *Antisemitismus in Österreich: sozialhistorische und soziologische Studien* (= Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit 3, Innsbruck 1983) und weitere Werke, die im Folgenden zitiert sind.

<sup>7</sup> BOYER, *Political Radicalism* 40–121.

<sup>8</sup> Vgl. z.B. REINHARD RÜRUP, *Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ der bürgerlichen Gesellschaft* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 15, Göttingen 1975), insbes. 74–94, 105; WERNER JOCHMANN, *Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus*; in: WERNER E. MOSSE (Hg.), *Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914* (= Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck-Instituts 33, Tübingen 1976), insbes. 389–392, 405, 412 f., 439 f., 455; SHULAMIT VOLKOV, *The Rise of Popular Antimodernism in Germany: The Urban Master Artisans, 1873–1896* (Princeton, N. J. 1978); DIES., *Germans, Jews and Antisemitism: Trials in Emancipation* (New York 2006) 85–90, 101–107; PAUL MASSING, *Rehearsal for Destruction: A Study of Political Antisemitism in Imperial Germany* (New York 1949). Die meisten dieser Autoren räumen freilich ein, dass sich auch andere soziale Gruppen an der antisemitischen Bewegung beteiligt haben.

<sup>9</sup> Über sozialistische Einstellungen zum Antisemitismus ROBERT S. WISTRICH, *Socialism and the Jews: The Dilemmas of Assimilation in Germany and Austria-Hungary* (= The Littman library of Jewish Civilization, Rutherford, N. J. – London 1982). Zur Rolle des alten Mittelstandes im Antisemitismus in Deutschland MASSING, *Rehearsal for Destruction*.

ein bürgerlicher Status zukam. Ihr besonderer Zorn richtete sich gegen das Verlagssystem, in dem sie sich vertraglich an Händler und Kaufleute binden mussten, so genannte Konfektionäre, die das Rohmaterial zur Verfügung stellten, sich durch Verträge die Arbeitskraft der Handwerker sicherten, alle Entscheidungen hinsichtlich der Produkte trafen und diese dann entweder in ihren eigenen Geschäften oder an Geschäfte von anderen Kaufleuten verkauften. Ein derartiges Verlagssystem kam vor allem bei der Herstellung von Kleidung, Schuhen und Möbeln zur Anwendung, bei der die so genannte Konfektionsware in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur dominierenden industriellen Produktionsform wurde. Die davon betroffenen kleingewerblichen Hersteller beklagten den Verlust an Eigenständigkeit, der mit diesem System einherging, denn nun arbeiteten sie nicht mehr selbstständig für sich selbst, sondern für Händler, die in Wien in diesen Branchen großteils Juden waren. Auch die Zunahme der Zahl der Kaufhäuser, viele davon ebenfalls in jüdischem Besitz, trug zu Veränderungen im Produktionsprozess bei. Es war den aufgebrachten Handwerkern ein Leichtes, sich dem Antisemitismus zuzuwenden. Schließlich konnten sie auf eine lange Tradition verweisen, was den Widerstand gegen die Mitgliedschaft von Juden in den Zünften betrifft, und sie konnten eine lange Litanei von antijüdischen Argumenten vorbringen, die alle davon handelten, inwieweit und wodurch Juden die ökonomische Sicherheit der Handwerker aushöhlten. Sie lehnten die liberale Gesetzgebung ab, durch welche die traditionelle Rolle der Handwerker-Zünfte untergraben wurde und die die Handwerker schutzlos der modernen wirtschaftlichen Entwicklung preisgab. Letztere beeinträchtigte sowohl ihren gesellschaftlichen Status als auch ihr Einkommen, insbesondere in der Zeit der Großen Depression der siebziger und achtziger Jahre, die von einem gleichzeitigen Anstieg der Lebensmittelpreise begleitet war. Mit aller Gewalt wollten sie die traditionelle Distanz zwischen sich und „Arbeitern“, einschließlich ihrer eigenen Gesellen, beibehalten und sie stellten sich die Vergangenheit als eine idyllische Periode vor, in der wohlhabende Handwerker den Kern des Bürgertums darstellten. Sobald vor allem ärmere Handwerker das Wahlrecht erhielten, wählten sie Parteien, die die Verantwortung für ihre Probleme „den Juden“ zuschoben, Parteien, die sich gegen die liberale Vorherrschaft in der Politik wandten und die den Schutz der ökonomischen Interessen der Handwerker forderten<sup>10</sup>. In den frühen neunziger Jahren hatten antisemitische Agitatoren wie Ernest Schneider die Fachvereine der Schneider, Schuster, Tischler und Zimmerleute unter ihre Kontrolle gebracht, also genau jene Wirtschaftszweige, in denen jüdische Händler dominierten, und man benützte diese Vereine, um die Handwerker im Sinne der antisemitischen Politik zu instrumentalisieren<sup>11</sup>.

<sup>10</sup> ALBERT LICHTBLAU, *Antisemitismus und soziale Spannung in Berlin und Wien 1867–1914* (= Reihe Dokumente, Texte, Materialien 9, Berlin 1994), insbes. 91–175. Lichtblau untersucht hier, ob und inwieweit tatsächliche soziale Konflikte zum Antisemitismus führten. Er weist überzeugend nach, in welchem Maße Handwerker, insbesondere in der Bekleidungs-, Schuh- und Möbelindustrie, antisemitische Einstellungen unterstützten. Während in anderen wirtschaftlichen Bereichen der Antisemitismus häufig nichts mit tatsächlichen sozialen Konflikten zu tun hatte, leitete sich in diesen Wirtschaftszweigen, in denen das Konfektionssystem vorherrschte, der Antisemitismus sowohl von der traditionellen antijüdischen Einstellung der Handwerker als auch von der Ablehnung der jüdischen Konfektionäre seitens der Handwerker ab; vgl. auch BOYER, *Political Radicalism* 44–56, 80.

<sup>11</sup> EBD. 104 ff.

Während es gewiss zutrifft, dass der Groll der Handwerker auf die jüdischen Konfektionäre die antisemitische Politik in Wien in den achtziger und neunziger Jahren anheizte, hätte dieser wirtschaftlich bedingte Unmut allein niemals eine derart erfolgreiche politische Bewegung schaffen können, ebensowenig wie der deutsche Nationalismus in der von Georg von Schönerer seit den späten Siebzigern vertretenen Spielart. Schönerer hatte versucht, die antisemitischen Wiener Handwerker zu mobilisieren und sie für die Sache des deutschen Nationalismus zu gewinnen. 1881/82 wurde er als Gründungsmitglied im Rahmen des „Österreichischen Reformvereins“ aktiv, einer Vereinigung von Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden, die unzufrieden mit den Liberalen waren und protektionistische legistische Maßnahmen forderten. In diesem Verein zogen Männer wie Ernest Schneider, Robert Pattai und Ernst Vergani (sie alle waren später mehr oder weniger lang in der christlichsozialen Bewegung involviert) über die jüdische Dominanz her und forderten antijüdische Beschränkungen. Aber Schönerers extremer, rassistisch konnotierter Deutschnationalismus, seine antihabsburgische Feindseligkeit, seine Prussophilie und seine Verachtung, die er der Römisch-Katholischen Kirche entgegenbrachte, kamen in der habsburgischen Hauptstadt nicht gut an, und Ende 1882 hatte er den „Reformverein“ schon wieder verlassen<sup>12</sup>. Außerdem konnte Schönerers Wunsch, dass der „Reformverein“ über eine rein deutsche Mitgliedschaft verfügen solle, in Wien schon deshalb nicht erfolgreich sein, da hier eine große Zahl von Handwerkern arbeiteten und lebten, die aus den tschechischsprachigen Gebieten Böhmens und Mährens zugewandert waren, sich zwar an die deutschsprachige Kultur der Stadt assimiliert hatten, aber offensichtlich keine Adressaten für einen rassistisch konnotierten Deutschnationalismus sein konnten<sup>13</sup>.

Als Hauptstadt der Habsburgermonarchie und als Heimstätte ihrer kaiserlichen, gesamtstaatlichen Institutionen war Wien selbstverständlich eine „österreichische“ Stadt. Von einem rein deutschsprachigen Milieu umgeben, war man in Wien durchaus zufrieden, die vielen Zuwanderer aus allen Teilen der Monarchie nur soweit zu assimilieren als sie die deutsche Sprache einigermaßen erlernten, und da sich die Bewohner auch nicht von rivalisierenden nationalen Gruppen bedroht fühlten oder von Immigranten, die sich geweigert hätten, Deutsch zu lernen, bot Wien kein Milieu, das einem radikalen Deutschnationalismus förderlich gewesen wäre. Sigmund Mayer bestätigte diese Tatsache in seinen Memoiren, wenn er schrieb, dass Wien über keine profunde „deutsche Gesinnung“ verfügte, weil die Zuwanderer im Lauf der Zeit zwar Wiener würden, „aber deshalb noch nicht Deutsche“<sup>14</sup>. Schönerer mag unter Universitätsstudenten viele begeisterte Anhänger gehabt haben, insbesondere in den deutschen Bur-

---

<sup>12</sup> ANDREW G. WHITESIDE, *The Socialism of Fools: Georg Ritter von Schönerer and Austrian Pan-Germanism* (Berkeley 1975), über Versuche, die Wiener Handwerker zu mobilisieren, siehe 79–90. Die deutsche Version des Buches trägt den Titel: DERS., *Georg Ritter von Schönerer. Alldeutschland und sein Prophet* (Graz – Wien – Köln 1981). Vgl. auch PAUL MOLISCH, *Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Oesterreich von ihren Anfängen bis zum Zerfall der Monarchie* (Jena 1926); MICHAEL WLADIK, *Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k. u. k. Monarchie* (Wien – Köln – Weimar 2005), insbes. 113–144.

<sup>13</sup> BOYER, *Political Radicalism* 93 ff.

<sup>14</sup> MAYER, *Lebenserinnerungen* 280.

schenschaften, aber es gelang ihm nicht, in Wien eine lebensfähige alldeutsche Bewegung auf die Beine zu stellen oder dauerhafte Loyalitäten unter den Handwerkern oder irgendeiner anderen einigermaßen bedeutsamen Wählergruppe der Stadtbevölkerung aufzubauen. Im Gegenteil: Lueger lockte einige von Schönereers Anhängern weg in die christlichsoziale Koalition, wobei er ihren radikalereen Deutschnationalismus und ihre anti-habsburgische Gegnerschaft einerseits neutralisierte, diesen Einstellungen andererseits aber doch etwas Spielraum gewährte<sup>15</sup>. Gleichzeitig stellte der Antisemitismus ein probates Mittel dar, um ursprünglich tschechischsprachige Handwerker in das kulturelle und politische Wiener Mehrheitsmilieu zu integrieren<sup>16</sup>.

Bei Luegers Bewegung handelte es sich um eine große Koalition verschiedener antiliberaler Gruppierungen, unter denen sich grollende und unzufriedene Handwerker und kleine Gewerbetreibende befanden sowie der niedere Klerus, aber auch Beamte, Lehrer und Hausherren. Schon seit langem ist der Antiliberalismus als vornehmliche Triebkraft antisemitischer Politik im Europa des späten 19. Jahrhunderts erkannt worden<sup>17</sup>, als verschiedene Gruppen, die in grundsätzlicher Opposition zur Ideologie des Liberalismus standen, den Antisemitismus als „kulturellen Code“ verwendeten, um ihren Widerstand gegen die liberale Ordnungsvorstellung und die moderne Welt im Allgemeinen zum Ausdruck zu bringen. In Deutschland glorifizierten diese antiliberalen Antisemiten das „Deutsche Volk“, wobei sie die Zugehörigkeit zu diesem auf die biologische Abstammung, sogar die Rasse, gründeten. Sie dachten sich eine mythische Vergangenheit einer völkischen Gemeinschaft aus und sehnten sich nach einer autoritären Regierungsform<sup>18</sup>. Diese Art des Antiliberalismus beeinflusste zwar Schönereers alldeutsche Nationalisten, aber sie spielte nur eine geringe Rolle bei der Entwicklung der Haupttrichtung des Deutschnationalismus in der Habsburgermonarchie, der zahlreichen liberalen Werten verpflichtet blieb<sup>19</sup>. Auch spielte er für die Popularität des Antisemitismus in Wien keine wesentliche Rolle.

Lueger vertrat und mobilisierte hier eine ganz andere Art von Antiliberalismus. Für die meisten Gruppen der christlichsozialen Koalition war ihr Antiliberalismus Ausdruck eines ganz gewöhnlichen Ärgers über die herrschende Partei, nicht notwendigerweise der eines profunden Antimodernismus, obwohl einige natürlich schon tiefe

<sup>15</sup> BOYER, *Political Radicalism* 215–238.

<sup>16</sup> LICHTBLAU, *Antisemitismus* 117; MICHAEL JOHN, „We Do Not Even Possess Our Selves“: On Identity and Ethnicity in Austria, 1880–1937; in: *Austrian History Yearbook* 30 (1999) 37 f.

<sup>17</sup> Vgl. PETER PULZER, *The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria* (rev. ed. Cambridge 1988, Ersterscheinung 1964); CARL E. SCHORSKE, *Fin-de-Siècle Vienna. Politics and Culture* (New York 1980) 116–180. Die deutsche Ausgabe erschien unter dem Titel: DERS., *Wien. Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle* (Frankfurt am Main 1982).

<sup>18</sup> SHULAMIT VOLKOV, *Antisemitism as a Cultural Code: Reflections on the History and Historiography of Antisemitism in Imperial Germany*; in: *Leo Baeck Institute Yearbook* 23 (1978) 25–49; DIES., *Germans, Jews and Antisemites* 91–100, 108–118; RÜRUP, *Emanzipation und Antisemitismus* 74–94, 106 ff.; JOCHMANN, *Antisemitismus* 394 ff., 402 ff., 407–410, 419, 447 ff., 467–477. Für eine detaillierte Beschreibung der Rolle des Antisemitismus in der deutschen völkischen Bewegung siehe GEORGE L. MOSSE, *The Crisis of German Ideology: Intellectual Origins of the Third Reich* (New York 1964).

<sup>19</sup> PIETER M. JUDSON, *Exclusive Revolutionaries: Liberal Politics, Social Experience, and National Identity in the Austrian Empire, 1848–1914* (= *Social history, popular culture, and politics in Germany*,



Feindschaft gegenüber dem Liberalismus als solchem hegten<sup>20</sup>. Die Geistlichen z.B. hatten das Gefühl, dass sie wegen des Antiklerikalismus der Liberalen bei der Bevölkerung sowohl an Respekt als auch an Autorität verloren hatten, und sie beklagten vor allem die Tatsache, dass ihnen die Liberalen jeden Einfluss auf das Schul- und Bildungswesen genommen hatten. Sie lehnten die liberale Kultur ab, sehnten sich nach einer idyllischen Vergangenheit, in der der kirchliche Einfluss dominiert hatte, und befürchteten, dass die antikapitalistischen Handwerker sich dem Sozialismus zuwenden könnten. Aber ihre ideologischen Sorgen waren gleichzeitig pragmatische Sorgen einer mittelständischen Interessengruppe. Verstimmt ob ihrer geringen Entlohnung, aufgebracht gegen die Liberalen, weil diese nichts dagegen taten, und in der Lage, sich zu organisieren, weil die liberale Gesetzgebung ihnen das ermöglicht hatte, schlossen sie sich in den späten achtziger Jahren den antisemitischen Handwerkern innerhalb der christlichsozialen Koalition an und halfen dadurch mit, der Bewegung Legitimität und zusätzliche Verbreitung zu verschaffen. Lueger anerkannte den Wert dieser Allianz als ein Gegengewicht gegen den Sozialismus, eine Rechtfertigung für den Protektionismus der Handwerker und als Mittel, um seine Ablehnung des radikalen Deutschnationalismus zu begründen<sup>21</sup>. Immerhin war seine Bewegung „christlich“, nicht „deutsch“.

Andere Gruppen, die sich der christlichsozialen Koalition anschlossen, taten dies zumeist, weil sie konkrete Gründe für Klagen gegen die Liberalen hatten, die die Wiener Politik dominiert hatten. Zwischen 1891 und 1895 gewannen die Christlichsozialen die Unterstützung des zentralstaatlichen, Landes- und städtischen mittleren und niederen Beamtentums und der Lehrer, die nicht nur wegen ihrer auch in Zeiten der Inflation der frühen neunziger Jahre gleichbleibenden Gehälter, der Hindernisse bei Beförderungen, Nepotismus und anderer Formen von Günstlingswirtschaft und geringer Pensionen verstimmt waren, sondern auch deswegen, weil die Liberalen versucht hatten, ihnen das Wahlrecht und das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, zu entziehen und ihre Versprechen, die Gehälter und Zulagen zu verbessern, nicht einhielten. Da die Beamten weder jüdische Dienstgeber noch (wegen der de facto-Diskriminierung) jüdische Mitbewerber und Konkurrenten hatten, gab es für sie eigentlich keinen konkreten Grund, sich einer antisemitischen Politik zuzuwenden, aber ihr Unmut gegenüber liberalen Politikern veranlasste sie dennoch, sich der antiliberalen Koalition anzuschließen, wobei sie deren antisemitische Rhetorik offensichtlich nicht störte. Auch die Hausherren, die letzte Gruppe, die sich der christlichsozialen Koalition im Jahr 1895 anschloss, sahen sich keiner ernsthaften jüdischen Konkurrenz ausgesetzt. Sie wählten die Christlichsozialen, weil sie über liberale Vorschläge für eine Steuer-

---

Ann Arbor 1996), erinnert zurecht daran, dass sich im habsburgischen Österreich der Deutschnationalismus (abgesehen von der Schönerer'schen Variante) aus dem Liberalismus heraus entwickelte und nicht in Opposition zu ihm, als nämlich die Liberalen Antworten auf die Herausforderungen seitens der slawischen Nationalbewegungen suchten und deutsche Interessen verteidigten, ohne jedoch dabei viele liberale Überzeugungen aufzugeben.

<sup>20</sup> Boyers Analyse der christlichsozialen Partei in Wien ist ein willkommenes Korrektiv gegen die vorherrschende Meinung, dass jegliche Opposition gegen die Liberalen einem profunden Antimodernismus und ideologischer Überzeugung entsprang.

<sup>21</sup> BOYER, *Political Radicalism* 122–183, 220–225.

reform aufgebracht waren, von denen sie meinten, dass sie ihnen schaden würden, und wegen der mangelnden Bereitschaft der Liberalen, ihnen Steuererleichterungen zu gewähren. Um diese vornehmlich mittelständischen Geschäftsleute zu gewinnen, nahmen die Christlichsozialen ihre antisemitische Rhetorik einigermassen zurück<sup>22</sup>. Auch im unteren Mittelstand gab es eine Gruppe, die die antisemitische Politik unterstützte, obwohl sie keinen bestimmten Grund zu haben schien, dies zu tun: Handelsangestellte, insbesondere solche, die als Sekretäre, Assistenten und Verkäufer in Geschäften und anderen Handelsunternehmen beschäftigt waren, und die Ambitionen an den Tag legten, dem Bürgertum zugezählt zu werden und nicht der Arbeiterklasse. Sie litten unter der Inflation der frühen neunziger Jahre und reagierten empfindlich auf Versuche der Sozialdemokraten, diese Gruppe im Sinne der sozialistischen Ideologie zu organisieren<sup>23</sup>. Einige Handelsangestellte müssen freilich für jüdische Geschäfte gearbeitet haben und mögen über ihre jüdischen Dienstgeber verstimmt gewesen sein. Andere hat vielleicht die jüdische Konkurrenz innerhalb der Handelsangestellten gestört. Immerhin waren um 1900 30 % der jüdischen Männer, die in Wien geheiratet hatten, als Sekretäre, Verkäufer und Manager tätig<sup>24</sup>. Aber die Standesorganisationen und die Presse der antisemitischen Handelsangestellten konzentrierten ihre Aufmerksamkeit in keiner Weise auf diese Dinge und es scheint zwischen jüdischen und nichtjüdischen Handelsangestellten weder tatsächliche Konflikte noch welche, die als solche empfunden wurden, gegeben zu haben<sup>25</sup>.

Bei den Wiener Gemeinderatswahlen der Jahre 1891, 1895 und 1896 lässt bei genauem Hinsehen das Wählerverhalten in den einzelnen Kurien die dem alten Mittelstand zuzuzählende soziale Basis der Christlichsozialen gut erkennen. In jeder Kurie wurde die gleiche Zahl an Abgeordneten gewählt (46), doch die Aufteilung der Wahlberechtigten auf die einzelnen Kurien war höchst ungleich: 1891 wählten 65 % der Wahlberechtigten in der dritten Kurie, 28 % in der zweiten und 7 % in der ersten. Damals gewannen die Christlichsozialen alle Sitze der dritten Kurie mit Ausnahme jener der Inneren Stadt, der Leopoldstadt und aus Fünfhaus, insgesamt 33 der 46 Mandate. Offenkundig stimmten die „5-Gulden-Männer“ vornehmlich für antisemitische Kandidaten, und es waren wahrscheinlich die Stimmen jener – ärmeren – Juden, die in der dritten Kurie in der Inneren Stadt und in der Leopoldstadt wählten – beides Stadtviertel mit zahlreichen jüdischen Einwohnern –, die dort christlichsoziale Siege verhinderten. In der zweiten Kurie gewannen die Christlichsozialen hingegen nur 8 Sitze und nur 2 in der ersten Kurie. Damals konnten die Christlichsozialen offenkundig nur die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden in der dritten Kurie ansprechen. 1895 hatte sich die Situation geändert. Bei den Aprilwahlen, bei denen nur die Abgeordneten

<sup>22</sup> EBD. 247–315, 350–356, 364 f., 385–404.

<sup>23</sup> EBD. 306–312; LICHTBLAU, Antisemitismus 177–219.

<sup>24</sup> Zu den jüdischen Handelsangestellten siehe MARSHA L. ROZENBLIT, *Die Juden Wiens, 1867–1914: Assimilation und Identität* (= Forschungen zur Geschichte des Donauraumes 11, Wien – Köln – Graz 1989; engl. Originalausgabe Albany, NY 1983) 55–69.

<sup>25</sup> LICHTBLAU, Antisemitismus 214–219 beharrt darauf, dass die Handelsangestellten die Juden aus ideologischen Gründen hassten, um die soziale Integration der Juden zu verhindern, nicht aber wegen eines tatsächlichen Konflikts. Weitere Forschung zu diesem verwirrenden Thema wäre höchst wünschenswert.

aus der zweiten Kurie gewählt wurden, erzielten die Christlichsozialen eine Mehrheit von 24 Sitzen. Im September 1895, als der gesamte Gemeinderat neu gewählt wurde, behielten die Christlichsozialen all ihre bislang innegehabten Sitze in der dritten Kurie und gewannen sogar die Innere Stadt dazu; in der zweiten Kurie kamen sie auf 32 der 46 Sitze und entschieden in den meisten Bezirken die Wahl für sich; selbst in der ersten Kurie erreichten sie 14 Sitze, zumeist in den neu eingemeindeten Bezirken. Bei den Wahlen des Jahres 1896 fügten sie in dieser Kurie 4 weitere Mandate hinzu<sup>26</sup>. Abgesehen von der wichtigen Ausnahme der Leopoldstadt mit ihrer großen jüdischen Bevölkerung hatten die Christlichsozialen also die meisten Wähler der dritten und zweiten Kurie für sich gewinnen können, und sogar eine bedeutende Anzahl von Wählern der ersten Kurie, insbesondere – aber nicht ausschließlich – in den gutbürgerlichen Bezirken, in denen es zu wenige jüdische Wähler oder solche des oberen Mittelstandes gab, um ein anderes Ergebnis herbeizuführen<sup>27</sup>.

Veränderungen in der Zusammensetzung der Kurien, die durchgeführt wurden, nachdem die Christlichsozialen zur Macht gekommen waren, resultierten in weiteren Mandatsgewinnen. 1904 gewannen sie in der ersten Kurie 30 von 46 Sitzen und eroberten dort alle Bezirke mit Ausnahme der Inneren Stadt, der Leopoldstadt, dem Alsergrund und Döbling, insgesamt verfügten die Christlichsozialen über 136 der nunmehr 158 Sitze im Wiener Gemeinderat<sup>28</sup>. Aber natürlich wählten nicht alle Angehörigen des Mittelstandes die Christlichsoziale Partei. Viele Wähler der ersten und teilweise der zweiten Kurie wählten auch weiterhin die Liberalen. Vermutlich zählten solche Wähler zum Handels- und Industriebürgertum, das eine liberale Wirtschaftspolitik bevorzugte. Wahrscheinlich haben auch viele Angehörige der Freien Berufe, die in der zweiten Kurie wählten – Ärzte, Rechtsanwälte, Techniker –, aber auch höhere Beamte weiterhin den Liberalen ihre Stimme gegeben, selbst wenn so manche akademisch gebildete Freiberufler die jüdische Konkurrenz im Gesundheitswesen und im Rechtsleben fürchteten und antijüdische Beschränkungen forderten, waren sie doch während ihres Studiums häufig mit antisemitischen Strömungen in Kontakt gekommen. Sogar einige Handwerker, vor allem in jenen Wirtschaftszweigen, in denen sie sich nicht von jüdischen Händlern bedroht fühlten, wählten nicht die Christlichsozialen. Schließlich unterstützten die Wiener Juden, die 8 bis 9 % der Bevölkerung ausmachten, die Christlichsozialen in keiner Weise. Viele Juden waren arm und hatten daher kein Wahlrecht, aber mittelständische Juden, die wählen konnten, gaben ihre Stimme nicht den Antisemiten. Da Juden jedoch nur in einigen Bezirken einen substantiellen Bevölkerungsan-

<sup>26</sup> BOYER, *Political Radicalism* 291, 298, 349, 371 f. und 523 Anm. 160; vgl. auch MAREN SELIGER, KARL UCAKAR, *Wahlrecht und Wählerverhalten in Wien 1848–1932. Privilegien, Partizipationsdruck und Sozialstruktur* (= Kommentar zum Historischen Atlas von Wien 3, Wien 1984).

<sup>27</sup> Für die jüdische Bevölkerung in den einzelnen Wiener Bezirken siehe STATISTISCHES JAHRBUCH DER STADT WIEN für das Jahr 1901 (Wien 1903) 50 f.; STEPHAN SEDLACZEK, *Die definitiven Ergebnisse der Volkszählung vom 31. December 1890 in der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt II* (Wien 1891) 50–53, 63 ff.

<sup>28</sup> JOHN W. BOYER, *Culture and Political Crisis in Vienna: Christian Socialism in Power, 1897–1914* (Chicago 1995) 25.

teil ausmachten, in der Leopoldstadt (36%), im Alsergrund (18%) und in der Inneren Stadt (8%), konnten sie nur dort einen bestimmenden Einfluss zur Geltung bringen<sup>29</sup>.

Während es wichtig ist, daran zu erinnern, dass nicht jeder, der die Christlichsozialen wählte, dies tat, weil er eine ausgeprägt antisemitische Weltanschauung vertrat oder tiefgehende antimodernistische Überzeugungen hegte, sondern eher aus simpler politischer Opposition gegenüber den Liberalen, muss man sich ebenso vor Augen halten, dass die wilde antisemitische Rhetorik der Christlichsozialen viele Menschen nicht davon abhielt, diese Partei zu wählen. Mangelnde Betroffenheit über das vulgäre gegen Juden gerichtete Vokabular muss uns daran erinnern, dass antijüdische Ansichten in der Wiener Gesellschaft tatsächlich weit verbreitet waren, und die Tatsache, dass so manche Pfarrgeistliche über die Juden herzogen, verlieh solchen Worten viel an Legitimation und Seriosität. Darüber hinaus waren viele antijüdische Vorwürfe auch weiterhin im Umlauf. Eine lange Tradition, die die Juden mit Geld und den mit Geld verbundenen Übeln in Verbindung brachte, liegt der antijüdischen Rhetorik jener Menschen zugrunde, die sich von der kapitalistischen wirtschaftlichen Entwicklung bedroht fühlten, so dass Antikapitalismus und Antisemitismus einander verstärkten, selbst dann, wenn von Juden keine konkrete wirtschaftliche Bedrohung ausging. Die jüdische Unterstützung für den Liberalismus, der ihnen Emanzipation und rechtliche Gleichstellung gebracht hatte, und für liberale Politiker lieferte einen passenden Vorwand, um Juden mit dem Liberalismus in Verbindung zu bringen und dann den Liberalismus als irgendwie jüdisch oder „verjudet“ zu brandmarken, aber solche Vorwürfe hätten nicht so attraktiv sein können, wenn es nicht generell eine weitverbreitete antijüdische Animosität gegeben hätte. Solche antijüdische Ansichten dominierten den politischen Prozess freilich nur in bestimmten Momenten, üblicherweise im Zusammenhang mit wirtschaftlichen und politischen Krisensituationen und im Kontext lokaler politischer Strukturen. Wahrscheinlich blieb der Antisemitismus auch nach dem Ersten Weltkrieg in der Bevölkerung noch weit verbreitet und die Christlichsozialen fanden auch weiterhin bei vielen Wählern Anklang, doch die Sozialdemokraten, die nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Wien die Christlichsozialen politisch beerbten und im Nachkriegs-Wien die überwiegende Mehrheit der Wähler hinter sich hatten, mieden offiziell den Antisemitismus.

In den alpenländischen Provinzen hatte der Antisemitismus seinen Ursprung in anderen sozialen Gruppen und spielte in der Politik eine ganz andere Rolle als in Wien. In Wien lebten 1900 ungefähr 147.000 Juden (9% der Gesamtbevölkerung), die meisten von ihnen waren aus Böhmen, Mähren, Ungarn und Galizien zugezogen<sup>30</sup>. Im Gegensatz dazu gab es in den Alpenländern kaum Juden, nicht einmal in den Städten. 1900 zählte man in Niederösterreich (ohne Wien) 10.352 und in Oberösterreich nur

<sup>29</sup> Zu den Bevölkerungsanteilen der Juden in den Wiener Bezirken vgl. ROZENBLIT, *Die Juden Wiens* 85 ff.; MAREN SELIGER, KARL UCAKAR, *Wien. Politische Geschichte 1740–1934. Entwicklung und Bestimmungskräfte großstädtischer Politik, Teil II: 1896–1934 (= Geschichte der Stadt Wien [N. R.] 1, Wien – München 1985) 933, Tabelle 164.*

<sup>30</sup> DIE ERGEBNISSE DER VOLKSZÄHLUNG VOM 31. DEZEMBER 1900 in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern I/1: Die summarischen Ergebnisse (= ÖSTERREICHISCHE STATISTIK 63/1, Wien 1902) 48 f.; ROZENBLIT, *Die Juden Wiens* 24, 27 ff.

1.100 Juden (einschließlich der 587 Linzer Juden). Graz (Gradec; *Graz*) hatte 1.620 Juden, Salzburg 156 und Innsbruck 128<sup>31</sup>. Folglich gab es so gut wie keinen sozialen Kontakt, keine Möglichkeit für reale soziale Spannungen. Außerdem hatte es in diesen Ländern auch früher nie eine erwähnenswerte Zahl von Juden gegeben und daher auch keine Geschichte eines Kontaktes mit realen Juden. Dennoch spielte auch dort der Antisemitismus eine wichtige Rolle in der Politik, und antisemitische Parteien wie die Christlichsozialen und Schönerers Alldeutsche erfreuten sich bei vielen Wählern großer Beliebtheit. Tatsächlich verfügten am Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts die Christlichsozialen nicht nur über die Wähler-Mehrheit in Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol, die Alpenländer wurden sogar zu ihrem Bollwerk und sie blieben es auch in der Ersten Republik. Zur selben Zeit sprach ein radikaler Deutschnationalismus viele Wähler in Oberösterreich und anderswo an. Dieser „Antisemitismus ohne Juden“ verdeutlicht die zentrale Rolle des Antisemitismus in der Ideologie und Programmatik sowohl des Christlichen Sozialismus als auch des Alldeutschtums. Darüber hinaus wird klar, dass die traditionelle religiöse Abneigung gegenüber den Juden fortdauerte. Viele Leute, die die Christlichsozialen in Niederösterreich oder in Salzburg wählten, taten dies, weil sie weiterhin jenen negativen Bildern über die Juden anhängen, die man sie in der Kirche gelehrt hatte.

In Wien konnte sich die Christlichsoziale Partei auf eine breite Basis altbürgerlicher Wähler stützen, die früher liberal gewählt hatten (oder gar nicht): auf Handwerker, Gewerbetreibende, mittlere und niedere Beamte, Handelsangestellte und Hausherrn. Die Pfarargeistlichkeit spielte eine bedeutsame Rolle in der Bewegung, aber katholische Frömmigkeit war kein zentraler Punkt in der christlichsozialen Ideologie. Das „Christliche“ im Christlichen Sozialismus diente vornehmlich dazu, um jedermann an den Antisemitismus der Partei zu erinnern, an die Gegnerschaft zum radikalen Deutschnationalismus und an die Unterstützung paternalistischer Hierarchien und des dynastischen Staates. Im Gegensatz dazu fanden in den Alpenländern die Christlichsozialen den meisten Anklang bei wohlhabenden Bauern, die in ländlichen Gebieten wohnten und die schon lange klerikal-konservative Parteien unterstützt hatten. „Gut-katholischer“ Glaube und dessen anti-jüdische Ansichten waren am Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts wichtig – sowohl für die lokalen christlichsozialen Führungspersönlichkeiten, viele von ihnen Priester oder Laien-Intellektuelle, als auch für die Wähler<sup>32</sup>. Wenn auch der Christliche Sozialismus seine Anfänge in Wien genommen hatte, so war es schließlich die ländliche, agrarische, katholische Version, die sich durchsetzte. Albert Geßmann schmiedete nach den Reichsratswahlen des Jahres 1907, die erstmals nach

<sup>31</sup> ÖSTERREICHISCHE STATISTIK 63/1, XXXIV, 48; DIE ERGEBNISSE DER VOLKSZÄHLUNG VOM 31. DECEMBER 1900 in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern I/2: Die Bevölkerung nach Größenkategorien der Ortschaften, nach Gebürtigkeit, Konfession, Familienstand, Umgangssprache und Bildungsgrad sowie nach Gebürtigkeit in Verbindung mit der Umgangssprache und dem Bildungsgrad (= ÖSTERREICHISCHE STATISTIK 63/2, Wien 1902) 55; JACOB THON, Die Juden in Oesterreich (Berlin 1908) 14.

<sup>32</sup> BOYER, Culture and Political Crisis; REINHOLD KNOLL, Zur Tradition der Christlichsozialen Partei. Ihre Früh- und Entwicklungsgeschichte bis zu den Reichsratswahlen 1907 (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 13, Wien – Köln – Graz 1973).

dem allgemeinen Männerwahlrecht durchgeführt worden waren, die Allianz zwischen den Wiener Christlichsozialen und den katholisch-konservativen Gruppen in Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, der Steiermark, Tirol und Vorarlberg. Diese Allianz hatte bei manchen Wiener Christlichsozialen ein gewisses Unbehagen zur Folge, nicht zuletzt bei Lueger selbst, bei den Protagonisten der Handwerker und bei denen, die zum Deutschnationalismus tendierten, weil sie sowohl den Klerikalismus fürchteten als auch eine seitens der ländlichen Politiker zu erwartende fehlende Berücksichtigung der sozioökonomischen Bedürfnisse der städtischen Klientel der Partei, hatten doch die wohlhabenden Bauern der Alpenländer andere sozioökonomische Prioritäten. In nationalitätenpolitischen Fragen stimmten sie aber im Wesentlichen mit den Wiener Christlichsozialen überein. Wie bekannt gewann schließlich der alpine Flügel innerhalb der Christlichsozialen das Übergewicht. Er kümmerte sich in erster Linie um die wirtschaftlichen Interessen der ländlichen Wählerschaft und distanzierte sich von Wien. Diese Politik sollte in der Ersten Republik ihre Fortsetzung finden<sup>33</sup>.

Bei den Christlichsozialen aus den Alpenländern waren antijüdische Vorurteile tief verwurzelt, Vorurteile, die nicht so sehr einem antikapitalistischen Ressentiment entsprangen oder einer antiliberalen Politik, sondern vielmehr der traditionellen katholischen Frömmigkeit, die in der ländlichen Bevölkerung immer noch weit verbreitet war. Im Deutschen Reich war in der katholischen Zentrumspartei die traditionelle Judenfeindschaft ebenfalls verankert, aber die Partei vermied es, die Sache des Antisemitismus in der politischen Arena zu vertreten, weil man in einem Land, in dem die Katholiken damals eine diversen Repressalien ausgesetzte Minorität darstellten, anti-katholische Rückwirkungen befürchten musste<sup>34</sup>. Die Christlichsozialen der Alpenländer kannten keine derartigen Beschränkungen. Als deutschsprachige Katholiken in einer überwiegend deutschsprachigen katholischen Region mussten sie nicht mit Repressalien rechnen, sie konnten sich den Luxus leisten, ihren Antisemitismus in aller Öffentlichkeit auszuleben. Viele aus der jüngeren Generation der alpenländischen christlichsozialen Führungsschicht waren tiefgläubige katholische Männer, darunter Priester wie Ignaz Seipel oder Laien-Intellektuelle, die in der Zwischenkriegszeit die Partei führen sollten. Sie wurden in zunehmendem Maße vom österreichischen Episkopat unterstützt, der ihren Einsatz im Kampf gegen den Sozialismus begrüßte<sup>35</sup>.

Katholische Inbrunst und antijüdische Ansichten zogen viele Wähler an. Tatsächlich hatten zahlreiche unter ihnen in Nieder- und Oberösterreich in den achtziger Jahren Schönerer unterstützt, weil er vorgegeben hatte, die wirtschaftlichen Interessen der Bauern zu vertreten, aber sie wandten sich von ihm ab und den Christlichsozialen zu, als Schönerer begann, seine antikatholische „Los von Rom“-Bewegung zu lancie-

<sup>33</sup> BOYER, *Culture and Political Crisis* 38 f., 88–108, 269–277, 284 f., 446, 455 f.

<sup>34</sup> JOCHMANN, *Antisemitismus* 397 ff., 434 f., 456 f.

<sup>35</sup> Zur Katholizität vieler jüngerer Aktivisten vgl. BOYER, *Culture and Political Crisis* 299–325, 417, 432. Eine ausführlichere Darstellung der Rolle des katholischen Antisemitismus in der Ersten Republik bei ANTON STAUDINGER, *Katholischer Antisemitismus in der Ersten Republik*; in: GERHARD BOTZ, IVAR OXAAL, MICHAEL POLLAK, NINA SCHOLZ (Hgg.), *Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert* (Wien 2002) 261–280; NINA SCHOLZ, *Antisemitismus in den Wiener Pfarren*; in: EBD. 283–301.

ren<sup>36</sup>. Dennoch fanden Schönerer und das von ihm vertretene Alldeutschtum in den Alpenländern bei Vielen Unterstützung, insbesondere bei jenen, die mit seinem radikalen deutschnationalen Programm einverstanden waren. Die alldeutsche Bewegung war eine extrem antihabsburgische, antikatholische, antidemokratische, antisemitische Bewegung, die Preußen glorifizierte und den Anschluss des deutschen Österreich an das Deutsche Reich anstrebte. Sie vertrat eine rassistische Konzeption des deutschen Volkes und brandmarkte die Juden als den rassistischen Feind. Schönerer gehörte zwischen 1873 und 1888 als Abgeordneter der Landgemeindegurie des Wahlbezirkes Zwettl–Waidhofen in Niederösterreich und erneut von 1897 bis 1907 als Vertreter des Landgemeindegewahlkreises Eger (Cheb; *Cheb*) in Böhmen dem Reichsrat an. Er wandte dort nicht nur das Mittel der parlamentarischen Obstruktion an, um die Regierungsarbeit zu paralysieren, sondern schüchterte auch Vertreter anderer deutscher Parteien ein, unter ihnen solche, die verschiedenen liberalen Gruppierungen und den Christlichsozialen angehörten, damit diese seine Obstruktionstaktik unterstützten, weil sie im Falle der Ablehnung befürchten mussten, als zu wenig deutsch und „verjudet“ gebrandmarkt zu werden. Obwohl er niemals über eine große Zahl von engen Weggefährten verfügte, waren seine Ansichten weit verbreitet, besonders unter den Mitgliedern der Burschenschaften an den Universitäten von Wien, Graz und Innsbruck, sowie unter einem breiten Segment von mittelständischen Gewerbetreibenden, Handwerkern, Rechtsanwälten, Ärzten, Notaren und Lehrern in den Gebieten entlang der Sprachgrenzen, wo viele Deutschsprachige sich durch die Erfolge slawischer Nationalisten bedroht fühlten<sup>37</sup>. Fromme Katholiken fühlten sich von dieser Bewegung nicht angesprochen, besonders nachdem Schönerer um 1900 seine „Los von Rom“-Bewegung inauguriert hatte, wobei er „echten Deutschen“ in Österreich nahelegte, zum Protestantismus zu konvertieren, den er als genuin germanisch einstufte. Gewiss hatte der Verlust an Unterstützung in den ländlichen Gebieten mit der Tatsache zu tun, dass viele Bauern der Katholischen Kirche treu blieben. Daher hatten die traditionellen Ansichten des Katholizismus keinerlei Einfluss auf das Alldeutschtum und diese Bewegung konnte auf keine Unterstützung in jenen Regionen bauen, wo die traditionelle katholische Frömmigkeit überwog.

In der alldeutschen Ideologie spielten der rassistische Antisemitismus, der Wunsch, die Juden aus der Gemeinschaft der Deutschen auszuschließen und die Forderung, den „jüdischen Einfluss“ in Österreich zu beenden, eine zentrale Rolle. Antisemitische Schmähungen und Beschimpfungen wurden zu einem Kürzel, einem „kulturellen Code“, der

<sup>36</sup> BOYER, *Political Radicalism* 229; KARL-REINHART TRAUNER, *Die Los-von-Rom-Bewegung. Gesellschaftspolitische und kirchliche Strömung in der ausgehenden Habsburgermonarchie* (Szentendre 1999).

<sup>37</sup> Für eine ausführliche Darstellung von Schönerer und seiner alldeutschen Bewegung siehe WHITE-SIDE, *Socialism of Fools*. Für eine höchst aufschlussreiche Analyse der Schwierigkeiten, denen die nationalen Aktivisten begegneten, wenn sie die ländliche Bevölkerung im Gebiet der so genannten Sprachgrenze sowohl in der Steiermark als auch in Böhmen davon überzeugen wollten, dass sie einer bestimmten Nation angehörten, siehe PIETER M. JUDSON, *Guardians of the Nation. Activists on the Language Frontier of Imperial Austria* (Cambridge, Mass. – London 2006).

verwendet wurde, um das gesamte Programm der Bewegung zu kennzeichnen<sup>38</sup>, insbesondere deren Attacke auf das national tolerante, multinationale habsburgische Österreich, das die Juden so vehement verteidigten. Jeder, der den Antisemitismus attackierte, wurde zu einem Verräter am deutschen Volk, und der Rassen-Antisemitismus – die Idee, dass die Juden eine üble Rasse wären, entschlossen, die arische Rasse zu vernichten – wurde zum Eckstein des extremen Deutschnationalismus in den österreichischen Grenzgebieten<sup>39</sup>.

Natürlich waren nicht alle Deutschnationalen radikale Schönerianer. Das deutschnationale Lager war gespalten zwischen Radikalen und Gemäßigten und entlang politischer, regionaler und Klassengrenzen. Die meisten Deutschnationalen (wie überhaupt die meisten Nationalisten ganz allgemein) blieben dem habsburgischen Staat gegenüber loyal, sei es aus echter Überzeugung, sei es aus pragmatischen Gründen. Schließlich war es eben dieser Staat, der dem nationalen Aktivismus aller Spielarten Raum und politische Entfaltungsmöglichkeit gab<sup>40</sup>. Der Antisemitismus war innerhalb des deutschnationalen Lagers weit verbreitet, aber seine rassistische Version wurde nicht überall akzeptiert, auch wenn biologische oder rassische Definitionen betreffend die Zugehörigkeit zum Deutschtum – und nicht so sehr jene, die sich auf Kultur oder Bildung beriefen – unter den Deutschnationalen in zunehmendem Maße an Boden gewannen, als es darum ging, im Zuge der Erweiterung des Wahlrechts Wähler anzusprechen. Darüber hinaus schufen der Wunsch nach Einheitlichkeit aller deutschen Parteien gegenüber dem, was Deutschnationale als Bedrohung des „deutschen Besitzstandes“ durch slawische Nationalbewegungen ansahen, als „Einfall“ ins „deutsche Territorium“ oder als Gefährdung der deutschen Vorherrschaft in bestimmten Regionen, eine Situation, in der gemäßigte Deutschnationale den Antisemitismus übernahmen oder zumindest nicht bereit waren, sich ihm zu widersetzen<sup>41</sup>. Andererseits drängten politischer Pragmatismus und die Notwendigkeit, in bestimmten Regionen (allerdings nicht in den Alpenländern) jüdische Wähler zu gewinnen, deutsche Nationalisten auch in die andere Richtung. In Gebieten, wo es keine bedeutende Zahl an jüdischen Wählern gab, waren Deutschnationale viel eher in der Lage, einen radikalen rassistischen Antisemitismus zu vertreten und darauf zu beharren, dass Juden niemals Deutsche werden konnten als dort, wo sie auf jüdische Stimmen angewiesen waren, um überhaupt einen deutschen Kandidaten durchzubringen. So vertrat z.B. die „Südmark“, eine radikale deutschnationale Organisation, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, im slowenisch–deutsch gemischtsprachigen Gebiet in der Untersteiermark (in dem es keine Juden gab) deutschsprachige Kolonisten anzusiedeln, eine rassen-antisemitische Ideologie, die die Juden als rassistische Feinde der Deutschen brandmarkte. 1907 nahm der Verein den

<sup>38</sup> Whiteside verwendet Volkovs Begriff des „kulturellen Code“ nicht, um die Schönerer-Bewegung zu beschreiben, doch meint er offensichtlich diesen, wenn er schreibt, dass Antisemitismus als Kürzel für all das diene, was Schönerer verabscheute; vgl. WHITESIDE, *Socialism of Fools* 118.

<sup>39</sup> Zur zentralen Rolle der Rasse für das Alldeutschtum EBD. 51, 62, 88, 104 f., 118 f., 137.

<sup>40</sup> Dieser Aspekt ist verschiedentlich betont worden; eine gute Analyse bei GARY B. COHEN, *Nationalist Politics and the Dynamics of State and Civil Society in the Habsburg Monarchy, 1867–1914*; in: *Central European History* 40 (2007) 241–278; JUDSON, *Guardians of the Nation* 7 ff.

<sup>41</sup> DERS., *Exclusive Revolutionaries* 193–263; DERS., 'Whether Race or Conviction Should Be the Standard': *National Identity and Liberal Politics in Nineteenth-Century Austria*; in: *Austrian History Yearbook* 22 (1991) 76–95.



Arier-Paragrafen in seine Statuten auf, der Juden von der Mitgliedschaft ausschloss<sup>42</sup>. In Salzburg, wo die Zahl der Juden sehr gering war, arbeiteten Deutschnationale und Christlichsoziale eng zusammen, um den „reindeutschen Charakter“ des Landes zu wahren<sup>43</sup>.

## 2. Antisemitismus in den Böhmischen Ländern

Der Antisemitismus trat in vielen Nationalbewegungen in Erscheinung, nicht nur im Deutschnationalismus. Für viele Nationalisten waren Attacken auf die Juden ein passendes Mittel, um den national Anderen zu attackieren, Unterstützung zu mobilisieren, aber auch um die nationale Glaubwürdigkeit jener Personen in Frage zu stellen, die vorgaben, im Namen der Nation zu sprechen<sup>44</sup>. Es waren vor allem die Böhmisches Länder, wo der Antisemitismus aufs Engste mit dem Nationalitätenkonflikt verbunden war. Tschechische und deutsche nationale Aktivisten bedienten sich antisemitischer Rhetorik, um ihre jeweiligen nationalen Gemeinschaften zusammenschweißen. Schließlich bedeutete die Umsetzung des nationalistischen Projekts im Ostmitteleuropa des späten 19. Jahrhunderts, dass man Leute, die häufig zwei- oder mehrsprachig waren und kein Gefühl dafür hatten, irgendeiner bestimmten ethnischen Gruppe anzugehören, denen vornehmlich lokale, körperschaftliche und religiöse Loyalitäten wichtig waren und die ohne Probleme mit Anderssprachigen verkehrten, davon überzeugen musste, dass sie „Angehörige“ einer „Nation“ waren, die die Nationalisten erst zu schaffen hofften<sup>45</sup>. In vielen Fällen erfolgte die ethnische und nationale Identifikation als Antwort auf die politischen Erfolge anderer Gruppen. Beispielsweise entwickelten die Prager Deutschen das Gefühl, einer (bedrohten) deutschen Gemeinschaft anzugehören, erst nachdem die tschechischen politischen Parteien die Mehrheit in der Prager Gemeindevertretung errungen hatten und begannen, Prag von einer kaiserlich-habsburgischen in eine tschechische Stadt zu verwandeln<sup>46</sup>. Auch anderswo in Böhmen und Mähren waren viele Deutsche besorgt über die zunehmende Macht der Tschechen und darüber, was sie als Verlust des „deutschen Besitzstandes“ empfanden<sup>47</sup>.

<sup>42</sup> JUDSON, *Guardians of the Nation* 101–139, insbes. 121 f., 143.

<sup>43</sup> HANNS HAAS, MONIKA KOLLER, Jüdisches Gemeinschaftsleben in Salzburg von der Neuansiedlung bis zum Ersten Weltkrieg; in: MARKO M. FEINGOLD (Hg.), *Ein ewiges Dennoch. 125 Jahre Juden in Salzburg. Mit einem Sonderteil von Manfred Altmann* (Wien – Köln – Weimar 1993) 36–42; GERT KERSCHBAUMER, *Die Erste Republik und der Ständestaat*; in: EBD. 133–139.

<sup>44</sup> JUDSON, *Guardians of the Nation* 122.

<sup>45</sup> Die jüngere Forschung zum Nationalitätenkonflikt hat besonders hervorgehoben, wie die nationalen Aktivisten aus Leuten, die sich einer bestimmten Sprache bedienten und die vor ihrer Mobilisierung kein besonderes Gefühl dafür hatten, einer bestimmten nationalen Gruppe anzugehören, die Nation „konstruierten“ oder schufen. Für die Böhmisches Länder siehe JUDSON, *Guardians of the Nation*; JEREMY KING, *Budweisers into Czechs and Germans: A Local History of Bohemian Politics, 1848–1948* (Princeton, N. J. 2002); und ein Buch, das im Verständnis der Problematik seiner Zeit voraus war, nämlich GARY B. COHEN, *The Politics of Ethnic Survival: Germans in Prague, 1861–1914* (Princeton, N. J. 1981, jetzt in einer 2. revidierten Auflage: West Lafayette, Indiana 2006), besonders die neue Einleitung 1–17 [in der Folge wird das Buch stets nach der 2. Auflage zitiert]; vgl. auch DERS., *Nationalist Politics* 260 ff.

<sup>46</sup> DERS., *Politics of Ethnic Survival* 16 f., 18–40.

<sup>47</sup> JUDSON, *Exclusive Revolutionaries 195–198*, 215–221, 238 ff.; DERS., *Guardians of the Nation* passim.

In diesem Zusammenhang konnten die Juden, eine traditionelle Außenseiter-Gruppe in der europäischen Gesellschaft, einen nützlichen Zweck erfüllen. Indem die nationalen Aktivisten die Juden als „andere“ – vollkommen außerhalb der Nation stehend – brandmarkten, hofften sie die zukünftigen Mitglieder ihrer eigenen Nation zusammenschweißen zu können<sup>48</sup>. Interessanterweise machten sich tschechische und deutsche Nationalisten die Juden in unterschiedlicher Weise zunutze. Für die meisten tschechischen Nationalisten waren die Juden Deutsche und habsburgtreue Österreicher, daher per definitionem keine Tschechen, sondern sogar Feinde der tschechischen nationalen Sache. Deutsche Nationalisten wiederum betrachteten die Juden niemals als Agenten einer Tschechisierung. Zwar verwendeten einige Deutschnationale, besonders radikale, die ihre Erfolge meist in Nordwestböhmen und in Nordmähren – Regionen mit vielen Deutschsprachigen und wenigen Juden – erzielten, in ihren Wahlkämpfen einen vulgären rassistischen Antisemitismus. Deutsche nationale Aktivisten, die zutiefst betroffen waren vom wachsenden tschechischen politischen und wirtschaftlichen Einfluss und dem potentiellen Verlust an „deutschem Besitzstand“, charakterisierten die Juden als total wesensfremd, ja sogar als Feind der deutschen nationalen Gemeinschaft. Aber in Prag und in vielen Städten und Städtchen in Mähren – insbesondere im weitgehend tschechischsprachigen Südmähren –, wo die Deutschsprachigen die Juden brauchten, um ihre Position angesichts der steigenden tschechischen politischen Dominanz zu stützen, spielte der Antisemitismus keine wichtige Rolle bei der Formierung einer deutschen nationalen Identität, zumindest so lange das eingeschränkte Wahlrecht den mittelständischen Juden eine bedeutsame Rolle in der lokalen Politik zugestand. 1900 zählte man in den Böhmisches Ländern 143.833 Juden (92.745 in Böhmen, 44.255 in Mähren und 11.988 in Schlesien)<sup>49</sup>. Sie sprachen in ihrer großen Mehrheit deutsch, besuchten deutsche Schulen, wählten deutschliberale Parteien, identifizierten sich mit der deutschen Kultur und waren loyale Bürger des habsburgischen Gesamtstaates. Die jüdische Bindung an das Deutschtum datiert vom späten 18. Jahrhundert, als Kaiser Joseph II. viele der traditionellen Beschränkungen aufhob, unter denen die Juden lange gelitten hatten, er dafür aber von ihnen verlangte, dass sie Deutsch lernten. Im Anschluss an die Toleranzpatente von 1781/1782 und mit Unterstützung der lokalen rabbinischen Autoritäten errichteten die Juden ein Netz von deutsch-jüdischen Schulen, in denen Generationen von jüdischen Kindern in Böhmen und Mähren säkulare Fächer und die deutsche Sprache gelehrt wurden<sup>50</sup>.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts sprachen die Juden, die meist als Kleinhändler in Dörfern und kleinen Städten verstreut über das gesamte tschechischsprachige Land

<sup>48</sup> Die Rolle der „anderen“ bei der nationalen Mobilisierung im Allgemeinen ist ausführlich behandelt bei NANCY M. WINGFIELD (Hg.), *Creating the Other: Ethnic Conflict and Nationalism in Habsburg Central Europe* (New York 2003).

<sup>49</sup> ÖSTERREICHISCHE STATISTIK 63/1, XXXIII; THON, *Juden in Oesterreich* 7.

<sup>50</sup> JACOB KATZ, *Out of the Ghetto: The Social Background of Jewish Emancipation, 1770–1870* (Cambridge, Mass. 1973) 161–164; HILLEL J. KIEVAL, *Caution's Progress: The Modernization of Jewish Life in Prague, 1780–1830*; in: JACOB KATZ (Hg.), *Toward Modernity: The European Jewish Model* (New Brunswick 1989) 89–99; RUTH KESTENBERG-GLADSTEIN, *Neuere Geschichte der Juden in den böhmischen Ländern. Erster Teil: Das Zeitalter der Aufklärung, 1780–1830* (Tübingen 1969) 41–65.

lebten, anstelle von Jiddisch, das sie vorher gesprochen hatten, Deutsch, obwohl die meisten von ihnen auch des Tschechischen mächtig waren. Die Juden waren auch deshalb loyale Unterstützer des deutschen Liberalismus, weil es die Deutschliberalen waren, die die Emanzipation der Juden ins Werk und schließlich 1867 allen antijüdischen Restriktionen ein Ende gesetzt hatten, so dass eine Situation geschaffen wurde, in der Juden in die Städte ziehen und dort vorwärts kommen konnten. Für die Juden bildeten die Verwendung der deutschen Sprache, die Unterstützung des Liberalismus und die Loyalität zur Monarchie eine nahtlose Einheit<sup>51</sup>. Die Bevorzugung der deutschen Sprache und Kultur durch die Juden hielt auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an, als seitens der stärker werdenden tschechischen Nationalbewegung viel Druck auf sie ausgeübt wurde, sich zur tschechischen Nation zu bekennen bzw. bei den Volkszählungen Tschechisch als ihre Umgangssprache anzugeben. 1890 hatten drei Viertel der Juden in den Böhmisches Ländern Deutsch als Umgangssprache genannt. Als Folge nationalistischen Druckes wechselten die böhmischen Juden ihr offizielles Sprachenbekenntnis, so dass zehn Jahre später, 1900, 54 % sich zur tschechischen Umgangssprache bekannten<sup>52</sup>. Das war nicht der Fall in Mähren, wo 77 % der Juden auch weiterhin ihre Bevorzugung der deutschen Sprache bei der Volkszählung einbekannten<sup>53</sup>. Wie auch immer das Bekenntnis zur Umgangssprache ausgefallen sein mag, die überwiegende Mehrheit der Juden in den Böhmisches Ländern schickte ihre Kinder in deutsche Schulen: in deutsch-jüdische Schulen dort, wo sie weiterhin bestanden wie etwa in Mähren, und sonst in deutsche öffentliche Schulen. So gut wie alle Juden, die Gymnasien oder Universitäten besuchten, frequentierten die deutschen Anstalten<sup>54</sup>. Das jüdische

<sup>51</sup> HILLEL J. KIEVAL, *The Making of Czech Jewry: National Conflict and Jewish Society in Bohemia, 1870–1918* (New York – Oxford 1988) 16; GARY B. COHEN, *Jews in German Liberal Politics: Prague, 1880–1914*; in: *Jewish History* 1/1 (1986) 55–74.

<sup>52</sup> KIEVAL, *The Making of Czech Jewry* 61; GARY B. COHEN, *Jews in German Society: Prague, 1860–1914*; in: *Central European History* 10 (1977) 37; DERS., *Politics of Ethnic Survival* 76 f., 80. Kieval argumentiert, dass die wachsende Zustimmung zur tschechischen Sprache nicht nur das Ergebnis politischen Druckes war, sondern auch echter Überzeugung entsprang, besonders bei den Juden, die aus kleinen Städtchen in die größeren Städte zugewandert waren. Der statistische Sprung scheint jedoch etwas zu schnell und zu groß zu sein als dass man ihn einfach als Resultat natürlicher Trends erklären könnte. Cohen, der die Wichtigkeit politischen Drucks nicht in Abrede stellt, weist darauf hin, dass es in Prag vornehmlich ärmere Juden waren, die sich dem Tschechentum zuwandten, während die wohlhabenderen Juden Teil der deutschen Gemeinschaft blieben.

<sup>53</sup> ÖSTERREICHISCHE STATISTIK 63/3, 178.

<sup>54</sup> KIEVAL, *The Making of Czech Jewry* 36–40, 56 f.; COHEN, *Jews in German Society* 38. In Mähren besuchten fast überhaupt keine jüdischen Kinder tschechische Schulen. Für den Schulbesuch in Gymnasien und Realschulen vgl. STATISTIK DER UNTERRICHTS-ANSTALTEN in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern für das Jahr 1881/82, bearbeitet vom Bureau der k. k. Statistischen Zentralkommission (= ÖSTERREICHISCHE STATISTIK 3/2, Wien 1882) 36, 44 f.; STATISTIK DER UNTERRICHTS-ANSTALTEN in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern für das Jahr 1890/91, bearbeitet vom Bureau der k. k. Statistischen Zentralkommission (= ÖSTERREICHISCHE STATISTIK 35/4, Wien 1892) 34 f., 42 f. Zum Fortbestand der deutsch-jüdischen Schulen in Mähren THEODOR HAAS, *Die Juden in Mähren: Darstellung der Rechtsgeschichte und Statistik unter besonderer Berücksichtigung des 19. Jahrhunderts* (Brünn 1908) 52 ff. In Böhmen wurden die meisten deutsch-jüdischen Schulen geschlossen, und zwar wegen des Drucks tschechischer Nationalisten und der tschechisch-jüdischen Bewegung, einer Bewegung, die die Tschechi-

Gemeindeleben ging fast überall in deutscher Sprache vor sich und zahlreiche Juden sprachen im Privatverkehr auch weiterhin meist deutsch. Die Juden unterstützten auch deutsche kulturelle Aktivitäten und wählten liberale Parteien, zumindest jene, die sich vom Antisemitismus fern hielten. Ihre Loyalität zur Habsburgermonarchie nahm parallel zum Ansteigen des Antisemitismus zu, da sie die österreichischen Behörden, und im Besonderen Kaiser Franz Joseph selbst, als ihre besten Beschützer ansahen<sup>55</sup>.

Auch aus wirtschaftlichen Gründen waren die Juden für die tschechischen Nationalisten ein willkommenes Ziel ihrer Angriffe. In vielen Gegenden Böhmens und Mährens waren Juden traditionellerweise im Dienst des Adels gestanden, als Pächter von Brauereien und Schnapsbrennereien oder als Nutznießer anderer Konzessionen, die sie gewinnbringend betrieben. Sie fungierten auch als Kleinhändler und Hausierer in den kleinen Landstädtchen. Mit dem Ende der wirtschaftlichen Restriktionen wechselten die Juden in andere, lukrativere Zweige des Handels und der Leichtindustrie. Jüdische Händler/Industrielle spielten im 19. Jahrhundert eine bedeutende Rolle in der Industrialisierung von Böhmen und Mähren, besonders in der Textilindustrie<sup>56</sup>. Für tschechische Nationalisten, die beklagten, dass ein Großteil der Industrie und des Handels in „deutscher“ Hand war und die sich bemühten, eine eigenständige „tschechische“ Industrie und einen ebensolchen Handel zu befördern, bot die Tatsache, dass viele dieser „Deutschen“ Juden waren, eine geeignete Angriffsfläche und lieferte ihnen eine Reihe vorgefertigter Argumente. Die traditionelle Gegnerschaft gegen die Rolle der Juden in der Wirtschaft heizte den Zorn der Nationalisten über die deutschen und deutsch-jüdischen wirtschaftlichen Erfolge noch zusätzlich an. Viele tschechischsprachige Handwerker und kleine Gewerbetreibende, wahrscheinlich vor allem die in der jüdisch dominierten Textilindustrie, teilten den antikapitalistischen Unmut ihrer Wiener Kollegen, aber dieser wurde noch durch ihren Unmut über die Deutschen und die deutschsprachigen Juden ergänzt und verstärkt<sup>57</sup>.

---

sierung der Juden vorantreiben wollte, aber auch als Folge der Urbanisierung. Über die Schließung der deutsch-jüdischen Schulen in Böhmen siehe KIEVAL, *The Making of Czech Jewry* 44–55.

<sup>55</sup> MARSHA L. ROZENBLIT, *Reconstructing a National Identity: The Jews of Habsburg Austria during World War I* (New York 2001), insbes. 25–28 für die Vorkriegsjahre. Vgl. auch COHEN, *Politics of Ethnic Survival*; RUDOLF M. WLASCHKE, *Juden in Böhmen: Beiträge zur Geschichte des europäischen Judentums im 19. und 20. Jahrhundert* (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 66, München 1990); MAREK NEKULA, WALTER KOSCHMAL (Hgg.), *Juden zwischen Deutschen und Tschechen. Sprachliche und kulturelle Identitäten in Böhmen 1800–1945* (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 104, München 2006).

<sup>56</sup> Für eine interessante Lokalstudie der jüdischen Beteiligung an der Textilindustrie in Proßnitz (Prostějov; *Prostějov*) in Mähren siehe BERNHARD HEILIG, *Eine mährische Stadt und ihr Ghetto* (= Sonderabdruck aus der Zeitschrift des Deutschen Vereines für die Geschichte Mährens und Schlesiens 35/3, Brünn 1932); DERS., *Urkundliches zur Wirtschaftsgeschichte der Juden in Proßnitz* (Brünn 1929). Für allgemeine Trends siehe RUTH KESTENBERG-GLADSTEIN, *The Jews between Czechs and Germans in the Historic Lands, 1848–1918*; in: *The Jews of Czechoslovakia: Historical Studies and Survey I* (Philadelphia 1968) 37–43.

<sup>57</sup> Zum wirtschaftlich motivierten Unmut der Angehörigen der unteren Mittelklasse und deren aus nationalistischen Motiven genährten Zorn COHEN, *Politics of Ethnic Survival* 61 f. Eine Studie über den Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlich motivierten Unmut der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden, tschechischen nationalistischen Einstellungen und dem Antisemitismus in den Böhmisches Ländern wäre wünschenswert.

Die meisten der wichtigsten Parteien innerhalb der tschechischen Nationalbewegung verwendeten antisemitische Rhetorik, um Unterstützung für ihr nationales Programm zu erhalten. Das galt auch, wenngleich noch nicht in jenen schrillen Tönen wie sie später zu hören waren, für die konservativen Alttschechen. Bedeutsamer wurde der Antisemitismus für die politischen Aktivitäten der nationalliberalen Jungtschechen – antiklerikale bürgerliche Nationalisten, aggressiv und ungestüm in ihren nationalen Forderungen – die von der Ausdehnung des Wahlrechts auf den unteren Mittelstand profitierten. Sie begannen die tschechische Nationalbewegung in den neunziger Jahren zu dominieren, als sie die Mehrheit im Böhmischem Landtag und in der böhmischen Vertretung im Reichsrat errangen<sup>58</sup>. Der Antisemitismus bildete auch in der Ideologie der radikalen „Tschechischen National-Sozialen Partei“ einen zentralen Punkt. Diese populistische Gruppierung entstand im Jahr 1897 und versuchte, tschechischsprachige Arbeiter von den a-nationalen Sozialdemokraten abzuwerben, indem sie so genannte „Juden-Deutsche“ mit Kapitalisten gleichsetzte. Die Partei, die unter der Führung von Václav Klofáč und Karel Baxa stand, war zwar bei Wahlen nicht besonders erfolgreich, doch beherrschte in Zeiten nationaler Krisen ihre Rhetorik die Öffentlichkeit<sup>59</sup>. Nur die tschechische Sektion der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich“ und Tomáš G. Masaryks Realistenpartei mieden den Antisemitismus und bekämpften ihn im Fall von Masaryk öffentlich<sup>60</sup>.

Konservative, nationalliberale und national-soziale tschechische Aktivisten erklärten unisono, dass die Juden keine Tschechen, sondern Deutsche und Österreicher seien.

<sup>58</sup> Vgl. zu den tschechischen Parteien im Allgemeinen ROBERT A. KANN, *The Multinational Empire: Nationalism and National Reform in the Habsburg Monarchy, 1848–1918 I* (New York 1950) 151–219; deutsche Ausgabe: DERS., *Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918, I: Das Reich und die Völker* (= Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost 4, Graz – Köln 1964) 147–213; BRUCE M. GARVER, *The Young Czech Party 1874–1901 and the Emergence of a Multi-Party System* (New Haven 1978); JIŘÍ KOŘALKA, *Tschechen im Habsburgerreich und in Europa, 1815–1914. Sozialgeschichtliche Zusammenhänge der neuzeitlichen Nationsbildung und der Nationalitätenfrage in den böhmischen Ländern* (= Schriftenreihe des Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts 18, Wien – München 1991); DERS., R. J. CRAMPTON, *Die Tschechen*; in: ADAM WANDRUSZKA, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 III/1: Die Völker des Reiches* (Wien 1980) 489–521; JAN HAVRÁNEK, *The Development of Czech Nationalism*; in: *Austrian History Yearbook 3/2* (1967) 203–222; JIŘÍ POKORNÝ, *Vereine und Parteien in Böhmen*; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VIII/1: Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Vereine, Parteien und Interessenverbände als Träger der politischen Partizipation* (Wien 2006), insbes. 652–700; JIŘÍ MALÍŘ, PAVEL MAREK (Hgg.), *Politické strany. Vývoj politických stran a hnutí v českých zemích a Československu 1861–2004* [Politische Parteien. Die Entwicklung der politischen Parteien und Bewegungen in den böhmischen Ländern und der Tschechoslowakei 1861–2004], 2 Bände (Brno 2005).

<sup>59</sup> T. MILLS KELLY, *Without Remorse: Czech National Socialism in Late-Habsburg Austria* (= East European Monographs 639, Boulder, Colorado 2006).

<sup>60</sup> Zu Masaryk HILLEL KIEVAL, *Masaryk and Czech Jewry: The Ambiguities of Friendship*; in: STANLEY B. WINTERS (Hg.), *T. G. Masaryk (1850–1937) I: Thinker and Politician* (New York 1990) 302–327; CHRISTOPH STÖLZL, *Die „Burg“ und die Juden: T. G. Masaryk und sein Kreis im Spannungsfeld der jüdischen Frage: Assimilation, Antisemitismus und Zionismus*; in: KARL BOSL (Hg.), *Die „Burg“*. Einflußreiche politische Kräfte um Masaryk und Beneš II (= Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee, München 1974) 79–110.

Daraus würde logisch folgen, dass die Juden Feinde der Tschechen wären, die ihrem nationalen Kampf feindlich gegenüberstünden. Sowohl für die Alt- als auch die Jungtschechen waren die Juden Deutsche, was Sprache, Kultur, Erziehung und Politik betraf, also gerade in jenen Punkten, die für die tschechische Nationalbewegung zentral waren und wo man tschechische Sprachenrechte, tschechische Schulen und die politische Herrschaft der Tschechen in den böhmischen Ländern verlangte. Jüdische Unterstützung für deutsche Einrichtungen, deutsche Schulen und deutsche politische Parteien schädigten ihrer Ansicht nach die Tschechen und hatten daher ein Ende zu haben. Indem man die Juden beschimpfte, konnte man leicht die nationalen Leidenschaften der Tschechen entfachen, besonders in den kleinen Städtchen, wo die Juden erkennbar deutschsprachig in einem tschechischsprachigen Umfeld waren. Zwar drängten die tschechischen Nationalisten die Juden zur Verwendung der tschechischen Sprache und zum Bekenntnis der tschechischen Umgangssprache bei den Volkszählungen, doch brandmarkten die meisten Nationalisten die Juden als unaufrichtige Opportunisten, wenn sie diesem Drängen nachkamen, spielte doch ein biologistisches Verständnis des tschechischen Volkes in zunehmendem Maße ebenfalls eine Rolle<sup>61</sup>. Die „Tschechische National-Soziale Partei“ verwendete ganz offen rassistische Argumente bei ihren antisemitischen Ausfällen. Sogar Tomáš G. Masaryk, der während des Polnáer Ritualmord-Prozesses gegen Leopold Hilsner den Antisemitismus mutig bekämpfte, meinte, dass die Juden keine Tschechen wären und keine sein konnten. Masaryks spätere politische Haltung während der Ersten Republik, nämlich den Juden zu gestatten, sich zur jüdischen Nation zu bekennen, wenn sie dies wollten, ist Ausdruck sowohl des Wunsches, die Zahl der Deutschen in der Tschechoslowakei zu vermindern, als auch seiner Überzeugung, dass Juden eben keine Tschechen seien<sup>62</sup>.

Es war für die tschechische Nationalbewegung sehr nützlich, sich der Juden als der national „anderen“ zu bedienen. In vielen Dörfern und kleinen Städtchen auf dem Land waren die einzigen ortsansässigen „Deutschen“ jüdische Geschäftsleute, die ein leichtes Ziel abgaben für die antideutschen Boykott-Maßnahmen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, die „svůj k svému“-Bewegung [„Jeder zum Eigenen“]<sup>63</sup>. Die traditionelle religiös bedingte Feindschaft gegen die Juden und die weit zurückreichende, aus ökonomischen Motiven gespeiste Wut gegenüber jüdischen Geschäftsleuten (die fallweise auch als Geldverleiher fungierten) konnten leicht benutzt werden, um antideutsche Kampagnen zu schüren und den tschechischen Nationalismus zu unterstützen. Gleichzeitig konnte man aber auch die antideutsche Feindschaft des tschechischen Nationalismus in jenen Regionen, wo es nicht viele Deutschsprachige gab, gegen die die Tschechen hätten mobil machen können, gegen die schwächeren und weniger zahlreichen Juden richten. Die antideutsche Feindschaft fand ihre jüdischen Ziele freilich nicht nur in den kleinen Städtchen. Während der langen, von 1897 bis 1899 währenden Krise im Gefolge der Badenischen Sprachenverordnungen zählten Juden in

<sup>61</sup> KIEVAL, *The Making of Czech Jewry* 69 f.

<sup>62</sup> DERS., *Masaryk and Czech Jewry* 302–327; STÖLZL, *Die „Burg“ und die Juden* 79–110.

<sup>63</sup> CATHERINE ALBRECHT, *The Rhetoric of Economic Nationalism in the Bohemian Boycott Campaigns of the Late Habsburg Monarchy*; in: *Austrian History Yearbook* 32 (2001) 47–67.

Prag und in anderen größeren Städten häufig zu den ersten Opfern der tschechischen Demonstrationen gegen die Deutschen, die verstärkt einsetzten, als 1899 die Sprachenverordnungen wieder aufgehoben wurden. Damals brach eine Flut von gewaltsamen antideutschen und antijüdischen Demonstrationen über das ganze Land herein<sup>64</sup>.

Ein Thema, das die tschechische Nationalbewegung besonders irritierte und zu zahlreichen antisemitischen Schmähungen und Beschimpfungen Anlass gab, war die Rolle, die die Juden in der mährischen Politik spielten. Wegen des stark eingeschränkten Wahlrechts kam der jüdischen Mittelklasse im späten 19. Jahrhundert ein überproportional großer Einfluss auf die Politik in Mähren zu, wobei sie in vielen Gegenden Südmährens, das eine überwiegend tschechischsprachige Bevölkerung aufwies, den Ausschlag zugunsten der deutschen Parteien gab. Dort waren die meisten Wähler der ersten, der zweiten, und sogar viele der dritten Kurie Deutschsprachige, besonders in Städten und Städtchen. Trotz der numerischen Zunahme einer tschechischen Mittelschicht hatten viele Tschechen noch immer nicht das Wahlrecht, oder konnten nur in der 1897 für den Reichsrat, ab 1905 auch für den Landtag eingeführten vierten, der Allgemeinen Wählerklasse wählen, aus der nur eine kleine Zahl von Vertretern in den Landtag bzw. den Reichsrat entsandt wurde. Zwar war die Gesamtzahl der Juden eher gering, doch waren sie als Kaufleute oder in den Freien Berufen tätig, daher konnten sie wählen. In vielen Städten und Städtchen war die Stimme der Juden entscheidend bei der Wahl von Vertretern der deutschen Parteien, das meinten jedenfalls die tschechischen Nationalisten.

Die Situation wurde noch stärker verkompliziert durch die in Mähren (und nirgends sonst) existierenden so genannten „politischen Israelitengemeinden“. Diese Judengemeinden waren ein merkwürdiges Überbleibsel der alten sich selbst verwaltenden autonomen Judengemeinden und der alten jüdischen Ghettos. Im 18. Jahrhundert waren die Juden in Mähren strengen Aufenthaltsbeschränkungen unterworfen, sie durften nur in einer kleinen Zahl von Städten leben. 1798 legte Kaiser Franz 52 Judengemeinden fest, die – wenn auch nicht autonom im mittelalterlichen Sinn, als das jüdische Gesetz bei juristischen Streitfällen Anwendung gefunden hatte – als Stadt oder Städtchen eine eigene juristische Rechtspersönlichkeit darstellten, genauso wie die Stadt oder das Städtchen, in deren unmittelbarer räumlicher Nachbarschaft sich die Judengemeinden befanden und deren Namen sie trugen. Obwohl die Behörden nach 1848 die Zahl der Judengemeinden auf 27 reduzierten, existierten die politischen Israelitengemeinden, wie sie nun genannt wurden, auch weiterhin. Sie bildeten einen räumlich abgetrennten Teil jener Städte, wo sie sich befanden, und verfügten über ihre

<sup>64</sup> COHEN, Politics of Ethnic Survival 172–177; KIEVAL, The Making of Czech Jewry 72 ff.; HELENA KREJČOVÁ, ALENA MÍŠKOVÁ, Anmerkungen zur Frage des Antisemitismus in den böhmischen Ländern Ende des 19. Jahrhunderts; in: JÖRG K. HOENSCH, STANISLAV BIMAN, L'UBOMÍR LIPTÁK (Hgg.), Judenemanzipation – Antisemitismus – Verfolgung in Deutschland, Österreich-Ungarn, den böhmischen Ländern und in der Slowakei (= Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 13, Essen 1999) 55–84; PETER URBANITSCH, Mährische Exzesse im Oktober und November 1899 und das offizielle Wien; in: HANA AMBROŽOVÁ, BRONISLAV CHOCHOLÁČ, LIBOR JAN, PAVEL PUMPR (Hgg.), Historik na Moravě. Profesoru Jiřímu Malířovi přátelé a žáci k šedesátinám [Der Historiker Mährens. Professor Jiří Malíř zum 60. Geburtstag] (Brno 2009) 427–450.

eigenen kommunalen Einrichtungen (Polizei, Feuerwehr, Steuereinhebung, Müllabfuhr), und bis 1890 sorgten sie auch für die jüdischen religiösen Dienste (die nach 1890 von den israelitischen Kultusgemeinden wahrgenommen wurden). In unserem Zusammenhang wichtig ist die Tatsache, dass die Bewohner der politischen Israelitengemeinden eine eigene Stadtverwaltung wählten und als eigenständige Einheit an den Landtags- und Reichsratswahlen teilnahmen. Obwohl mittlerweile die wohlhabenderen Juden häufig weggezogen waren und sich an ihrer Stelle ärmere Nicht-Juden angesiedelt hatten, bildeten in diesen Städten die Juden zumeist die Bevölkerungsmehrheit und dominierten auf jeden Fall unter den Steuerzahlern, weshalb sich die deutschen politischen Parteien auf die Unterstützung der politischen Judengemeinden verlassen konnten, eine Unterstützung, die in den Kleinstädten oder in ländlichen Wahlkreisen entscheidend sein konnte<sup>65</sup>.

Wahlen waren daher jene Momente, in denen die tschechischen Nationalisten besonders über die Juden herzogen, sie als Deutsche attackierten und mit wirtschaftlichen Vergeltungsmaßnahmen drohten. Ein Beispiel möge genügen: die Reichsrats-Wahlen im Jänner 1901 im Stadtwahlbezirk „Olmütz, Proßnitz, Deutschbrodek“ in Mähren. Bei der Volkszählung 1900 gaben 65 % der Bevölkerung der Stadt Olmütz (Olomouc; *Olomouc*) Deutsch als Umgangssprache an. Ungefähr 7 % der Gesamtbevölkerung von rund 18.000 gehörten der jüdischen Konfession an, sie bildeten bloß 12 % der Deutschsprachigen. Hier waren die Stimmen der jüdischen Wähler nicht entscheidend. Im Gegensatz dazu bekannten sich 1900 im Bezirk Proßnitz 97 % der Bevölkerung zur tschechischen und nur 3 % zur deutschen Umgangssprache. Im Bezirk Proßnitz lebten 1.565 Juden, 85 % aller Deutschsprachigen. So gut wie alle lebten entweder in der Stadt Proßnitz (987, knapp 4 % der Bevölkerung) oder in Proßnitz Israelitengemeinde (Prostějov Obec Židovská; *Prostějov*) (566), wo sie zwar nur 40 % der Bevölkerung ausmachten, aber wahrscheinlich die meisten Wähler stellten<sup>66</sup>. Im Endeffekt gewann die „Deutsche Fortschrittspartei“ ein Mandat, wahrscheinlich als Ergebnis der jüdischen Stimmen in Proßnitz. Als Nachwirkung der Wahlen organisierten die tschechischen Nationalisten Demonstrationen, attackierten jüdische Geschäfte, drohten mit einem wirtschaftlichen Boykott jüdischer Unternehmungen und sorgten – als Antwort auf die Tatsache, dass die Olmützer Stadtvertretung tschechische Händler vom Jahrmarkt im April ausgeschlossen hatte – dafür, dass deutsche und jüdische Händler im Mai von den Märkten in Proßnitz, Prerau (Přerov; *Přerov*), Ungarisch-Hradisch (Uherské Hradiště; *Uherské Hradiště*) und Kremsier (Kroměříž; *Kroměříž*) ausgeschlossen wurden<sup>67</sup>.

<sup>65</sup> HAAS, Juden in Mähren 22–28, 38–42; PETER URBANITSCH, Die politischen Judengemeinden in Mähren nach 1848; in: EMIL KORDIOVSKÝ, JANA STAREK, HELMUT TEUFEL (Hgg.), Mährische Juden in der österreichisch-ungarischen Monarchie (1780–1918) (= XXVI. Mikulovské Sympozium 2000, Brno 2003) 39–53.

<sup>66</sup> ÖSTERREICHISCHE STATISTIK 63/1, XL, CIV f., LXXXII ff., 98–105; ALLGEMEINES ORTSCHAFTEN-VERZEICHNIS der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 31. December 1900 (Wien 1902) 332; HAAS, Juden in Mähren 58–64.

<sup>67</sup> *Jüdische Volksstimme* (Brünn) vom 1. Dezember 1900, 3; *EBD.* vom 1. Februar 1901, 3; *EBD.* vom 15. März 1901, 2 f., 6; *EBD.* vom 1. Mai 1901, 2 f., 6; *EBD.* vom 15. Mai 1901, 6. Diese zionistische Zeitung war nicht damit einverstanden, dass die Juden die deutschen Parteien wählten und sie rief die Juden auf, nicht so zu wählen, um die tschechischen Nationalisten nicht zu erregen.



Der Mährische Ausgleich von 1905, durch den in den Kurien der Städte, der Landgemeinden und der Allgemeinen Wählerklasse separate Kataster für tschechische und deutsche Wähler geschaffen wurden, so dass es diesen möglich wurde, je eigene Kandidatenlisten zu wählen, beendete jeden spezifischen Einfluss, den die Juden bisher bei Wahlen gehabt haben mögen, ein Punkt, den die Juden sofort erkannten<sup>68</sup>. Im Endergebnis wurden von den Wählern des deutschen Katasters 40 Abgeordnete gewählt, von denen des tschechischen Katasters 73. Die tschechischen Nationalisten setzten nun alles daran, die Juden dazu zu bewegen, sich in den tschechischen Kataster eintragen zu lassen und beschimpften sie, wenn sie es nicht taten. Interessanterweise protestierten die Nationalisten jedoch dort, wo die Juden sich tatsächlich in den tschechischen Kataster einschrieben, um wenigstens etwas Einfluss auf die Politik nehmen zu können, wie beispielsweise in Hollerschau (Holešov; *Holešov*) und Ungarisch-Hradisch, energisch dagegen<sup>69</sup>. Durch den Ausgleich war jedermann gezwungen, sich für eine bestimmte nationale Identität zu entscheiden, wodurch sich die Grenzen zwischen den nationalen Gruppen verhärteten. Außerdem schuf der Ausgleich eine Situation, in der die Nationalisten oft versuchten, Leute aus dem anderen nationalen Kataster „hinaus zu reklamieren“, damit sie in die eigene Liste eingetragen werden konnten<sup>70</sup>. Ein Versuch im Jahr 1914 in Budweis (Budějovice; *České Budějovice*), bei den Gemeinderatswahlen nationale Wahlkataster einzuführen, zwang die dortige Bevölkerung ebenfalls, sich für eine nationale Zugehörigkeit zu entscheiden, führte zu einer Verhärtung der Politik vor Ort und unterwarf alles und jedes einer nationalen Zuschreibung<sup>71</sup>. In solch einer Situation musste der Antisemitismus einfach aufblühen und gedeihen, und tatsächlich gewannen in manchen Regionen, in denen sich früher die Deutschfortschrittlichen Mandate gesichert hatten, nunmehr die Alldeutschen<sup>72</sup>.

Es ist schwer, die Rolle der traditionellen religiös motivierten Judenfeindschaft im Kontext der von der tschechischen Nationalbewegung geführten antisemitischen Kampagnen zu bewerten. Die katholische Volksfrömmigkeit trug sicherlich zur Bereitschaft vieler bei, die Juden als „Fremde“, als „andere“ anzusehen, aber die tschechische Nationalbewegung war großteils antiklerikal, und die Kirche, die offiziell über und außerhalb

<sup>68</sup> *EBD.* vom 15. März 1906, 2 f.; *EBD.* vom 1. November 1906, 2 f.; MAYER, Lebenserinnerungen 346 f. Allgemein zum mährischen Ausgleich T. MILLS KELLY, Last Best Chance or Last Gasp? The Compromise of 1905 and Czech Politics in Moravia; in: *Austrian History Yearbook* 35 (2003) 279–301; LUKÁŠ FASORA, JIŘÍ HANUŠ, JIŘÍ MALÍŘ (Hgg.), *Moravské vyrovnání z roku 1905: možnosti a limity národnostního smíru ve střední Evropě/Der Mährische Ausgleich von 1905: Möglichkeiten und Grenzen für einen nationalen Ausgleich in Mitteleuropa* (Brno 2006); JIŘÍ MALÍŘ, Der mährische Landtag; in: HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 VII/2: Verfassung und Parlamentarismus. Die regionalen Repräsentativkörperschaften* (Wien 2000) 2065 f., 2097.

<sup>69</sup> *Jüdische Volksstimme* (Brünn) vom 15. Oktober 1906, 1 f.

<sup>70</sup> KELLY, Last Best Chance 280–283; vgl. zur Problematik des „Hinausreklamierens“ auch GERALD STOURZH, *Die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Verfassung und Verwaltung Österreichs 1848–1918* (Wien 1985) 224 ff.; TARA ZAHRA, *Kidnapped Souls: National Indifference and the Battle for Children in the Bohemian Lands 1900–1948* (Ithaca – London 2008).

<sup>71</sup> KING, *Budweisers* 137–147; EMIL BRIX, Der Böhmisches Ausgleich in Budweis; in: *Österreichische Osthefte* 24 (1982) 225–248.

<sup>72</sup> *Jüdische Volksstimme* (Brünn) vom 15. November 1906, 1 f.

des Nationalitätenkonflikts stand, spielte weder bei der nationalen Mobilisierung der Tschechen noch der Deutschen eine große Rolle. Andererseits kann die Volksfrömmigkeit eine Erklärung liefern für die unerhörte Popularität der Idee vom „Ritualmord“, der Ermordung eines Christen aus jüdisch-religiösen Motiven. Das bekannteste Beispiel für die Durchschlagskraft des Ritualmord-Vorwurfs war die so genannte „Hilsner Affäre“ von 1899, in der der Jude Leopold Hilsner angeklagt und verurteilt wurde, im böhmischen Polna (Polná; *Polná*) ein junges Mädchen namens Anežka Hružová ermordet zu haben. Dabei waren es die tschechischen Nationalisten, und nicht die Kirche, die den Chor derjenigen anführten, die die Juden des Ritualmords beschuldigten, und viele ihrer Argumente betrafen solch profane Dinge wie die deutsch-jüdischen Schulen. Die Nationalisten übernahmen die Bereitschaft der Dorfbewohner, von ihren jüdischen Nachbarn das Schlimmste anzunehmen und formten sie im Dienst des tschechischen Nationalismus um, indem sie Vorstellungen von wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung, nationalem und religiösem Hass mischten und jede dieser Anschuldigungen dazu benützten, um die jeweils anderen Vorwürfe zu „beweisen“. So hätten die Juden den Leichnam der jungen Frau „ausgeblutet“ wie sie den Körper der tschechischen Nation „ausbluten“<sup>73</sup>. Man sollte nicht vergessen, dass selbst im Spätmittelalter, als Ritualmord-Vorwürfe starke Verbreitung gefunden hatten, es nicht die Kirche war, die die Juden solch grässlicher Taten beschuldigte. Die Ritualmord-Vorwürfe entsprangen vielmehr einer mittelalterlichen Version des Rassenantisemitismus, einer irrationalen Furcht, dass Juden die christliche Gesellschaft verderben und zerstören würden<sup>74</sup>. Dennoch fanden die Vorwürfe im Mittelalter und auch danach wegen der verbreiteten Aversion gegen die Juden, die sich aus der christlichen Feindschaft gegen die Juden und das Judentum speiste, weite Verbreitung.

Eine andere antisemitische Episode macht ebenfalls deutlich, dass es profane Nationalisten waren, und nicht die Kirche, die antisemitische Rhetorik verwendeten, um ihre nationalistischen Ziele zu erreichen. Als Theodor Kohn, väterlicherseits Enkel von Juden, die zum Katholizismus konvertiert waren, 1892 Olmützer Erzbischof wurde, begrüßten die tschechischen Nationalisten anfänglich seine Wahl, weil er tschechischer Muttersprache war und sie annahmen, dass er die tschechische nationale Sache fördern würde. Sie wandten sich jedoch bald gegen ihn, weil er darauf bestand, dass die Kirche über den nationalen Streitigkeiten stand, die Deutsch- und die Tschechischsprachigen

<sup>73</sup> HILLEL J. KIEVAL, *Death and the Nation: Ritual Murder as Political Discourse in the Czech Lands*; in: DERS., *Languages of Community: The Jewish Experience in the Czech Lands* (Berkeley 2000) 181–197; MICHAL FRANKL, *The Background of the Hilsner Case. Political Antisemitism and Allegation of Ritual Murder 1896–1900*; in: *Judaica Bohemiae* 36 (2001) 34–118. DANIEL M. VYLETA, *Crime, Jews and News: Vienna 1895–1914* (New York 2007) 178–217 bietet eine sehr interessante Analyse der antisemitischen Berichterstattung über die Hilsner-Prozesse in Form der traditionellen Gerichtssaalberichterstattung, die das Verständnis vom „jüdischen Verbrecher“ prägte. Dennoch darf man die nationalistische Wut nicht unterschätzen.

<sup>74</sup> GAVIN I. LANGMUIR, *Toward a Definition of Antisemitism* (Berkeley 1990). Für eine interessante Analyse eines Ritualmord-Falles in Konitz (Deutschland) im Jahr 1900, der sich ebenfalls aus populären Vorurteilen und der Agitation professioneller Antisemiten herleitete, in dem aber die Kirche keine Rolle spielte, siehe HELMUT WÄLSER SMITH, *The Butcher's Tale: Murder and Antisemitism in a German Town* (New York 2002).

unter dem Schirm der universalen Kirche zu vereinen trachtete und es vermied, im nationalen Konflikt Partei zu ergreifen. Obwohl er sich bei der Verwaltung seiner Diözese regelmäßig der tschechischen Sprache bediente, unterstützte er die tschechische nationale Sache nicht in dem Ausmaß, in dem sich die Nationalisten das wünschten. Sie gingen dazu über, abstoßende antisemitische Rhetorik zu verwenden, und beschimpften ihn als jüdisch, prodeutsch und antitschechisch, insbesondere nachdem er während der antideutschen und antijüdischen Demonstrationen, die der Rücknahme der Badenischen Sprachenverordnungen 1899 folgten, zu Ruhe und Besonnenheit aufgerufen hatte. Schlussendlich führten die tschechischen antisemitischen Attacken auf Kohn und dessen Reaktionen zu seinem Rücktritt im Jahr 1904<sup>75</sup>.

Auch deutsche Nationalisten bedienten sich des Antisemitismus, um ihre Anhänger zu mobilisieren. Der radikale Deutschnationalismus Schönerrers erwies sich im vornehmlich deutschsprachigen nordwestlichen Böhmen und in Nordmähren als äußerst populär. Karl Hermann Wolf verwendete erfolgreich deutschnationale Hysterie und antisemitische Beschimpfungen, um in dieser Region eine große Basis für politische Unterstützung zu schaffen. Wolf prangerte regelmäßig die Übel des jüdischen Einflusses in Österreich an und forderte, wie die Alldeutschen ganz allgemein und überall, ein Ende der jüdischen Teilnahme am öffentlichen Leben. In einer Rede im Reichsrat am 4. November 1901 betonte er beispielsweise, dass „der Einfluß des Judenthums in Staat und Gesellschaft, Politik und Wirtschaft ungeheuer verderblich ist. Vor allem anderen möchten wir Juden nicht an Stellen sehen, an welchen sie über die Deutschen Recht zu sprechen haben.“<sup>76</sup> Durch die politischen Erfolge der radikalen Deutschnationalen sahen sich gemäßigte deutschnationale Gruppierungen, einschließlich der diversen Ableger der deutschliberalen Partei, gezwungen, einen aggressiveren, biologistisch begründeten Deutschnationalismus zu vertreten, um auch weiterhin für die Wähler attraktiv zu sein. Viele dieser Gruppierungen, wenn auch nicht alle, benützten Deutschnationalismus und Antisemitismus als Kitt, um die Deutschen unterschiedlicher sozialer Schichten und politischer Überzeugungen zu einen; eine Einigung, die – wie sie dachten – notwendig sei, um der wachsenden Gefahr einer tschechischen Kontrolle der Böhmisches Länder wirksam begegnen zu können. Der Antisemitismus verkündete darüber hinaus die radikale Gleichheit aller Deutschen, eine Gleichheit, die auf der Abstammung basierte. Eine derartige Gleichheit kam vor allem in jenen Regionen gut an, wo die Deutschnationalen bemüht waren, die Wähler der unteren Mittelschichten an sich zu binden, Wähler, die der traditionellen liberalen Anschauung nichts abgewinnen konnten, nämlich dass Menschen, die über Reichtum, Eigentum und Bildung verfügten, den Angehörigen niedrigerer gesellschaftlicher Schichten überlegen wären. Die Bereitschaft, antisemitische Vokabel zu gebrauchen um die Deutschen zu einen, war besonders ausgeprägt im nordwestlichen Böhmen und in Nordmähren, wo es eine

---

<sup>75</sup> MICHAEL L. MILLER, *The Rise and Fall of Archbishop Kohn: Czechs, Germans, and Jews in Turn-of-the-Century Moravia*; in: *Slavic Review* 65/3 (2006) 446–474.

<sup>76</sup> Zitiert nach *Deutsches Blatt* (Brünn) vom 6. November 1901, 3. Zum radikalen Deutschnationalismus siehe generell LOTHAR HÖBELT, *Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918* (Wien – München 1993).

hohe Konzentration von Deutschsprachigen – die fürchteten, in ihrem „eigenen“ Gebiet von arbeitsuchenden Tschechen „überrieselt“ zu werden –, aber sehr wenige Juden gab<sup>77</sup>. Auch in anderen Regionen führte der drängende Wunsch nach deutscher Einigkeit angesichts der steigenden tschechischen Erfolge dazu, dass Deutschliberale und Fortschrittliche Wahlallianzen mit radikalen völkischen Gruppen eingingen, sehr zum Verdruss der Juden<sup>78</sup>. Diese liberalen Gruppen teilten zwar nicht die antisemitischen Ansichten ihrer neuen Verbündeten, aber sie waren der Einigkeit zuliebe bereit, diese zu ignorieren.

Freilich bedienten sich in der Öffentlichkeit nicht alle Deutschsprachigen oder selbst deutschnationale Politiker des Antisemitismus. In Gegenden, wo sie Übergriffe tschechischer Redner fürchten mussten und auf die Juden angewiesen waren, um die Zahl der Deutschen zu vermehren, oder wo sie jüdische Wähler benötigten, um die Wahl von Vertretern deutscher Parteien zu sichern, spielte der Antisemitismus innerhalb der deutsche Gemeinschaft eine geringe Rolle. In Prag z.B. sank aus verschiedenen Gründen der Anteil der Deutschsprachigen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von 15 % 1880 auf 7 % 1910. Die verbleibende deutsche Gesellschaft, zum Großteil der oberen Mittelklasse angehörend, vermied in der Öffentlichkeit den Antisemitismus zur Gänze. Als Folge davon gehörten den gesellschaftlichen und kulturellen Organisationen der Deutschen viele Juden an. Das „Deutsche Casino“, die bedeutendste deutsche gesellschaftliche Organisation in Prag, weigerte sich, antisemitischen Forderungen nach Ausschluss der Juden nachzukommen, und diese blieben treue Mitglieder dieser höchst angesehenen Organisation, wobei sie in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg beinahe die Hälfte der Gesamtmitgliederzahl stellten. Wenn auch Juden und Deutsche nicht in den gleichen Häusern wohnten oder sich privat trafen, so bildeten sie in der Öffentlichkeit dennoch eine einheitliche Gesellschaft. Die Tatsache, dass die Juden (27.986 im Jahr 1910) beinahe die Hälfte aller Deutschsprachigen in Prag ausmachten, erklärt sicherlich, warum sich die Prager Deutschen vom Antisemitismus fernhielten. Sie brauchten einfach die Juden, um ihre Gemeinschaft und deren Institutionen aufrechterhalten zu können<sup>79</sup>.

Die zahlenmäßige Bedeutung der Juden für das öffentliche Leben der Deutschen in Böhmen und Mähren erklärt auch, warum der „Deutsche Schulverein“, der finanzielle Mittel für die Erhaltung deutscher Schulen in jenen Gebieten bereitstellte, in denen die Zahl deutscher Schüler die Subventionierung durch öffentliche Gelder nicht rechtfertigte, im späten 19. Jahrhundert Juden von der Mitgliedschaft nicht expressis verbis ausschloss. Allerdings war das Verhalten des „Deutschen Schulvereins“ gegenüber den Juden durchaus ambivalent. Normalerweise gab er kein Geld für deutsch-

<sup>77</sup> JUDSON, *Exclusive Revolutionaries* 193–263; COHEN, *Nationalist Politics* 267 f.

<sup>78</sup> Zu jüdischen Befürchtungen vgl. MAYER, *Lebenserinnerungen* 319 f.

<sup>79</sup> COHEN, *Politics of Ethnic Survival*; DERS., *Jews in German Society*. Interessanterweise kamen Tschechen und Deutsche im Privatleben, bei der Arbeit und in der Kirche sehr wohl häufig zusammen, nicht aber im öffentlichen Leben, während umgekehrt Deutsche und deutschsprachige Juden zwar in der Öffentlichkeit gemeinsam auftraten, aber kaum privaten Verkehr untereinander pflegten. Das kann sowohl mit dem Antisemitismus zu tun haben, als auch mit dem Wunsch der Juden, privat nur mit ihresgleichen zu verkehren.

jüdische Schulen, und die einen gemäßigten Kurs verfolgende Verbandsleitung musste den zahlreichen Zweigvereinen schließlich auch zugestehen, sich jenen gefällig zu zeigen, die mit Juden nicht im gleichen Zweigverein sein wollten. Die Verbandsleitung zog es auch vor, ihre Position in der Judenfrage nicht in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, um die radikaleren Deutschnationalen nicht zu vergrämen. Dennoch lehnte die überwiegende Mehrheit der Mitglieder den Antisemitismus ab und betrachtete auch weiterhin die Juden als Teil der deutschen Gemeinschaft<sup>80</sup>.

Es gab auch kaum offen antisemitische Strömungen in vielen Städten und Märkten Mährens, wo deutsche Vereine, Schulen und politische Parteien von der Anzahl der Juden abhängig waren, um überleben zu können. Zwar übten Antisemiten Druck auf deutsche Organisationen aus, die Juden auszuschließen, aber viele widerstanden diesen Pressionen<sup>81</sup>. Daher unterstützten Juden auch weiterhin deutsche Theater, deutsche Zeitungen, deutsche Turnvereine und den „Deutschen Schulverein“ bzw. gehörten diesen Institutionen an. Sie marschierten stolz bei deutschen Aufmärschen und Paraden mit, trugen die deutschen Farben zur Schau und fühlten sich der deutschen Gemeinschaft zugehörig. Juden wie der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde oder andere Mitglieder des Vorstands gehörten beispielsweise 1892 dem Komitee zur Schaffung eines Deutschen Hauses in Mährisch-Ostrau (Moravská Ostrava; *Ostrava*) an<sup>82</sup>. Deutschliberale Parteien wie die „Deutsche Fortschrittspartei“ und die „Sozialpolitische Vereinigung“ verzichteten in ihren Wahlkämpfen in der Regel auf antisemitische Rhetorik. Zumindest in jenen Orten, wo sie die Stimmen der jüdischen Wähler brauchten, um Sitze in den Gemeindevertretungen, im Mährischen Landtag und im Reichsrat zu gewinnen, nahmen diese Parteien Abstand von jener Art des vulgären Antisemitismus, der in anderen Gegenden in der deutschen Politik so allgegenwärtig war. Als Folge davon gelang es den deutschen Liberalen in Brünn, Mährisch-Ostrau und anderswo, Sitze zu behalten und die lokale Politik sogar zu dominieren, und sie traten öffentlich gegen den Antisemitismus der Deutschnationalen auf<sup>83</sup>. Brünn bietet ein interessantes Beispiel für eine andauernde nicht-antisemitische liberale Politik. Bei den Gemeinderatswahlen des Jahres 1897 führte der Druck für eine geeinte deutsche Kandidatenliste zu einem

<sup>80</sup> JUDSON, *Guardians of the Nation* 42–52; DERS., *Exclusive Revolutionaries* 229–234; COHEN, *Jews in German Society* 318; AUGUST RITTER VON WOTAWA, *Der Deutsche Schulverein 1880–1905. Eine Gedenkschrift* (Wien 1905). Zur Verweigerung von Geldzahlungen an jüdische Schulen EBD. 25.

<sup>81</sup> 1903 wies beispielsweise der „Bund der Deutschen Südmährens“ die Einführung des Arierparagraphen zurück; vgl. *Jüdische Volksstimme* vom 15. Juni 1903.

<sup>82</sup> Memoiren von mährischen Juden geben Zeugnis von ihrer Mitarbeit in deutschen kulturellen Organisationen, vgl. z.B. FRIEDRICH BILL, *Kuriöse Biographie. Von Franz Josephs und meiner Geburt bis zum Tode Mitteleuropas*, unveröff. Manuskript (Leo Baeck Institute, New York 1954) 8; ERIC FISCHER, *Memoirs and Reminiscences (1898–1985)*, unveröff. Manuskript (Leo Baeck Institute, New York) 30, der dort seine Tante Paula in Brünn beschreibt; JOSEPH WECHSBERG, *The Vienna I Knew: Memories of a European Childhood* (Garden City, N. Y. 1979) 79, 81, 167 f., 201 f., der Mährisch-Ostrau beschreibt. Für die Namen der Juden, die dem Komitee zur Schaffung eines Deutschen Hauses angehörten, siehe ALOIS SCHWARZ, *Das Deutsche Haus in Mährisch-Ostrau: Gedenkblätter zur Feier der Eröffnung am 2. und 3. Juni 1895* (Mährisch-Ostrau 1895) 9, 16.

<sup>83</sup> Vgl. z.B. die Seiten der *Brünner Sonntagszeitung* der Jahre 1896 bis 1898, auf denen der Antisemitismus der Deutschnationalen heftig attackiert wurde.

Wahlabkommen zwischen den Deutschvölkischen und den Deutschfortschrittlichen, wodurch zwei radikale Deutschnationale in den Gemeinderat einzogen, aber schon im folgenden Jahr zerbrach diese Allianz wieder und die Deutschfortschrittlichen und die Sozialpolitiker dominierten wieder allein die Gemeindevertretung<sup>84</sup>. Selbst in einigen Orten Böhmens nahmen die Deutschliberalen von antisemitischer Rhetorik Abstand, weil sie die jüdischen Wähler brauchten. Beispielsweise errangen die Deutschliberalen bei den Gemeindevertretungswahlen des Jahres 1898 in Budweis in der dritten Kurie einen knappen Sieg, den sie selbst der Unterstützung durch jüdische Wähler gutschrieben, die dankenswerterweise den Boykott- und Gewaltandrohungen der tschechischen Nationalisten widerstanden hätten<sup>85</sup>.

Es war aber nicht nur das Bedürfnis nach jüdischer Unterstützung bei Wahlen, das manche Deutschnationale dazu brachte, auf den Antisemitismus zu verzichten. Der „Deutsche Böhmerwaldbund“, eine gemäßigt deutschnationale Organisation im südlichen Böhmen, schloss niemals Juden von der Mitgliedschaft aus, und ein Jude, Israel Kohn aus Budweis, saß über 30 Jahre lang im Vorstand. Der Verzicht auf einen offenen Antisemitismus war Teil der moderaten Haltung dieses Vereins, die es ihm ermöglichte, bei der Realisierung von Projekten zur Steigerung des ökonomischen Wohls des Böhmerwaldes gut mit der Regierung zusammenzuarbeiten<sup>86</sup>.

### 3. Antisemitismus in Galizien und der Bukowina

In Galizien spielte der Antisemitismus in der nationalistischen Politik eine vergleichbare Rolle wie in den Böhmisches Ländern. Die Juden fanden sich mitten im Kampf zweier Nationalbewegungen, der polnischen und der ukrainischen, wobei beide sich des Antisemitismus bedienten, wenn es ihren politischen Zwecken dienlich war, und beide ihn aus politischen Überlegungen vermieden, wenn ihnen das geboten schien. Im Unterschied dazu kam in der Bukowina mit ihrem sehr komplizierten politischen Gefüge zwischen Deutsch-, Ukrainisch- und Rumänischsprachigen dem politischen Antisemitismus in der Regel keine Bedeutung zu. Dennoch stellten in beiden Provinzen nationale Aktivisten die Juden als die national „anderen“ dar, um unter den Bauern und all den anderen, die noch kein nationales Bewusstsein entwickelt hatten, den Sinn für die Zugehörigkeit zur Nation zu entwickeln. Sie brandmarkten die Juden oft auch als Mitglieder oder Agenten der „feindlichen“ Nation. Ukrainische Nationalisten bezeichneten die Juden daher in Galizien als Polonisierer, Verbündete der Polen, Agenten der polnischen Unterdrückung, während sie in der Bukowina die Juden ob ihrer Anhänglichkeit an die deutsche Kultur und ihrer Unterstützung der deutschen

<sup>84</sup> *Brünner Sonntagszeitung* vom 28. November 1897, 1 f.; *EBD.* vom 30. Oktober 1898, 3; *EBD.* vom 4. Dezember 1898, 2; *EBD.* vom 11. Dezember 1898, 1; *EBD.* vom 18. Dezember 1898, 1.

<sup>85</sup> KING, Budweisers 97 ff., 103.

<sup>86</sup> JUDSON, *Guardians of the Nation* 143, 146, 157 ff., 288 Anm. 29. Der „Böhmerwaldbund“ und der „Deutsche Kulturverband“, Nachfolger des „Deutschen Schulvereins“ in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit, vermieden auch weiterhin antisemitische Töne und nahmen Juden in ihre Organisationen auf; vgl. *EBD.* 247.

politischen Parteien kritisierten. Die polnischen Nationalisten wiederum befürchteten, dass die Juden die ukrainische Nationalbewegung unterstützen könnten, und am Ende des Ersten Weltkrieges interpretierten sie die jüdische Neutralität im polnisch-ukrainischen Streit um die Kontrolle Galiziens als Verrat an den Polen. Es steht jedoch außer Zweifel, dass die Juden – und die Judenfeindschaft – im nationalistischen Drama in Galizien eine weit zentralere Rolle spielten als in Böhmen und Mähren. Die Nationalisten bedienten sich hier einer weit aggressiveren antisemitischen Sprache, machten die Juden für alle Probleme verantwortlich, denen ihre eigene Nation im Zuge der Modernisierung ausgesetzt war, und drückten ihre nationalen Ressentiments und Befürchtungen in antijüdischen Hetzparolen aus. Das hatte zur Folge, dass die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Juden einerseits und den Polen, Ukrainern und Rumänen andererseits weit weniger eng, viel verkrampt und deutlich feindseliger waren als die zwischen Juden und Tschechen bzw. Deutschen in den Böhmisches Ländern.

Die Situation in Galizien und der Bukowina wurde durch die Tatsache kompliziert, dass in diesen beiden Ländern drei Viertel aller in Cisleithanien lebenden Juden wohnten<sup>87</sup>. 1900 gab es 811.371 Juden in Galizien und 96.150 in der Bukowina (11 bzw. 13 % der Bevölkerung dieser Länder). Außerdem waren die Juden in den Städten und Städtchen konzentriert. Sie machten knapp unter einem Drittel der Bevölkerung von Krakau (Kraków; *Kraków*), Lemberg (Lwów, *Lviv*; *Lviv*) und Czernowitz (Černivci, Cernăuți, Černovcy; *Černivci*) aus, aber in vielen Städten bildeten die Juden die absolute oder relative Bevölkerungsmehrheit: der jüdische Bevölkerungsanteil belief sich im Jahr 1900 in Kolomea (Kołomyja; *Kołomyja*) auf 51 %, in Rzeszów 48 %, in Drohobycz (Drogobyč, Drohobyč; *Drohobyč*) 45 %, in Buczacz (Bučač; *Bučač*) 57 % und in Brody 72 %<sup>88</sup>. Wegen ihrer von den Übrigen verschiedenen Religion (Judaismus), ihrer anderen Sprache (Jiddisch) und ihrer Rolle, die sie im wirtschaftlichen Leben einnahmen, sowohl als Gutswalter, Pächter und Branntweinproduzenten bzw. -verkäufer für den polnischen Adel, als auch als Händler, Gewerbetreibende und Handwerker in den Städten, bildeten die Juden in diesen Ländern eine deutlich abgrenzbare und abgegrenzte Bevölkerungsgruppe. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts haben sich einige Juden säkularisiert und assimiliert, wurden Unternehmer, Industrielle oder waren freiberuflich tätig, und nahmen anfänglich die deutsche, später in steigendem Maße die polnische Sprache und Kultur an, doch die überwiegende Mehrheit der Juden blieb tiefreligiös, viele von ihnen Chassidim, sprachen weiterhin Jiddisch (selbst wenn sie auch Polnisch verstanden) und blieben als Zwischenhändler dem ländlichen Wirtschaftskreislauf verbunden<sup>89</sup>. Die Juden unterschieden sich

---

<sup>87</sup> Vgl. HELMUT RUMPLER, PETER URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 IX/2: HELMUT RUMPLER, MARTIN SEGER, Soziale Strukturen. Die Gesellschaft der Habsburgermonarchie im Kartenbild. Verwaltungs-, Sozial- und Infrastrukturen. Nach dem Zensus von 1910 (Wien 2010) Karte 4.8: Die israelitische Glaubensgemeinschaft 1910/1911.*

<sup>88</sup> ÖSTERREICHISCHE STATISTIK 63/1, XXXIII, LXX–XC; THON, *Juden in Oesterreich* 7 f., 17 f.

<sup>89</sup> PIOTR WRÓBEL, *The Jews in Galicia under Austrian-Polish Rule, 1869–1918*; in: *Austrian History Yearbook* 25 (1994) 97–138; ISRAEL BARTAL, ANTONY POLONSKY, *Introduction: The Jews of Galicia under the Habsburgs*; in: *Polin. Studies in Polish Jewry* 12 (1999) 3–24. Bei der Volkszählung 1910 gaben nur 2 % der Juden in Galizien Ruthenisch als ihre Umgangssprache an, obwohl wahrscheinlich mehr als 2 % Ruthenisch bis zu einem gewissen Grad verstanden und sprachen, vgl. *DIE ERGEBNISSE DER VOLKSZÄHLUNG*

also sowohl von den polnischen, ukrainischen oder rumänischen Bauern als auch den polnischen Adeligen, den Angehörigen der Gentry und den Beamten, und dieser Unterschied bildete einen Teil ihrer traditionellen Lebenswelt in diesen Ländern. Andererseits hatte dieser Unterschied wegen der traditionellen christlichen Animosität gegen Juden und die jüdische Religion auch negative Auswirkungen auf den nichtjüdischen Teil der Bevölkerung. Nicht nur die Römisch-Katholische Kirche, auch die Unierte (Griechisch-Katholische) Kirche, der die ukrainischsprachige Bevölkerung in Galizien angehörte, und die rumänische Orthodoxe Kirche betrachteten die Juden als Leugner der Gottheit Christi und als Gotteslästerer, und diese Ansichten beeinflussten die größtenteils bäuerliche Bevölkerung Galiziens und der Bukowina in hohem Maße.

Der polnische Nationalismus hatte sich in Galizien auf eine andere Art entwickelt als in den übrigen polnischen Teilungsgebieten, insbesondere in Kongreßpolen (dem Königreich Polen) innerhalb des Russischen Reiches. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts boten die habsburgischen Behörden polnischen Sprachinstitutionen und der polnischen Kultur ganz allgemein freiere Entwicklungsmöglichkeiten. In der liberalen Ära nach 1867 nahm diese Tendenz noch zu. Seit der Gewährung der so genannten „Galizischen Autonomie“<sup>90</sup> in den späten sechziger Jahren ging auch die Verwaltung der Provinz in die Hände der polnischen Aristokraten und der Gentry über, polnische Beamte zogen in diverse Ministerien ein und die polnischen Eliten bestimmten die Lokalpolitik. Die polnischen Aristokraten, die sich bis dahin nach einer Wiederherstellung der polnischen Unabhängigkeit gesehnt hatten, waren mit der „Autonomie“ sehr zufrieden und sie wurden habsburgtreu. Auch durch die weitreichende kommunale Selbstverwaltung gab es genügend Spielraum für politische Aktivitäten und für politische Mobilisierung. Die polnischen Nationalisten konnten sich in die Debatten einbringen und versuchen, das „Volk“ davon zu überzeugen, dass es zur polnischen Nation gehörte. Eine derartige Mobilisierung durch die Nationalisten war vorerst nur in Österreich möglich. Gleichzeitig waren die habsburgischen Behörden stets bestrebt, radikale Nationalismen und Feindschaft zwischen den nationalen Gruppen in Schach zu halten<sup>91</sup>.

All das steht in krassem Gegensatz zur Situation im Königreich Polen, das im späten 18. Jahrhundert an Russland gefallen war. Dort spielte sich der polnische Nationalismus – der auch im katholischen Glauben eine starke Stütze fand – vornehmlich in den Köpfen romantischer Aristokraten und bürgerlicher Intellektueller ab, die ihre

---

VOM 31. DEZEMBER 1910 in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern I/2: Die Bevölkerung nach der Gebürtigkeit, Religion und Umgangssprache in Verbindung mit dem Geschlechte, dem Bildungsgrad und Familienstand; die soziale Gliederung der Haushalte (= ÖSTERREICHISCHE STATISTIK, Neue Folge I/2, Wien 1912) 54 f.

<sup>90</sup> HARALD BINDER, „Galizische Autonomie“ – ein streitbarer Begriff und seine Karriere; in: FASORA, HANUŠ, MALÍŘ (Hgg.), *Moravské vyrovnání/Mährischer Ausgleich 239–265*.

<sup>91</sup> Zur habsburgischen Politik in Galizien siehe KANN, *The Multinational Empire I* 221–232; deutsche Ausgabe: DERS., *Nationalitätenproblem I*, 214–238; PIOTR S. WANDYCZ, *The Lands of Partitioned Poland, 1795–1918* (Seattle 1974); HENRYK BATOWSKI, *Die Polen*; in: WANDRUSZKA, URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 III/1*, 522–554; HANS-CHRISTIAN MANER, *Galizien. Eine Grenzregion im Kalkül der Donaumonarchie im 18. und 19. Jahrhundert* (= Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas [IKGS] an der Ludwig-Maximilians-Universität München, München 2007).



Zeit damit verbrachten, von einer zukünftigen polnischen Nation zu träumen, die aber – zumindest nicht vor der Russischen Revolution von 1905 und der Einführung der gewählten Duma – kaum die Möglichkeit hatten, eine solche tatsächlich zu schaffen<sup>92</sup>. Deren Vorstellungen von der Nation machten freilich verschiedene Änderungen durch. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts verstanden die polnischen Intellektuellen im Russischen Reich das Polentum schließlich als eine kohärente ethnische Gemeinschaft, in die andere (Ukrainer, Litauer, Deutsche und Juden) nur eintreten konnten, wenn sie sich total assimilierten und jeden Gedanken an eine separate Identität aufgaben. Von der russischen Politik unterdrückt, betrachteten sie die Welt durch eine schwarz–weiße Brille: Polen gegen die Feinde der Polen, die es zu bekämpfen gelte. Aus diesem Grund wurde die polnische Nationalbewegung äußerst antisemitisch. Sie betrachtete die Juden nicht nur als die „anderen“, als Nicht-Polen, sondern als ausgesprochene Feinde der Polen, die jegliche zukünftigen Erfolge der polnischen Nation untergraben würden. Sie verbanden diese Ansichten mit einer steigenden Ablehnung der Rolle der Juden in der ländlichen Wirtschaftswelt, mit einer Furcht vor revolutionären Aktivitäten, dem Glauben, dass die Juden als Agenten der Russifizierung handeln würden, und der Empfindung des Verrates, wenn so manche für Aspekte der Modernisierung offene Juden die in den Augen der Polen überlegene Kultur zugunsten von Zionismus, Bundismus und anderen Bewegungen zur Schaffung einer modernen jüdischen Identität verschmähten. Um die Jahrhundertwende dominierte ein bössartiger Antisemitismus alle Zweige der polnischen Nationalbewegung (mit Ausnahme der Sozialisten), insbesondere die rechtsorientierte „Nationaldemokratische Partei“ von Roman Dmowski<sup>93</sup>.

Die polnischen Nationalisten im Russischen Reich hatten Polen selbstverständlich als ein nahtloses Ganzes im Auge, inklusive des österreichischen Galizien. Die polnischen Nationalisten in Galizien sahen das genauso, auch wenn sie habsburgtreu waren und anerkannten, dass ihre Situation im Habsburgerreich bei weitem besser war als die ihrer Konationalen im Russischen Reich. Die österreichischen politischen Realitäten spielten aber eine große Rolle bei der Art und Weise, wie die polnischen Nationalisten auftraten und wie sie sich in der örtlichen Politik bewegten. Dazu gehörte auch die Tatsache, dass Galizien kein ausschließlich „polnisches Land“ war, sondern eine Provinz mit mehreren Bevölkerungsgruppen, die entlang sich häufig deckender linguistischer und religiöser Trennlinien getrennt waren. Polnischsprachige, die römisch-katholisch waren, machten nur 45 % der Bevölkerung aus, und sie lebten vornehmlich in den westlichen und zentralen Regionen des Landes. 11 % waren Juden, sprachen Jiddisch oder Polnisch oder beides und lebten verstreut über das ganze Landesgebiet. Ukrai-

---

<sup>92</sup> THEODORE R. WEEKS, *From Assimilation to Antisemitism: The „Jewish Question“ in Poland, 1850–1914* (De Kalb 2006).

<sup>93</sup> EBD.; BRIAN PORTER, *When Nationalism Began to Hate: Imagining Modern Politics in Nineteenth-Century Poland* (Oxford 2000) 23. Porter behauptet, dass die Nationaldemokraten ihren starken Antisemitismus nicht wegen der in der Bevölkerung populären Einstellung und der Notwendigkeit, sich die Unterstützung der Massen zu sichern, angenommen hätten, sondern als Folge ihres eigenen Weltverständnisses. Das ist eine richtige, wenn auch übertriebene, Einsicht, vgl. DERS., *Antisemitism and the Search for a Catholic Identity*; in: ROBERT BLOBAUM (Hg.), *Antisemitism and its Opponents in Modern Poland* (Ithaca – New York 2005) 103–123.

nischsprachige, Mitglieder der Unierten oder Griechisch-Katholischen Kirche zählten ebenfalls 45 % der Bevölkerung und sie lebten in der östlichen Hälfte des Landes. Dort bildeten sie mit 65 % die Mehrheit der Bevölkerung, aber die Städte und Städtchen waren größtenteils von Juden, polnischen Beamten und einer wachsenden Zahl eines polnisch sprechenden Bürgertums bewohnt<sup>94</sup>. In sozio-ökonomischer Hinsicht befand sich der größte Teil des Landes im Besitz des polnischen Adels und dieser kontrollierte die Verwaltung des Landes und die Politik. Die ukrainischen Nationalisten, deren Bewegung bedeutend schwächer war als die polnische und sich auch erst später entfaltete, lehnten die polnische Herrschaft über die Provinz ab und wandten sich an die österreichischen Behörden, um eine faire Behandlung seitens der polnischen Verwaltung zu erreichen. Loyal gegenüber der Habsburgermonarchie (nachdem sie um die Jahrhundertmitte mit den Russen geliebäugelt hatten), verlangten sie als Fern- und Maximalziel aber auch die Teilung Galiziens in zwei voneinander getrennte Kronländer, so dass Ostgalizien in Zukunft politisch nicht von den Polen beherrscht würde. Als Minimalziel im alltäglichen politischen Kampf setzten sie sich für eine proportionale Vertretung der Polen und Ukrainer im Lande ein. Zwar spielten die meisten ukrainischen Bauern in der Politik keine so große Rolle wie es ihnen nach dem Bevölkerungsverhältnis zugekommen wäre, nichtsdestoweniger mussten sich die polnischen Parteien in vielen Wahlbezirken Ostgaliziens mit ihren ukrainischen Konkurrenten messen, und jüdische Wähler spielten auch hier eine wichtige Rolle bei den Wahlauseinandersetzungen<sup>95</sup>.

Da sich die polnischen Nationalisten den in Österreich und Galizien vorherrschenden politischen Gegebenheiten anzupassen hatten, mussten sie auf eine pragmatischere Weise agieren und konnten sich nicht in demselben Maß der antisemitischen Hysterie hingeben wie die Nationaldemokraten in Kongreßpolen. Außerdem begannen die polnischen Eliten in Galizien ab einem gewissen Zeitpunkt einzusehen, dass sie in numerischer Hinsicht die Juden brauchten, um ihre Vorherrschaft im Land aufrechterhalten zu können. Schon allein die Tatsache, dass sie bei den Volkszählungen die Jiddischsprachigen als Polnischsprachige zählten, ist ein Zeichen ihrer Bereitschaft, die Juden zur Stützung ihrer eigenen Stärke heranzuziehen<sup>96</sup>. Sie erwarteten ferner, dass die Juden

<sup>94</sup> Zu den Siedlungsgebieten siehe RUMPLER, URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 IX/2 Karte 3.4: Die Magyaren, Bosniaken, Polen, Italiener 1910 und EBD. Karte 3.3: Die Tschechen, Ruthenen, Slowenen, Serben 1910.*

<sup>95</sup> JOHN-PAUL HIMKA, *Dimensions of a Triangle: Polish–Ukrainian–Jewish Relations in Austrian Galicia*; in: *Polin. Studies in Polish Jewry* 12 (1999) 25–48. Zum ukrainischen Nationalismus siehe PAUL ROBERT MAGOCSI, *A History of Ukraine* (Seattle 1996); JOHN-PAUL HIMKA, *Galician Villagers and the Ukrainian National Movement in the Nineteenth Century* (Basingstoke 1988); DERS., *Religion and Nationality in Western Ukraine. The Greek Catholic Church and the Ruthenian National Movement in Galicia, 1867–1900* (Montreal & Kingston – London – Ithaca 1999); WENDLAND, *Russophile in Galizien*; WOLFDIETER BIHL, *Die Ruthenen*; in: WANDRUSZKA, URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918 III/1*, 555–584. Für die diversen Wahlauseinandersetzungen und das galizische Parteienspektrum siehe HARALD BINDER, *Galizien in Wien. Parteien, Wahlen, Fraktionen und Abgeordnete im Übergang zur Massenpolitik (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 29, Wien 2005).*

<sup>96</sup> Die Situation in Galizien zeigt die Schwierigkeiten, die Angaben der österreichischen Volkszählungen über die Umgangssprache als Gradmesser des tatsächlichen Sprachgebrauchs zu verwenden. Die österreichischen Behörden anerkannten Jiddisch nicht als „landesübliche Sprache“, weshalb die Juden Ga-

polnische Parteien wählen würden, was die großteils fromme jüdische Gemeinschaft auch tat, wobei deren Mitglieder im Gegenzug von den Polen erwarteten, dass die Belästigungen und Schikanen, denen sie auf Grund ihrer traditionellen Lebensweise ausgesetzt waren, ein Ende nehmen würden. Diese Einstellung blieb zumindest so lange die vorherrschende, bis Zionisten und jüdische Nationalisten um die Jahrhundertwende das traditionelle jüdische Wählerverhalten zu verändern begannen<sup>97</sup>. Bis dahin hatte diese Situation vor allem in Ostgalizien zur Folge, dass die polnischen politischen Parteien (insbesondere jene, die von Adeligen oder der Gentry dominiert waren) sich keiner gehässigen antisemitischen Ausfälle bedienten, um Wähler zu gewinnen, da ja – anders als in einigen Gegenden Böhmens und Mährens – dafür keine Notwendigkeit bestand. Außerdem hatten die polnischen Adeligen langwährende Beziehungen zu ihren jüdischen Agenten, Gutsverwaltern und Branntweinverkäufern, und solch traditionelle wirtschaftliche Beziehungen dauerten in veränderter Form fort. Anders als im zaristischen Russland, wo zu wiederholten Malen Edikte erlassen wurden, um die Juden zur Aufgabe ihre traditionellen wirtschaftlichen Rollen zu veranlassen, blühten diese im kaiserlichen Österreich. Zwar verwendeten nationalistische Agitatoren diese Verbindungen, um sowohl adelige Ausbeutung als auch jüdische Habgier zu attackieren, doch die Existenz solcher traditioneller Beziehungen bedeutete im Zusammenhang mit der fortdauernden Herrschaft des Adels über das Land, dass sich die Juden auch weiterhin der adeligen Patronage erfreuen durften, auch wenn sie deshalb ihre politische Unterstützung stets demjenigen geben mussten, den der Herr im Augenblick favorisierte, und dass sie im Reichsrat mit dem vom Adel und der Gentry dominierten „Polenklub“ stimmen mussten<sup>98</sup>.

Nach der Unterdrückung der polnischen kulturellen Institutionen durch Russland im Anschluss an den gescheiterten Aufstand des Jahres 1863 und nach der Installierung eines liberalen Regimes im habsburgischen Österreich, das den polnischen Eliten ein

---

lizens, die in überwiegendem Maße sich des Jiddischen bedienten, diese Sprache bei den Volkszählungen nicht angeben konnten. Die meisten wählten daraufhin Polnisch, einige, weil sie tatsächlich Polnisch als Umgangssprache verwendeten, die meisten aber, weil es in Galizien für sie politisch opportun war, sich als Polnischsprachige zu deklarieren. Bei der Volkszählung 1900 gaben 55 % der Bevölkerung Polnisch als Umgangssprache an. Bei den in diesem Beitrag verwendeten Zahlen sind meistens die Zahlen für die Juden von den polnischen Prozentanteilen abgezogen und ich ziehe anstelle der Angaben zur Sprache die zur Religion heran, um das Stärkeverhältnis der drei in Galizien lebenden Völker zu bestimmen. Für eine ausgewogene Darstellung des Problems siehe EMIL BRIX, *Die Umgangssprachen in Altösterreich zwischen Agitation und Assimilation. Die Sprachenstatistik in den zisleithanischen Volkszählungen 1880 bis 1910* (= Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 72, Wien – Köln – Graz 1982) 355 ff. und die Statistik 449.

<sup>97</sup> Zu den zionistischen Versuchen, die Juden von den polnischen Parteien abzuwerben, JOSHUA SHANES, *Neither Germans nor Poles: Jewish Nationalism in Galicia before Herzl, 1883–1897*; in: *Austrian History Yearbook* 34 (2003) 191–203. Bei den Wahlen zum österreichischen Reichsrat des Jahres 1873 hatten die liberalen jüdischen Wähler ein Wahlbündnis mit den ukrainischen Parteien geschlossen, aber bei den folgenden Wahlen ging die Mehrheit der galizischen Juden mit den polnischen Parteien; vgl. RACHEL MANEKIN, *Politics, Religion and National Identity. The Galician Jewish Vote in the 1873 Parliamentary Elections*; in: *Polin. Studies in Polish Jewry* 12 (1999) 101–119.

<sup>98</sup> Zu den Beziehungen zwischen den Juden und dem Adel ISRAEL BARTAL, *The Jews of Eastern Europe, 1772–1881*, übersetzt von CHAYA NAOR (= *Jewish culture and contexts*, Philadelphia 2002).

hohes Maß an Autonomie in Galizien gewährte, überdachten die polnischen Nationalisten ihre Vorstellungen von der polnischen Nation, die nun nicht mehr nur von der Aristokratie und der Gentry getragen werden sondern alle Polnischsprachigen umfassen sollte, eine ethnische und kulturelle Nation, die auch als „Nation ohne Staat“ überleben konnte. Deshalb versuchten sie die Bauern, die traditionellerweise den Herren (das heißt den „Polen“) gegenüber negativ bis feindlich eingestellt waren, zu überzeugen, dass auch sie zur selben Nation gehörten wie ihre traditionellen Unterdrücker und Feinde, dass auch sie Polen waren. Nationalistische Intellektuelle sahen in den Bauern und in der bäuerlichen Kultur das kulturelle Herz der Nation, die Quelle ihrer unvergänglichen Werte. Bei diesem Prozess war auch die Tatsache hilfreich, dass in Galizien der sprachliche Unterschied stets Hand in Hand mit dem religiösen gegangen war, so dass die Polnischsprachigen römisch-katholisch waren und sich von den Ukrainischsprachigen sowohl nach der Sprache als auch nach der Konfession unterschieden. Die Zielgruppe der polnischen nationalistischen Bemühungen war daher deutlicher zu fassen als in Böhmen und in Mähren. Die allgemeine Schulpflicht, die von den liberalen Regierungen Österreichs durchgesetzt worden war, erleichterte den Prozess, aus polnischsprachigen Bauern Polen zu machen, da sie jetzt lesen und schreiben lernten und ihnen beigebracht werden konnte, sich als Polen zu fühlen, und zwar von Lehrern, die bereits selbst unter den Einfluss des polnischen Nationalismus gekommen waren. Die Existenz einer Lokalverwaltung ermunterte die bäuerliche Elite, sich an der Politik zu beteiligen, polnische Zeitungen zu lesen und im eigenen Namen politisch tätig zu werden<sup>99</sup>.

Selbst wenn die wichtigeren polnischen Parteien sich im politischen Tagesgeschäft nicht des Antisemitismus bedienten, so kam diesem dennoch ein zentraler Stellenwert im Prozess der Erweckung des nationalen Bewusstseins bei den polnischsprachigen Bauern zu. Die Juden dienten als Symbol für alles, was nicht polnisch war, nicht nur in einem abstrakten Sinn, sondern auch in der alltäglichen Realität. Mit ihrer anderen Religion, ihrer jiddischen Sprache, ihrer eigenartigen Bekleidung und ihren notwendigen, aber misstrauisch betrachteten wirtschaftlichen Beschäftigungen waren Juden ein sofort erkennbares und allgegenwärtiges Beispiel für das „Fremde“. Juden waren auch ein passendes Medium, auf das die Bauern ihren Ärger über die selbst nach Grundentlastung und „Bauernbefreiung“ fortdauernde Unterdrückung durch den grundbesitzenden Adel ableiten konnten. Jüdische Gutsverwalter, die die bäuerlichen Abgaben einsammelten, jüdische Wirte, die den Bauern Alkohol verkauften (konzessioniert [propinacja] vom Adel, der die Produktion und die Verteilung des Alkohols kontrollierte) und ihnen zu hohen Zinsen Geld liehen, damit sie die Abgaben bezahlen konnten, konnten aus der Sicht der Bauern leicht den Platz des Adels selbst einnehmen, wie es ja auch jahrhundertlang der Fall gewesen war. Wenn die Bauern ihren Zorn auf die Adeligen auf die Juden ableiten konnten, fiel es ihnen leichter, sich eine polnische Nation vorzustellen, der sowohl Bauern als auch Adelige angehörten. Außerdem bot

---

<sup>99</sup> KEELY STAUTER-HALSTED, *The Nation in the Village: The Genesis of Peasant National Identity in Austrian Poland 1848–1914* (Ithaca – London 2001); KAI STRUVE, *Bauern und Nation in Galizien. Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert* (= Schriften des Simon-Dubnow-Instituts 4, Göttingen 2005).

antijüdisches Verhalten eine gute Möglichkeit für Versuche, die wirtschaftlichen Probleme der Bauern zu lösen. Alle Vorschläge der Nationalisten, die Situation der Bauern zu verbessern, waren darauf ausgerichtet, die Rolle der Juden in der Wirtschaft zu unterminieren. Kampagnen gegen die Trunksucht der Bauern schädigten die jüdischen Wirte, bäuerliche Produktions- und Kreditgenossenschaften minderten die wichtige Rolle der Juden als Gewerbetreibende, Händler und Geldverleiher. Die von den Nationalisten inspirierten – wenngleich meist ignorierten – Aufrufe, nur in polnischen Geschäften einzukaufen und Geschäfte nur mit Polen zu treiben, beeinträchtigten die wirtschaftliche Rolle der Juden in vielen kleinen Städten und Städtchen<sup>100</sup>.

Es war nicht schwer, die Bauern zu überzeugen, die Juden nicht zu mögen. Die Dorfbevölkerung war daran gewöhnt, die Juden für ihre eigene miserable Lage verantwortlich zu machen. Die Abneigung gegen Juden und jüdische Händler hatte eine lange Tradition, zum Teil war sie von der Kirche geprägt, zum Teil das Ergebnis wirtschaftlicher Spannungen. Auch im späten 19. Jahrhundert spielte die Kirche eine wichtige Rolle bei polnisch-nationalistischen antijüdischen Kampagnen. Viele katholische Priester standen unter dem Einfluss des polnischen Nationalismus und predigten dessen Inhalte von den Kanzeln, wobei sie die traditionelle religiöse Feindschaft gegenüber den Juden mit polnisch-nationalistischen Argumenten mischten. Sie begrüßten auch vollinhaltlich die Bestrebungen der Nationalisten, den Bauern zu helfen, was gleichzeitig den nicht unerwünschten Nebeneffekt hatte, die wirtschaftliche Rolle der Juden in der bäuerlichen Gesellschaft und die Kontakte der Bauern mit den Juden zu reduzieren. Priester unterstützten besonders die gegen den Alkoholmissbrauch gerichteten Kampagnen, was zu Lasten der jüdischen Wirte in den Dörfern gehen musste. Die Geistlichkeit hatte schon seit langem die Wirtshäuser als Herausforderung für die Kirche angesehen, als eine alternative und bedrohliche Stätte bäuerlicher Geselligkeit. Indem sie die Juden für die Trunksucht der Bauern verantwortlich machte, konnte sie diese von ihnen als solche empfundene Gefährdung ihrer Autorität eliminieren<sup>101</sup>.

Einer der frühesten nationalistischen Aktivisten, der bemüht war, die polnischsprachigen Bauern davon zu überzeugen, dass sie Teil der polnischen Nation waren und der als Mittel dafür den Antisemitismus einsetzte, war Pater Stanisław Stojałowski. Wie viele andere rechtsgerichtete polnische Nationalisten sah er den katholischen Glauben als zentral für die polnische Identität an. Er betrachtete die Juden als Gefahr für die polnische Nation, als eine sehr reale wirtschaftliche Gefahr für die Bauern und Ursache der bäuerlichen Trunksucht. Er hegte auch rassistische Vorstellungen vom Polentum und hielt die Juden generell für unfähig, sich zu assimilieren<sup>102</sup>. 1896 gründete er die „Christliche Volkspartei“, die über eine starke bäuerliche Anhängerschaft verfügte. Aber seine Partei verlor um die Jahrhundertwende an Einfluss, als sich die meisten wahlberechtigten Bauern der populistischen und nicht-kirchlichen „Volkspartei“ (die

<sup>100</sup> STAUTER-HALSTED, *Nation in the Village* 29 f., 37–42, 50 f., 116, 133–141; KAI STRUVE, *Gentry, Jews and Peasants: Jews as Others in the Formation of the Modern Polish Nation in Rural Galicia during the Second Half of the Nineteenth Century*; in: WINGFIELD (Hg.), *Creating the Other* 103–126.

<sup>101</sup> STAUTER-HALSTED, *Nation in the Village* 46, 49 f., 135, 151 f.; STRUVE, *Gentry, Jews and Peasants* 110.

<sup>102</sup> EBD. 107 ff., 111; STAUTER-HALSTED, *Nation in the Village* 117–138.

1895 gegründet worden war) zuwandten. Obwohl diese Partei Stojałowski's rassistische Anschauungen nicht teilte, machte auch sie die Juden (eher als die Adeligen) für alle Probleme verantwortlich, mit denen sich die Bauern konfrontiert sahen. Sie sah vor, die Juden gänzlich aus der bäuerlichen Wirtschaftswelt auszuschließen und setzte sich für einen antijüdischen Boykott ein. Erzürnt darüber, dass ihrer Meinung nach die vom Adel geführte Verwaltung Galiziens die Nation zugrunde richte, weil sie die wirtschaftlichen Nöte der Bauern ignoriere, wollte sie die Nation durch Maßnahmen retten, die der bäuerlichen Wirtschaft geholfen (und den Juden geschadet) hätten. 1913 spaltete sich die Partei in einen linken Flügel von kleinen oder landlosen Bauern, der in ein Naheverhältnis zur „Polnischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ trat, und einen rechten Flügel, der Roman Dmowski's Nationaldemokraten nahe stand, die von polnischen bürgerlichen Wählern unterstützt wurden, insbesondere in Ostgalizien, wo die Ukrainer die Polen zahlenmäßig übertrafen. 1907 saßen 16 Abgeordnete der „Volkspartei“ im Reichsrat, die antisemitischen Nationaldemokraten kamen (gemeinsam mit den ihnen ideologisch verwandten Rechtsdemokraten) auf 25 Sitze, ein Nationaldemokrat wurde noch Ende 1907 Präsident des parlamentarischen „Polenklubs“<sup>103</sup>.

Die einzigen größeren antisemitischen Gewaltakte in Galizien – die Pogrome in Westgalizien im Juni und Juli 1898 – lassen die Natur des galizischen Antisemitismus und sein Verhältnis zum polnischen Nationalismus erkennen. Die Pogrome, die sich während des Wahlkampfes zu Nachwahlen zum Reichsrat ereigneten, aber bald darüber hinaus gingen, zeigen, wie traditionelle religiöse Feindschaft, bäuerliche wirtschaftlich bedingte Ablehnung der Juden und polnischer Nationalismus sich verbanden, um im Kontext politischer Mobilisierung und der Notwendigkeit, Wähler anzuziehen, in physische Attacken gegen jüdisches Eigentum auszubrechen. Zu der aufgeheizten Atmosphäre trug auch bei, dass im Frühjahr 1898 eine Hungersnot drohte, und die hungrigen Bauern waren tief erzürnt, dass die Behörden nichts unternommen hatten, um die Not zu lindern. In dieser Situation und unter dem Eindruck des Wahlkampfes, als sowohl die „Volkspartei“ als auch Stojałowski's „Christliche Volkspartei“ in ihren Wahlreden die Juden verunglimpften, attackierten hungrige Bauern, landlose Arbeiter und auch Handwerker in 33 Städten und Dörfern südlich und östlich von Krakau ihre jüdischen Nachbarn, wobei sie vornehmlich jüdische Geschäfte, Wirtshäuser, Branntweinstuben und die Ämter der jüdischen Gutsverwalter zerstörten, die Symbole der jüdischen „Kontrolle“ über die ländliche Ökonomie. In den Attacken gegen jüdische Einrichtungen verbanden sich sowohl langgehegte Ressentiments gegen die Allianz der Juden mit dem Adel als auch moderne nationalistische Argumente, dass die Probleme der Bauern gelöst werden könnten, wenn man sich der Juden entledigte<sup>104</sup>. Die habs-

<sup>103</sup> EBD. 216–242; STRUVE, Gentry, Jews and Peasants 115–118; BINDER, Galizien in Wien 73–101, 265–270, 411–419. Zur polnischen Unterstützung der Nationaldemokraten in Ostgalizien HIMKA, Dimensions of a Triangle 33, 37; WRÓBEL, Jews in Galicia 132. Über das Verhältnis polnischer Politiker zum Antisemitismus allgemein siehe EBD. 130 ff. und FRANK GOLCZEWSKI, Polnisch-jüdische Beziehungen 1881–1922. Eine Studie zur Geschichte des Antisemitismus in Osteuropa (= Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 14, Wiesbaden 1981).

<sup>104</sup> STRUVE, Gentry, Jews and Peasants 116 f.; KEELY STAUTER-HALSTED, Jews as Middleman Minorities in Rural Poland: Understanding the Galician Pogroms of 1898; in: BLOBAUM (Hg.), Antisemitism 39–59.

burgischen Behörden reagierten prompt und schlugen die Pogrome nieder, verhängten den Ausnahmezustand, nahmen mehr als 1.800 Personen in Präventivhaft und 5.166 Personen, die an Vandalenakten gegen Juden beteiligt waren, wurden gerichtlich verfolgt<sup>105</sup>. Diese Handlungsweise galt den Juden als Beweis, dass die Habsburger die Juden vor den verheerenden Auswirkungen des Antisemitismus zu schützen bereit waren, was die jüdische Loyalität gegenüber dem Regime nur noch verstärkte. Wichtiger aber war die Erkenntnis, dass der österreichische Staat den Nationalisten zwar freie Entfaltungsmöglichkeiten für deren politische Aktivitäten bot, er aber diese Aktivitäten im Zaum hielt und sie nicht in Gewalt und Barbarei abgleiten ließ. Der habsburgische Staat diente tatsächlich als Schiedsrichter zwischen seinen Völkern, und zwang sie, in Frieden miteinander zu leben.

So wie die Habsburgermonarchie den polnischen nationalistischen Aktivitäten Raum gab, so ermöglichte sie auch die Entwicklung eines ukrainischen Nationalismus, weit mehr als dies in jenem von ukrainischsprachigen Bauern bewohnten Gebiet rechts des Dnjepr möglich war, das durch die polnischen Teilungen an Russland gefallen waren. Dort existierte um die Mitte des 19. Jahrhunderts zwar in einigen Kreisen ein ukrainisches Nationalbewusstsein, aber viele seiner Vertreter zogen nach Galizien, wo die Bedingungen für die Entwicklung eines ukrainischen Nationalismus günstiger waren, nicht zuletzt deshalb, weil die polnischen Adeligen und die Gentry die Bauern beherrschten und deshalb ein geeignetes Ziel für Angriffe boten. Außerdem hatten die Habsburger seit Beginn ihrer Herrschaft über diese Gebiete der Unierten Kirche Entwicklungsmöglichkeiten geboten, ihr gleichen Status mit der Römisch-Katholischen Kirche eingeräumt und Priesterseminare zur Heranziehung geistlichen Nachwuchses eingerichtet. Obwohl sie bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts polnisch sprachen, waren es die Priester, die die ukrainische Nationalbewegung schufen<sup>106</sup>. Trotz beträchtlicher russophiler Tendenzen in der Mitte des Jahrhunderts – nötig, um eine entsprechende Distanz zu den Polen zu gewinnen – hatten sie spätestens seit den achtziger Jahren eine lebendige „ukrainophile“ (und ukrainischsprachige) Nationalbewegung geschaffen, die ebenso wie die polnische Nationalbewegung, die als Modell diente, die Nation im ethnographischen und religiösen Sinn auffasste. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatten weltliche Aktivisten die Priester als Führer der ukrainischen Nationalbewegung ersetzt, und sie hatten politische Parteien geschaffen, darunter die „Ruthenisch-Ukrainische Radikale Partei“ (1890), eine sozialistische Bauernpartei, und die „Nationaldemokratische Partei“ (1899). Diese Parteien beteiligten sich an den Wahlkämpfen und gewannen auch Sitze im Landtag und im Reichsrat, und – wie andere Nationalisten in der

---

Anders als Struve spielt Stauter-Halsted die Rolle der Wahlen und der Parteien herunter, doch ist es wohl einleuchtend, dass die Wahlbewegung jener Faktor war, der das Fass zum Überlaufen brachte; vgl. WRÓBEL, *Jews of Galicia* 131 f.

<sup>105</sup> STRUVE, *Gentry, Jews and Peasants* 116.

<sup>106</sup> Siehe WENDLAND, *Russophile in Galizien und die entsprechenden Kapitel* bei BINDER, *Galizien in Wien*.

Habsburgermonarchie auch – nützten sie die Wahlkämpfe, um ihre nationalistischen Visionen unter das Volk zu bringen<sup>107</sup>.

In gewisser Hinsicht wirkte der Antisemitismus für die ukrainische Nationalbewegung in Galizien in derselben Weise wie für die polnische Nationalbewegung. Aber der ukrainische Antisemitismus war auch Teil der ukrainischen nationalistischen Abneigung gegenüber den Polen: gegen den polnischen Adel, gegen die politische Herrschaft der Polen über das Land, gegen die polnische kulturelle Hegemonie. Die ukrainischen Nationalisten brandmarkten die Juden daher als Polen, Agenten der Polonisierung und Unterstützer der polnischen politischen Kontrolle über Galizien. Sehr ähnlich der Vorgangsweise der tschechischen Nationalisten in Böhmen und Mähren sahen die ukrainischen Nationalisten in Galizien die Juden als Teil des polnischen Feindes an, ganz unabhängig davon, dass die polnischen Nationalisten ihrerseits die Juden als erbitterte Feinde der polnischen Nation ansahen. Die ukrainischsprachigen griechisch-katholischen Bauern waren schon seit langem über die polnischen Adeligen aufgebracht, denen der Großteil des Landes gehörte, über jene Juden, die als Verwalter des Adels arbeiteten, über die Juden, die Geschäfte und Handelsunternehmen in den Städten besaßen, und über die in polnischen Händen befindliche Verwaltung der Provinz. Die ukrainische Nationalbewegung, die sich dafür einsetzte, den Einfluss der Polen über die Ukrainer zu beenden, schmähte die Juden wegen ihrer angeblichen Ausbeutung der ukrainischen Bauern und wegen ihrer Verbindung zum polnischen Adel, der polnischen Kultur und der polnischen Politik. Schließlich sprachen die sich modernisierenden Juden in Galizien polnisch, besuchten Gymnasien mit polnischer Unterrichtssprache, gingen auf die polnischen Universitäten in Krakau und Lemberg (sofern sie nicht in Wien studierten) und die meisten wahlberechtigten Juden unterstützten zumindest bis zur Jahrhundertwende die vom Adel und der Gentry getragenen polnischen politischen Parteien. Da außerdem die ukrainische Nationalbewegung sehr eng mit der Griechisch-Katholischen Kirche verbunden war, konnten deren geistliche Führer nahtlos die traditionelle christliche Feindschaft mit dem modernen Nationalismus und dem Kampf gegen die Rolle der Juden in der dörflichen Wirtschaft verbinden<sup>108</sup>.

Trotz der unter den ukrainischen Nationalisten weit verbreiteten Ablehnung der Juden bemühten sich die ukrainischen Politiker doch um eine gewisse Begrenzung des Antisemitismus, um so die Juden von ihrer traditionellen Unterstützung der polnischen Parteien abzubringen und die polnische Hegemonie im Land zu unterhöhlen. Tatsächlich schlossen die ukrainischen Parteien bei den Reichsratswahlen des Jahres 1907 Wahlallianzen mit den Zionisten und den Jüdischnationalen, damit in umkämpften Wahlkreisen, speziell in Ostgalizien, die Anhänger der betreffenden Parteien eher für die jeweils anderen Kandidaten als für polnische Kandidaten stimmen sollten. Die Zionisten und die jüdischen Nationalisten in der Diaspora hatten schon lange – sehr

<sup>107</sup> TIMOTHY SNYDER, *The Reconstruction of Nations: Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569–1999* (New Haven 2003) 105–133; HIMKA, *Dimensions of a Triangle* 31–34, 37–43; DERS., *Galician Villagers*; MAGOCSI, *Ukraine* 383–457.

<sup>108</sup> HIMKA, *Dimensions of a Triangle*; DERS., *Ukrainian–Jewish Antagonism in the Galician countryside during the Late Nineteenth Century*; in: HOWARD ASTER, PETER J. POTICHNYJ (Hgg.), *Ukrainian–Jewish Relations in Historical Perspective* (Edmonton <sup>2</sup>1990) 111–158.



zum Ärger der polnischen Politiker – die jüdischen Wähler bestürmt, sie sollten eher für jüdisch-nationale Kandidaten stimmen als für Polen. Eine Allianz mit ukrainischen Parteien lag also ganz auf dieser Linie und beide zogen ihren Vorteil daraus. Die ukrainischen Parteien verzichteten in ihrer Wahlpropaganda auf den exzessiven Gebrauch antisemitischer Rhetorik, und sie gewannen mehr Mandate als sie sonst wohl bekommen hätten. Im Anschluss an die Wahlen bildeten die vier zionistischen bzw. national-jüdischen Abgeordneten – drei aus Galizien, einer aus der Bukowina – im Reichsrat einen „Jüdischen Club“, der eng mit den ukrainischen Abgeordneten zusammenarbeitete<sup>109</sup>. Die polnischen Nationalisten fühlten sich durch diese zionistisch-ukrainische Allianz betrogen und brandmarkten die Juden als Verräter, aber die Allianz zwischen den Zionisten bzw. Jüdischnationalen und den ukrainischen Nationalisten hatte bis in die ersten Jahre der nach 1918 neuerstandenen Polnischen Republik Bestand. Obwohl diese Allianz dazu führte, dass antisemitische Ausfälle in der politischen Arena weniger häufig vorkamen, hatte sie auch ihre Grenzen. Viele ukrainische Politiker waren erobert darüber, dass die Zionisten, weil sie den Zorn der Polen fürchteten, ihre Konationalen in den ländlichen Gebieten nicht stark genug motivierten, 1907 oder 1911 für die ukrainischen Parteien zu stimmen<sup>110</sup>.

Auch in der Bukowina führten politische Allianzen zwischen den Juden und anderen Gruppen zu einer Mäßigung antisemitischer Ausfälle in der Politik. In der Bukowina lebten viele Nationalitäten zusammen und keine Gruppe verfügte über die absolute Majorität. Bei der Volkszählung 1910 nannten 22 % der Landesbevölkerung Deutsch als Umgangssprache, 41 % Ukrainisch, 32 % Rumänisch und 4 % Polnisch. Die 102.919 Juden der Bukowina, die 13 % der Gesamtbevölkerung ausmachten, waren meist fromm und sprachen Jiddisch, aber eine nicht unbedeutenden Zahl unter ihnen hatte sich – vor allem in der Hauptstadt Czernowitz – assimiliert, hatte die deutsche Sprache und Kultur übernommen und beteiligte sich am deutschsprachigen kulturellen und wirtschaftlichen Leben. Ob sie nun tatsächlich deutschsprachig waren oder immer noch das Jiddische verwendeten, so gut wie alle Juden (95 %) gaben bei der Volkszählung Deutsch als ihre Umgangssprache an<sup>111</sup>. Die Juden machten daher 58 % aller Deutschsprachigen aus, und das in einer Provinz, in der das politische Leben sorgfältig zwischen den einzelnen nationalen/religiösen/sprachlichen Gruppen ausbalanciert war. Das Land war ein Mosaik unterschiedlicher sprachlicher und religiöser Gruppen: Ukrainischsprachige und Rumänischsprachige waren Angehörige der Orthodoxen Kirche (innerhalb der es deshalb zu national motivierten Spannungen kam), die

---

<sup>109</sup> BINDER, Galizien in Wien 448–454.

<sup>110</sup> HIMKA, Ukrainian–Jewish Antagonism 142 f.; DERS., Dimensions of a Triangle 37 f.; LEILA P. EVERETT, The Rise of Jewish National Politics in Galicia, 1905–1907; in: ANDREI S. MARKOVITS, FRANK E. SYSYN (Hgg.), Nationbuilding and the Politics of Nationalism: Essays on Austrian Galicia (Cambridge, Mass. 1982) 149–177; JOSHUA SHANES, National Regeneration in the Diaspora: Politics, Culture, and Jewish Identity in Late Habsburg Galicia, 1883–1907, unveröffentlichte Ph.D. Dissertation, University of Michigan (Michigan 2003).

<sup>111</sup> BRIX, Umgangssprachen 449; THON, Juden in Oesterreich 110; DIE ERGEBNISSE DER VOLKSZÄHLUNG VOM 31. DEZEMBER 1910 in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern I/1: Summarische Ergebnisse der Volkszählung (= ÖSTERREICHISCHE STATISTIK, Neue Folge 1/1, Wien 1912) 94 f.

Deutschen waren entweder Katholiken oder Juden, und die Juden sprachen entweder Deutsch oder Jiddisch oder beides.

Vor einem solchen Hintergrund spielte der Antisemitismus keine Rolle in der Politik, auch wenn manche Leute die traditionellen christlichen Vorurteile gegenüber den Juden pflegten und die Rolle verabscheuten, die sie in der ländlichen Wirtschaftsweise oder in der modernen Welt des Handels und der Industrie einnahmen. Für die Deutschliberalen war es gewiss angezeigt, sich des Antisemitismus zu enthalten, da sie auf die jüdischen Wähler angewiesen waren, obwohl deutsche bäuerliche oder kleinbürgerliche Parteien sich in steigendem Maße einer antisemitischen Rhetorik zu bedienen begannen. Traditionelle Formen der Judenfeindschaft waren zwar in der Bevölkerung weit verbreitet, aber auch die ukrainischen und die rumänischen Nationalbewegungen frönten nicht größeren antisemitischen Ausfällen, weil auch sie der jüdischen Unterstützung bedurften – wenn auch nicht jüdischer Stimmen –, um erfolgreich sein zu können. Dieser Umstand ermöglichte es, dass im frühen zwanzigsten Jahrhundert zwei Bürgermeister der Stadt Czernowitz Juden waren, Eduard Reiss und Salomon Weisselberger. Darüber hinaus formten die Deutschliberalen, die „Ruthenische Nationaldemokratische Partei“, die „Rumänische Demokratische Partei“ und verschiedene jüdische Parteien im Bukowinischen Landtag eine fortschrittliche Koalition, die schließlich den Abschluss des Bukowinischen Ausgleichs ermöglichte. Es waren insbesondere ukrainische Nationalisten, die – weil sie die Juden keinesfalls als mögliche Kandidaten für eine Mitgliedschaft innerhalb der ukrainischen Nation betrachteten – sich dafür einsetzten, dass die Juden im politischen Leben der Bukowina als eigenständige nationale Gruppe gelten sollten. Unter der Führung von Nikołaj Wassilko (oder Mikola Vasylo) setzte sich die „Ruthenische Nationaldemokratische Partei“ – oder „Jungruthenen“ – für die rechtliche Anerkennung einer jüdischen Nationalität ein, teilweise um die deutschen Positionen zu schwächen, hauptsächlich aber in der Hoffnung, dass die Juden dann eine Allianz mit den Ukrainern gegen die Rumänen bilden würden, deren Adel einen nicht unbeträchtlichen Teil des Bodens besaß und die politische Macht im Land ausübte. Im Zuge der Verhandlungen über den Bukowinischen Ausgleich sprach sich der Landtag 1909 für die Einführung auch eines jüdischen Katasters (neben einem ukrainischen, rumänischen, deutschen und polnischen) aus. Die österreichischen Behörden, die die Juden als eine religiöse Gruppe, nicht aber als „Volksstamm“ ansahen, weigerten sich jedoch, einen jüdischen Wahlkataster zu schaffen, worauf der Landtag die Wahlbezirke so abgrenzte, dass jüdische Wähler jüdische Abgeordnete wählen konnten<sup>112</sup>. Die jüdischen Parteien, vor allem die Zionisten und die Diaspora-

<sup>112</sup> MARTIN BROZAT, Von der Kulturnation zur Volksgruppe. Die nationale Stellung der Juden in der Bukowina im 19. und 20. Jahrhundert; in: *Historische Zeitschrift* 200 (1965) 572–605; SALOMON KASSNER, Die Juden in der Bukowina (Wien 1917); GERALD STOURZH, Galten die Juden als Nationalität Altösterreichs?; in: *Studia Judaica Austriaca* 10 (1984) 73–116; JOHN LESLIE, Der Ausgleich in der Bukowina von 1910: Zur österreichischen Nationalitätenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg; in: EMIL BRIX, THOMAS FRÖSCHL, JOSEF LEIDENFROST (Hgg.), *Geschichte zwischen Freiheit und Ordnung: Gerald Stourzh zum 60. Geburtstag* (Graz 1991) 113–144; FRED STAMBROOK, National and Other Identities in Bukovina in Late Austrian Times; in: *Austrian History Yearbook* 35 (2004) 201; THOMAS HENSELLEK, Der Bukowiner Ausgleich – Ein Erfolg in der politischen Praxis?; in: FASORA, HANUŠ, MALÍŘ (Hgg.), *Moravské vyrovnání/ Mährischer Ausgleich* 279–289.

Nationalisten, honorierten die Bemühungen der Ukrainer mit der Schaffung einer politischen Allianz mit den ukrainischen Nationalisten.

#### 4. Antisemitismus in Ungarn

In Ungarn entwickelte sich der Antisemitismus in ganz anderer Weise als in Galizien oder in den böhmischen Ländern. Die magyarischen nationalistischen Politiker, die nach dem erfolgreichen Abschluss des Ausgleichs 1867 die politische Macht in Ungarn innehatten, hielten sich vom Antisemitismus fern. Zufrieden mit der Quasi-Unabhängigkeit, die sie für das Königreich Ungarn erreicht hatten, bestand für die magyarischen Nationalisten keine Notwendigkeit, sich des Antisemitismus zu bedienen, um eine starke nationalistische Bewegung ins Leben zu rufen, verfügten sie doch über staatliche Mittel, die sie für solche Zwecke einsetzen konnten. Daher spielte der Antisemitismus im politischen Leben Ungarns vor dem Ersten Weltkrieg eine unbedeutende Rolle. Der von den magyarischen Liberalen dominierte Staat drängte antisemitische Politiker und Parteien aus nationalistischen Überlegungen an den Rand des politischen Spektrums. Ein sehr eingeschränktes Wahlrecht sorgte dafür, dass die magyarische liberale Elite – zumeist adeligen Ursprungs – sowohl das Parlament als auch die Regierung dominierte und es den antisemitischen Parteien unmöglich machte, viele Abgeordnete ins Parlament, die Komitatsversammlungen oder in die Stadtvertretungen zu entsenden. Anders als in vielen Regionen Cisleithaniens blieben die Liberalen in Ungarn, die nicht nur aufgrund ihrer liberalen, sondern auch ihrer nationalen Überzeugungen den Antisemitismus ablehnten, bis 1918 an der Macht. Die magyarischen liberalen Eliten hatten einen Staat geschaffen, den sie als einen magyarischen Nationalstaat ansahen, auch wenn zur Zeit des Ausgleichs nur rund 45 % der Bevölkerung ungarisch als Muttersprache hatten. In einer solchen Situation waren sie gerne bereit, Minoritäten – insbesondere Deutsche und Juden – in die magyarische Nation aufzunehmen, um diese zu verstärken. Magyarisierte Juden, die ungarisch sprachen und sich der ungarischen Nation und dem Staat gegenüber loyal verhielten, konnten also durchaus gute Magyaren sein. Unter solchen Umständen wäre politischer Antisemitismus kontraproduktiv gewesen. Dennoch existierte Antisemitismus als Geisteshaltung sehr wohl und die Tatsache, dass er zwischen den Kriegen zu einem zentralen Element der ungarischen Politik aufstieg, ist Beweis genug dafür, dass es ihn auch vor dem Ersten Weltkrieg schon gab. Aber zwischen 1867 und 1918 sorgte der liberale ungarische Staat dafür, dass er politisch unbedeutend blieb<sup>113</sup>.

Der Antisemitismus in Ungarn unterschied sich von dem in anderen Teilen der Monarchie auch hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung seiner Trägerschaft. In Wien stützte sich der Antisemitismus auf die wirtschaftliche Frustration der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden, die niederen Beamten und auf die allgemeine Unzufriedenheit mit der liberalen Stadtverwaltung. In den böhmischen Ländern und

<sup>113</sup> ROLF FISCHER, *Anti-Semitism in Hungary, 1882–1932*; in: HERBERT A. STRAUSS (Hg.), *Hostages of Modernization: Studies on Modern Anti-Semitism, 1870–1933/39* (Berlin – New York 1993) 863–892; DERS., *Entwicklungsstufen des Antisemitismus in Ungarn 1867–1939. Die Zerstörung der magyarisch-jüdischen Symbiose* (= Südosteuropäische Arbeiten 85, München 1988).

in Galizien spielte er eine zentrale Rolle bei den Versuchen der Nationalisten, für ihre nationalistischen Bestrebungen eine möglichst breite Unterstützung zu erreichen, und in Galizien waren es besonders die Bauern, die eine antisemitische Politik unterstützten und trugen. In Ungarn war es jedoch die niedere Gentry, bei der antisemitische Ideologie und Politik die größte Unterstützung fanden. Viele Angehörige der niederen Gentry, die nur über geringen Landbesitz verfügten, litten schwer unter der Depression der Jahre 1873 bis 1896. Fallende Getreidepreise ließen viele von ihnen verarmen, sie häuften große Schulden an und verloren im schlimmsten Fall ihr Land. Adelsstolz ließ sie Handel und Industrie meiden und Kapitalismus, Industrialisierung, wirtschaftlichen Liberalismus und das Bürgertum ablehnen, das im Ungarn dieser Jahre zum großen Teil jüdisch war. Es überrascht daher nicht, dass die niedere Gentry antiliberalen und antisemitischen Bewegungen unterstützte<sup>114</sup>. Auf Grund der vorgegebenen politischen Strukturen konnte sich der Unmut der Gentry aber nur in vergleichsweise milderer Form artikulieren und er schlug sich nicht in heftigen antiliberalen und antisemitischen Aktionen nieder. Das außerordentlich eingeschränkte Wahlrecht brachte es auch mit sich, dass es keinen Sinn machte, den Antisemitismus als Mittel zur politischen Mobilisierung der Bauern oder der Handwerker zu benutzen. Erst im territorial stark verkleinerten Ungarn der Zwischenkriegszeit, in dem die alten liberalen Aristokraten die Politik nicht länger mehr beherrschten, man aber auch die Juden zur Vermehrung der Zahl der Magyaren nicht mehr benötigte, konnte die Ablehnung der niederen Gentry den Kurs des politischen Lebens bestimmen und zu antisemitischer Gesetzgebung führen. Erst dann sollte eine deutlich exklusivere Version des magyarischen Nationalismus, die von vielen Angehörigen der niederen Gentry mitgetragen wurde, dominant werden<sup>115</sup>.

Im 19. Jahrhundert war in Ungarn etwas entstanden, das manche Wissenschaftler als „magyarisch–jüdische Symbiose“ bezeichneten. Allerdings handelt es sich bei dieser „Symbiose“ überhaupt nicht um eine Symbiose im eigentlichen Wortsinn, sondern eher um einen informellen Pakt zwischen der magyarischen herrschenden Elite – dem liberalen Adel – und den Juden, demzufolge die Juden ungarisch lernen, die ungarische Kultur annehmen, sich mit der magyarischen Nation identifizieren, sich modernisieren und viele ihre alten Eigentümlichkeiten ablegen und im Gegenzug dafür volle wirtschaftliche Freiheit und gesetzliche Gleichberechtigung erhalten würden. Obwohl dieses Modell in vielem dem liberalen „Emanzipationskontrakt“ entsprach, wie er in ganz Europa mehr oder minder explizit abgeschlossen wurde, kam in der ungarischen Version noch dazu, dass der Adel, der nicht willens war, selbst kapitalistischer Unternehmer zu werden, gerne bereit war, den Juden die dominierende Rolle in Handel und Industrie zu überlassen. Aber die magyarische Elite war nicht bereit, mit den Juden gesellschaftlich zu verkehren oder ihnen einen größeren Einfluss in der Politik zuzugestehen,

<sup>114</sup> DERS., *Anti-Semitism in Hungary*; DERS., *Antisemitismus*.

<sup>115</sup> Vgl. auch VERA RÁNKI, *The Politics of Inclusion and Exclusion: Jews and Nationalism in Hungary* (New York – London 1999); TAMÁS UNGVÁRI, *The „Jewish Question“ in Europe: The Case of Hungary* (= *Atlantic studies on society in change*, Boulder, Colorado 2000). Beide Bücher sind enttäuschend. Besonders Ránki stützt sich in ihrer Terminologie auf sehr verschwommene Begriffe.

also in jenem Bereich, der von jeher und auf jeder Ebene dem ungarischen Adel und der Gentry vorbehalten war. Seitens der Juden war man mit dieser Rollenverteilung einverstanden und akzeptierte den ihnen zugedachten Teil des Tauschgeschäfts. Sie modernisierten und magyarisierten sich, begannen eine zentrale Rolle im Wirtschaftsleben zu spielen und verkehrten – trotz eines stark ausgeprägten magyarischen Identitätsbewusstseins – in erster Linie untereinander<sup>116</sup>. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten die modernisierungswilligen Juden die deutsche Sprache angenommen, aber in den Jahrzehnten nach der Revolution von 1848 sprachen sie in zunehmendem Maße ungarisch, so dass in der Volkszählung von 1910 knapp 77 % der Juden im engeren Ungarn Ungarisch als ihre Muttersprache angaben<sup>117</sup>. Die Zahlen dieser Statistik sind freilich insofern etwas überhöht, da viele zweisprachige Juden, deren erste Sprache Deutsch oder Jiddisch war, zur Ansicht gekommen waren, es sei besser, in der Volkszählung die ungarische Sprache anzugeben. Doch unterliegt es keinem Zweifel, dass um die Jahrhundertwende sowohl die sich modernisierenden Juden in Budapest und in anderen Städten als auch die immer noch äußerst frommen chassidischen Juden in Nordostungarn ungarisch gelernt hatten. Victor Karady nimmt an, daß nur 44 % der Juden im Königreich Ungarn (ohne Kroatien-Slawonien) Ungarisch als ihre erste Sprache benutzten, aber in jenen Gegenden, wo die meisten Leute ungarisch sprachen, taten dies auch die Juden. Seinen Berechnungen zufolge hatten 1910 75 % der Juden in Transdanubien, 80 % in der Tiefebene, 62 % im östlichen Zentralraum und 85 % in Budapest Ungarisch als ihre Muttersprache. In Gegenden mit einer großen Zahl von nicht-ungarisch Sprechenden, wie im Nordwesten, im Gebiet zwischen Theiß und Maros oder in Siebenbürgen, war der Prozentsatz der Juden mit ungarischer Muttersprache viel niedriger: 22 % zwischen Theiß und Maros oder 14 % im Komitat Máramaros<sup>118</sup>. Doch selbst in diesen Regionen lernten die Juden Ungarisch, wenn schon nicht als ihre erste Sprache, dann gewiss als eine zweite. Selbst die äußerst frommen ultra-orthodoxen Juden der Preßburger Region und die jiddisch-sprachigen chassidischen Juden in Nordostungarn beherrschten letztendlich Ungarisch vollkommen fließend als zweite Sprache und auch sie wurden zu patriotischen Ungarn. Die ungarisch sprechenden Juden verstärkten so die Zahl der Magyaren in Ungarn und verhalfen

---

<sup>116</sup> WILLIAM O. McCAGG, Jr., *A History of Habsburg Jews, 1670–1918* (Bloomington 1989) 123–139, 187–195; WOLFGANG HÄUSLER, *Assimilation und Emanzipation des ungarischen Judentums um die Mitte des 19. Jahrhunderts*; in: *Studia Judaica Austriaca* 3 (1976) 33–79; MICHAEL K. SILBER, *The Entrance of Jews into Hungarian Society in Vormärz: The Case of the Casinos*; in: JONATHAN FRANKEL, STEVEN ZIPPERSTEIN (Hgg.), *Assimilation and Community: The Jews in Nineteenth-Century Europe* (Cambridge 1992) 284–323.

<sup>117</sup> WOLFDIETER BIHL, *Die Juden*; in: WANDRUSZKA, URBANITSCH (Hgg.), *Die Habsburgermonarchie 1848–1918* III/2, 907; *VOLKSZÄHLUNG IN DEN LÄNDERN DER UNGARISCHEN HEIL[IGEN] KRONE IM JAHRE 1910. SECHSTER TEIL: Zusammenfassung der Endergebnisse mit 15 graphischen Karten*, im Auftrage des kön[iglich] Ungarischen Handelsministers verfasst und herausgegeben vom kön[iglich] Ungarischen Statistischen Zentralamt (= *UNGARISCHE STATISTISCHE MITTEILUNGEN*, Neue Serie 64, Budapest 1924) 138 f. Tabelle 33.

<sup>118</sup> VICTOR KARÁDY, *Religious Divisions, Socio-Economic Stratification and the Modernization of Hungarian Jewry after the Emancipation*; in: MICHAEL K. SILBER (Hg.), *Jews in the Hungarian Economy 1760–1945* (Jerusalem 1992) 169 ff. und 182, Tabelle 3.

ihnen zur mathematischen absoluten Mehrheit. Schließlich gab es im Königreich Ungarn viele Juden, über 638.000 im Jahr 1880, 831.000 zwanzig Jahre später und 1910 waren es 911.227. 1880 belief sich der Anteil der Ungarischsprachigen innerhalb der Bevölkerung des Königreiches Ungarn auf 47 %, 1910 lag er bei 55 %. Die Juden machten 7 % davon aus<sup>119</sup>.

Auch die liberalen Aristokraten, die die ungarischen Geschicke lenkten, hielten ihren Teil des magyarisch-jüdischen Tauschgeschäftes ein. Nicht nur, dass sie 1867 die Juden in rechtlicher Hinsicht emanzipierten und der jüdischen Religion 1895 den gleichen Status zuerkannten wie den christlichen Konfessionen, sie nahmen die Juden politisch (wenn auch nicht in sozialer Hinsicht) in die ungarische Nation auf und benützten an Stelle des Antisemitismus die Mittel des Staates und seiner Bildungsinstitutionen, um die Bauern in nationalbewusste Magyaren zu verwandeln und die Nichtungarisch-Sprachigen zu magyarisieren. Außerdem wirkten die von ihnen entwickelten politischen Strukturen, das eingeschränkte Wahlrecht und ihre eigenen Einstellungen zusammen, um erfolgreich alle antisemitischen Bewegungen niederzuhalten, wenn sie irgendwo entstanden. Das beste Beispiel dafür ist das Schicksal von Győző Istóczy's „Antisemitischer Landespartei“ in den frühen achtziger Jahren. Im Jahr 1884 gelang es dieser Partei, die vornehmlich von der niederen Gentry, aber auch von vielen katholischen Geistlichen und einigen Intellektuellen und Universitätsstudenten unterstützt wurde, 17 Abgeordnete ins Parlament zu entsenden mit einem Programm, das ein Ende des jüdischen Einflusses in der Wirtschaft und im Pressewesen forderte und das „jüdische Kapital“ als den Erzfeind der ungarischen Nation bezeichnete. Istóczy selbst war ein Angehöriger der niederen Gentry, ein Anwalt, der im politischen Leben des Komitats Vas eine typische Gentry-Karriere absolvierte und dort 1872 als Mitglied der „Deák-Partei“ und ab 1875 als Mitglied der „Liberalen Partei“ (die er 1882 verließ) ins Parlament gewählt wurde. Istóczy beharrte darauf, dass Juden niemals Magyaren sein könnten. Sie würden nur vorgeben, sich zu assimilieren, um in ihrem Streben nach Weltherrschaft in die magyarische Nation eindringen zu können, diese auszubeuten und sie zu zerstören. Die ungarischen politischen Führer, sowohl die der Liberalen als auch die der Unabhängigkeitspartei, und sogar Lajos Kossuth in seinem Exil, verurteilten Istóczy's Partei, und sie verlor rasch an Bedeutung. 1887 gewann sie nur 9 Sitze (Istóczy selbst war 1885 aus der eigenen Partei wieder ausgetreten), und danach fast keine mehr, obwohl Istóczy in seinem eigenen Wahlkreis stets wiedergewählt wurde, bis er sich 1896 aus der Politik gänzlich zurückzog<sup>120</sup>. Der rasche Abstieg dieser Partei zeigt deutlich, dass im liberalen Ungarn einfach kein Raum für antisemitische Politik war.

<sup>119</sup> LÁSZLÓ KATUS, Die Magyaren; in: WANDRUSZKA, URBANITSCH (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918 III/1, 414, 431; UNGARISCHES STATISTISCHES JAHRBUCH, N. F. IX (Budapest 1902) 18; EBD., N. F. XIX (Budapest 1913) 18 f.

<sup>120</sup> FISCHER, Anti-Semitism in Hungary 873–880; ANDREW HANDLER, An Early Blueprint for Zionism: Győző Istóczy's Political Anti-Semitism (= East European Monographs 261, Boulder, Colorado 1989); JACOB KATZ, From Prejudice to Destruction: Antisemitism, 1700–1933 (Cambridge, Mass. 1980) 237–241; FRIEDRICH GOTTAS, Ungarn im Zeitalter des Hochliberalismus. Studien zur Tisza-Ära (1875–1890) (= Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 16, Wien 1976) 164–185.

Eine Analyse der Wahlergebnisse der Antisemiten-Partei in den Jahren 1884 und 1887 zeigt das Umfeld, in dem sich der Antisemitismus, wenn auch nur in begrenztem Maße, entfalten konnte. In erster Linie sorgte die Anschuldigung eines Ritualmordes in Tiszaeszlár im Jahr 1882 für die zur Anheizung antisemitischer Unterstützung nötige Erregung<sup>121</sup>. In späteren Jahren, als eine derartige Erregung fehlte, schwand auch die Unterstützung für die Partei. Interessanterweise fand die Antisemiten-Partei wenig bis keinen Anklang im nordöstlichen Ungarn (in der Nähe von Tiszaeszlár), wo eine große Zahl von chassidischen Juden lebten, wohl aber in bestimmten Gegenden im Südwesten, besonders rechts der Donau, in den Komitaten Somogy, Moson, Tolna, Zala, Vas und Baranya, und auch in Westungarn, in den Komitaten Pozsony und Nyitra. In vielen dieser hauptsächlich von Katholiken bewohnten Komitate kam es 1883 zu anti-jüdischen Ausschreitungen, nachdem die des Ritualmords in Tiszaeszlár Angeklagten vom Gericht freigesprochen worden waren. In diesen Komitaten, in denen eine große Zahl von Deutsch-, Slowakisch- oder Slowenischsprachigen lebte, stimmten die Wähler traditionellerweise entweder für die „Unabhängigkeitspartei“ oder die „Gemäßigte Opposition“ und nicht so sehr für die im Lande dominierende „Liberale Partei“. Die Kandidaten und deren Wähler rekrutierten sich hauptsächlich aus den Reihen der magyarischen niederen Gentry, die hier dazu neigten, gegen die Liberalen zu opponieren, und die sich möglicherweise auch von den vielen Nichtungarisch-Sprachigen bedroht fühlten<sup>122</sup>.

In den neunziger Jahren entstand unter der niederen Gentry eine, nicht unwesentlich von der Katholischen Kirche beeinflusste, neue agrarische Bewegung, deren Proponenten sich vom Kapitalismus und dessen Wirkung auf die ungarische Landwirtschaft bedroht fühlten. Diese Bewegung wandte sich kategorisch gegen die Juden und machte sie für Ungarns und ihre eigenen politischen und wirtschaftlichen Probleme verantwortlich. Sie betrachteten den Kapitalismus und dessen jüdische Repräsentanten als Sündenbock für den wirtschaftlichen Abstieg der Gentry, und fürchteten, dass schließlich ganz Ungarn in den Besitz der Juden gelangen würde, die das Land der verarmten Gentry aufkauften. Als Abhilfe für diese wirtschaftlichen Probleme sahen sie die Einrichtung von Kredit- und Warengenossenschaften vor. Die 1895 gegründete „Katholische Volkspartei“ wurde zwar von Adeligen geführt, aber sie umfasste zahlreiche Mitglieder der Gentry, des Klerus und katholische Intellektuelle. Ähnlich wie Istóczy's Partei konnte auch diese antiliberalen, antikapitalistische und antisemitische Partei nur relativ geringe Erfolge verbuchen, was erneut auf die Bedeutungslosigkeit des Antisemitismus im politischen Leben Ungarns vor dem Weltkrieg hinweist. Bei den Wahlen von 1896 gewann die Partei 18 Sitze (von insgesamt 409) im ungarischen Parlament, 1901 24, 1906 35 und 1910, in der letzten Wahl vor dem Ersten Weltkrieg, nur 13. Auch sie konnte Wähler vor allem in Transdanubien ansprechen, in den Komitaten Zala, Tolna, Vas, Sopron und Baranya, sowie im Westen und Nordwesten, in den Komitaten Nyitra, Pozsony, Trencsén und Árva<sup>123</sup>.

<sup>121</sup> ROBERT NEMES, *Hungary's Antisemitic Provinces: Violence and Ritual Murder in the 1880s*; in: *Slavic Review* 66/1 (2007) 20–44. Nemes befasst sich mit Gewaltausbrüchen in verschiedenen südwestlichen Komitaten im Anschluss an Tiszaeszlár.

<sup>122</sup> FISCHER, *Antisemitismus* 74 ff.; DERS., *Anti-Semitism in Hungary 875–880*.

<sup>123</sup> EBD. 881 ff.; ANDRÁS GERŐ, *The Hungarian Parliament 1867–1918. A Mirage of Power* (= *Atlantic Studies on Society in Change* 92, New York 1997). In den genannten Komitaten kam es 1919 ebenfalls zu

Die dominante liberale Elite verhinderte also größere Erfolge einer antisemitischen Politik in Ungarn. Aber in weiten Teilen der Bevölkerung war der Antisemitismus ein weitverbreitetes Phänomen und er war besonders ausgeprägt in der Katholischen Kirche, die sowohl den Liberalismus als Ideologie bekämpfte als auch die liberale Gesetzgebung, die die traditionelle Autorität der Kirche in Fragen der Erziehung und des Familienlebens untergrub. Die Einführung der Zivilehe und der Ehescheidung im Jahr 1894 erzürnte ebenso wie die Gleichstellung des Judentums mit den christlichen Konfessionen im Jahr 1895 die Kirchenfürsten. Diese verbanden die traditionelle Ablehnung des Judentums und der Juden mit einem Hass auf den Liberalismus, brandmarkten ihn als eine jüdische Geißel und sehnten sich nach einem „christlichen“ Ungarn, das von christlichen Werten erfüllt und frei von Liberalismus, Modernität und „jüdischem Einfluss“ sein sollte. Innerhalb der Katholischen Kirche verbanden sich also Antisemitismus und Antiliberalismus, und sowohl die Kirchenleitung als auch der niedere Klerus zogen über die Juden her. Ottokár Prohászka, Theologieprofessor am Priesterseminar in Gran (Esztergom, Ostrihom; *Esztergom*) und seit 1905 Bischof von Stuhlweißenburg (*Székesfehérvár*, *Székesfehervár*; *Székesfehervár*), erregte sich beispielsweise über den „jüdischen Geist“, ein Amalgam von jüdischer Amoral, antichristlichem Säkularismus und Liberalismus, das Ungarn, ja sogar die gesamte christliche Zivilisation, zerstöre. Selbst gewisse Kreise innerhalb der kalvinistischen Konfession, die sich als Wiege der ungarischen Nation betrachtete und die den Liberalismus wärmstens unterstützt hatte, sahen sich in zunehmendem Maße durch die modernen kulturellen Strömungen bedroht, die die Gesellschaft untergraben würden, und auch sie sehnten sich nach einem „christlichen Ungarn“. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg gelang es jedoch der liberalen Elite, diesen christlichen Antisemitismus in der politischen Arena noch niederzuhalten<sup>124</sup>. Speziellen Anklang fanden die Antisemiten bei der niederen Gentry, die sich nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht bedroht fühlte, sondern die auch in zunehmendem Maße von Ängsten erfüllt wurde, dass ihre politische Position durch Forderungen der slowakischen, rumänischen oder anderer nationalen Bewegungen innerhalb des Königreiches Ungarn geschwächt werden könnte. Diese Angehörigen der Gentry betrachteten die Juden als Fremde, die die Sicherheit der ungarischen Nation bedrohten, eine Nation, die sie sich als eine christliche vorstellten. Für viele von ihnen war „christlich“ nicht nur ein Deckname für Antisemitismus, sondern umfasste genuine religiösen Glauben und die Überzeugung, dass die Kirche eine Rolle in der öffentlichen Moral und im Leben der Nation spielen sollte. Gleichzeitig ließ die Bezeichnung „christlich“ aber auch erkennen, dass sie nicht bereit waren, die Juden als Mitglieder eben dieser Nation zu akzeptieren. Diese Angehörigen der niederen Gentry wurden zum Kern einer neuen Rechten, die Ungarn in der Zwischenkriegszeit dominieren sollte<sup>125</sup>.

Antijüdische Ansichten existierten natürlich auch jenseits und außerhalb der niederen Gentry, wie groß die Gruppe auch immer gewesen sein mochte. Die Hysterie im Zusammenhang mit der Ritualmord-Anschuldigung in Tiszaeszlár im Jahr 1882 – oder antisemitischen Ausschreitungen.

<sup>124</sup> PAUL A. HANEBRINK, In Defense of Christian Hungary: Religion, Nationalism, and Antisemitism, 1890–1944 (Ithaca 2006) 10–46.

<sup>125</sup> EBD. 28–32.



besser die Gewaltausbrüche, die sich nach dem Freispruch der Angeklagten im Jahr 1883 ereigneten – lassen eine weitverbreitete religiöse, politische und kulturelle Animosität gegenüber den Juden erkennen. Diejenigen, die sich an den Ausschreitungen gegen die Juden beteiligten, waren zumeist junge ledige männliche Handwerker, Tagelöhner, Gesinde und Landarbeiter. Die meisten hatten keine spezifischen wirtschaftlichen Gründe für ihren Judenhass, aber sie hatten während der Wirtschaftskrise der frühen achtziger Jahre gravierende Erschütterungen ihrer generellen Lebenssituation erlebt und waren deshalb eine empfängliche Zuhörerschaft für antisemitische Agitatoren. Diese Agitatoren, unter denen sich viele katholische und kalvinistische Geistliche befanden, sprachen das traditionelle religiöse Vorurteil ihrer Zuhörer gegenüber den Juden an, versetzten sie mit der Andeutung in Angst und Schrecken, dass Ungarn von Juden überschwemmt werden würde, die vor den jüngsten Pogromen in Russland flühen, und schürten ihre Besorgnis, dass die Juden und der Liberalismus als solcher die ungarische Nation bedrohten. Die Behörden schlugen die Unruhen sofort nieder und bestrafte die Täter, aber die einmal geweckten Einstellungen verschwanden nicht<sup>126</sup>. Sie sollten nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in dramatischer Weise wieder zum Vorschein kommen, als durch das Zusammenwirken verschiedenster Ursachen der Antisemitismus zu einem zentralen Thema der ungarischen politischen Kultur wurde.

Antijüdische Vorurteile, teils geschürt von der Katholischen Kirche und dem niederen Klerus, teils das Ergebnis der wirtschaftlichen Notlage der Bauern und teils von nationalistischen Agitatoren angestiftet, waren auch in Oberungarn weit verbreitet. In dieser Region lebten slowakischsprachige Bauern, ungarischsprachige Grundherren, und deutsch- oder ungarischsprachige Stadtbewohner, von denen viele Juden waren. Wie auch sonst in Ungarn hatten modernisierende Juden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die deutsche Sprache angenommen, besonders in Städten wie Preßburg, aber in der zweiten Jahrhunderthälfte magyarisierten sich viele von ihnen rasch, sehr zum Missfallen der slowakischen Nationalisten, die die magyarische Dominanz und die Versuche zur Magyarisierung der Bevölkerung ablehnten. Solche antimagyarischen Ressentiments konnten leicht auf die Juden abgelenkt werden, besonders unter den Bauern, die die Juden traditionellerweise aus religiösen Gründen hassten. Tatsächlich agitierte die „Katholische Volkspartei“ unter den slowakischsprachigen Bauern, indem sie die Juden als wirtschaftliche Ausbeuter darstellte, und legte den Bauern nahe, jüdische Geschäfte zu boykottieren. In Oberungarn schlugen also ängstliche Angehörige der magyarischen Gentry, slowakische Nationalisten, die über die Magyarisierung erobert waren, und fromme Bauern, die ihre wirtschaftliche Lage beklagten, alle gemeinsam auf die Juden ein. Vor dem Ersten Weltkrieg schützte sie der ungarische Staat, aber während der krisenhaften Periode gleich nach dem Kriegsende, als Oberungarn ein Teil der Tschechoslowakei wurde und die slowakischen Nationalisten Magyaren und deren Sympathisanten leichter bekämpfen konnten, kam es zu antijüdischen Gewaltausbrüchen, bis der neue Staat 1920 die Ordnung wiederherstellte<sup>127</sup>.

<sup>126</sup> NEMES, Hungary's Antisemitic Provinces, insbes. 25 ff., 32, 35, 37, 39 ff.; KATZ, From Prejudice to Destruction 275 ff.

<sup>127</sup> LIVIA ROTHKIRCHEN, Slovakia I: 1848–1918; in: THE JEWS OF CZECHOSLOVAKIA I (Philadelphia 1968) 77 f.; EZRA MENDELSON, The Jews of East Central Europe between the World Wars (Bloomington

Während des Ersten Weltkrieges führte die zunehmende Kriegsmüdigkeit in einem endlosen blutigen Konflikt, kombiniert mit einer fürchterlichen Lebensmittelknappheit in den beiden letzten Jahren des Krieges, zu einer bösen Eskalation des Antisemitismus in der ganzen Monarchie. Die Vorwürfe waren überall dieselben: Juden würden sich vor ihrer militärischen Verantwortung drücken; Juden würden durch ihr Engagement am Schwarzmarkt, das Horten von Gütern und die dadurch bedingten Preissteigerungen die Bevölkerung ausbeuten; Juden wären Kriegsgewinnler und würden dazu beitragen, den Krieg zu verlängern, da sie sehr gut daran verdienten; jüdische Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina, die 1914 und 1916 vor den vorrückenden russischen Armeen geflohen waren, würden den restlichen Staat überrennen und Pest, Seuchen und politische Gärung mit sich bringen. 1918 führten diese Anschuldigungen häufig zu Gewaltausbrüchen, Pogrome brachen in vielen Gegenden Böhmens, Mährens und Galiziens aus. Damals hatte der stark geschwächte habsburgische Staat allerdings nicht mehr viele Möglichkeiten, der antisemitischen Rhetorik und Gewalt effektiv entgegenzutreten.

\*\*\*

Seit dem späten 19. Jahrhundert bis zu ihrem Zerfall am Ende des Ersten Weltkrieges bot die Habsburgermonarchie sowohl für die Verbreitung des Antisemitismus als auch für dessen Eindämmung die nötigen Bedingungen. In der Bevölkerung war der Antisemitismus weit verbreitet, hauptsächlich wegen des Erbes der christlichen Animosität gegenüber dem Judentum und den Juden, eine Animosität, die die Kirchen auch weiterhin begünstigten. Dieser Hass verband sich mit wirtschaftlichen Ressentiments einerseits der Bauern gegenüber jüdischen Zwischenhändlern und jüdischen Vertretern der verhassten adeligen Grundbesitzer, andererseits der niederen Gentry, die ihren wirtschaftlichen Niedergang beklagten. In den sich rasch ausbreitenden Städten machten viele Angehörige des niederen Bürgertums – Handwerker, kleine Gewerbetreibende, Angestellte – die Juden für die Erschütterungen verantwortlich, die vom Kapitalismus und der Industrialisierung verursacht wurden. Viele Politiker benützten diese weitverbreiteten religiösen und wirtschaftlichen Vorurteile, um Wähler anzuziehen, und sie waren dabei durchaus erfolgreich. Der Antisemitismus war auch aufs Engste mit den sich entfaltenden nationalen Bewegungen der Habsburgermonarchie verbunden. Viele nationalistische Politiker bedienten sich des Antisemitismus, um entweder die national Unentschlossenen und Ungebundenen davon zu überzeugen, dass auch sie der von diesen Politikern repräsentierten Nation angehörten, oder um die Position ihrer nationalen Gegner zu untergraben. Die Juden gerieten oft zwischen die Mühlsteine solcher nationalistischer Konflikte. Solange die Monarchie existierte, wurde allerdings der Antisemitismus in Schach gehalten, sowohl durch die in einigen Gegenden bestehende Notwendigkeit, jüdische Wähler für sich zu gewinnen, als auch durch die Ablehnung antisemitischer Exzesse seitens der Regierungen. Der Zusammenbruch der Monarchie im Jahr 1918 ließ erkennen, wie wichtig sie gerade in dieser Hinsicht war.